280. Donnerstag, den 29. November 1866. 280.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate 1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 29. November. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Geheimen Oberbaurath Lentze zu Berlin den Stern zum Rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Appellationsgerichts-Direktor v. Biebahn zu Münster den Rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Kreisgerichtsrath Günther zu Thorn den Rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem evangelischen Pfarrer Döhling zu Buchholz im Kreise Greifenhagen den Adler der Ritter des königl. Hausordens von Hohenzollern, sowie dem Fährpächter Liesefeld zu Orsoy im Kreise Moers und dem Klempnermeister Barby zu Guben das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Dresden, 28. November. Die Abgeordnetenkammer genehmigte in ihrer heutigen Sitzung einstimmig den Friedensvertrag mit Preußen, ermächtigte die Staatsregierung zur Ausführung der Bestimmungen desselben und genehmigte die Anwendung des Expropriations-Gesetzes auf die Eisenbahnlinie Leipzig-Pegau-Zeitz, nach Artikel 13 des Friedensvertrages. Die Debatte war äußerst lebhaft und erfuhr die Regierung Seitens der Linken starke Angriffe.

Dresden, 28. November, Nachm. Das „Dresdner Journal“ veröffentlicht eine Ministerialverordnung, welche die unverzügliche Aufstellung der Wahllisten zum Reichstage des Norddeutschen Bundes anordnet.

Wien, 28. November. Der niederöstreichische Landtag hat in heutiger Sitzung die Adresse bei namentlicher Abstimmung mit 44 gegen 8 Stimmen angenommen. Der Regierungsvertreter hielt die in der Adresse enthaltenen Darlegungen den Thatsachen nicht vollkommen entsprechend und erklärte, daß im Ministerium keine Spaltungen bestünden und daß die Berufung des Reichsraths mit dem Abbruch der Verhandlungen mit Ungarn gleichbedeutend sein würde.

Dessau, 28. November, Abends 9 Uhr. Se. Maj. der König von Preußen sind in Begleitung Sr. königl. Hoheit des Kronprinzen und der königlichen Prinzen Karl, Albrecht Vater und Sohn, sowie der Prinzeß Friedrich Karl Abends 8 Uhr hier eingetroffen und von Sr. Hoheit dem Erbprinzen von Anhalt, Generallieutenant v. Stockmarr, Baron v. Saldern und anderen höheren Hofbeamten auf dem Bahnhofe empfangen worden.

Madrid, 27. November. Die „Epoca“ versichert, daß die Königin Isabella am ersten Dezember nach Lissabon reisen und am achten nach Madrid zurückkehren werde. Marschall Narvaez wird die Königin begleiten.

Berlin, 29. November. Der Finanzminister ist von einem Unwohlsein befallen und befindet sich in Behandlung des Professors Langenbeck. — **York**, 17. Nov. Maximilian kehrte am 1. Nov. von Veracruz nach der Hauptstadt zurück.

Aus Rom.

Die nächsten Tage müssen entscheidende Nachrichten aus Rom bringen. Ob der Papst abreisen soll oder nicht? diese Frage hat ein heftiges Zerwürfniß ins heilige Kollegium gebracht. Man will sogar wissen, daß Ministerium Antonelli wanke, weil Italien und Frankreich darauf bestehen, daß der Papst bleibe, aber sein Regierungssystem ändere. Die von diesen beiden Mächten dem Papste gestellten Bedingungen werden ohne Zweifel auch die einschließen, daß Exkönig Franz abreise. Es würde auf einige Fügsamkeit des Papstes deuten, wenn es sich bestätigt, daß der Exkönig seine Equipagen verkauft habe und der Herzog Trapani bereits in der Abreise begriffen sei. Die römische Aristokratie bereitet eine Adresse an den Papst vor, worin er gebeten wird, der absoluten Nothwendigkeit Rechnung zu tragen und sich mit der italienischen Regierung zu verständigen. Die Municipalität soll geneigt sein, diese Adresse zu unterstützen.

Andererseits wird dem „Diritto“ berichtet, der Papst wolle sich am 4. Dezember nach Civitavecchia begeben, um die dortigen Eisenbahn- und Hafenarbeiten in Augenschein zu nehmen. Diese Nachricht muß natürlich Sensation machen, da die Reise mit der Anwesenheit fremder Kriegsschiffe in jenem Hafen zusammenträfe. Für den Transport der französischen Truppen nach Civitavecchia ist am 19. d. M. von der französischen Armeeverwaltung ein Kontrakt abgeschlossen. Die Hoffnung der Reaktion, daß die September-Konvention nicht zur Ausführung kommen werde, dürfte sich schwer erfüllen, da anscheinend zwischen den Kabinetten von Paris und Florenz das beste Einvernehmen besteht und General Fleury sich sehr befriedigt zeigt durch die Bereitwilligkeit, mit welcher man ihm in Florenz entgegen kommt.

Nach einer uns vorliegenden polnischen Korrespondenz aus Rom erwartet man dort mit Sicherheit zum neuen Jahr die italienischen Truppen.

Der Zustand der ewigen Stadt ist danach ein sehr trüber, und wenn die Franzosen abziehen, so hat man Scenen zu erwarten, ärger als die in Palermo waren. Einerseits hat sich der zahlreiche Anhang Mazzini's vollständig gerüstet mit Waffen, die aus England eingeführt wurden, ohne daß die römische Polizei es zu hindern wußte. Diese Partei ist bereit, mit dem Prälaten- und Pfaffenthum rücksichtslos umzuspringen, namentlich Alles zu massakriren, was in Verbindung mit dem Kardinal Antonelli steht, dem Gegenstand des Hasses der niederen Volksklasse. Andererseits haben in Rom und seiner Umgegend Tausende von Banditen und Meuterern aus Palermo sich eingefunden, die im Falle der Noth bewaffnet werden sollen, um mit ihnen eine Kontrerevolution hervorzurufen und sie gegen die Liberalen zu hetzen. Die Führer der Reaktion haben bereits Verzeichnisse der Liberalen angefertigt, die dem Messer palermitanischer Banditen überliefert werden sollen.

Einige Klöster der Stadt sind gespickt mit Waffen für die legitimistische Bande. Der Verfasser dieser Korrespondenz will mit eigenen Augen in einem entlegenen und stillen Viertel Roms zur Mitternachtsstunde Priester in zerlumpten Kleidern mit breiten Hüten gesehen haben, die im kalabrischen Dialekt das Gesindel der Straßen gegen die Liberalen haranguirten, indem sie ihm Geld und Wein austheilten. Möglich, daß unter dieser Verkappung auch Emissäre weltlichen Standes umherziehen. Der französischen Polizei ist der ungeheure Andrang des Gesindels aus Palermo nicht unbekannt und sie unternimmt zahlreiche Verhaftungen, aber die sind nicht mehr von Erfolg. Mit dem Abzuge der Franzosen stürzen die Meuten auf einander, wenn die Italiener nicht schnell genug zur Hand sind.

Zwar hat das Nationalkomité ganz im Stillen eine gut bewaffnete Nationalgarde von 15—20,000 Mann organisirt, es frägt sich aber, ob sie den Mazzinisten und Palermitanern zugleich gewachsen sein wird. Auf das päpstliche Militär ist nicht zu rechnen, einzelne Abtheilungen erwarten nur den Augenblick, um den Ruf: „Es lebe der König von Italien!“ erschallen zu lassen; denn vom gemeinen Soldaten bis zum Hauptmann ist Alles ergrimmt gegen das päpstliche Regiment. Alle Inländer werden in die Provinz geschickt; kaum ist die Gensd'armerie noch treu — aber was sind 1000 Gensd'armen? Die römische Legion, durch Desertion geschwächt, zählt kaum noch 800 Mann. Außer dieser Legion und der Gensd'armerie wird die Besatzung Roms noch aus 2000 Zuaven bestehen, französischen und belgischen Legitimisten. Diese werden zwar treu bleiben, aber sobald sie auf Gefahr stoßen, Fersengeld zahlen.

Um eine Katastrophe zu verhüten, trägt man sich in französischen Kreisen mit folgender Kombination: Der Papst soll bleiben, aber sein bisheriges Regierungs- und Verwaltungssystem aufgeben, letzteres soll durch eine Municipal-Regierung ersetzt werden und der römische Senat seine alte Gewalt wieder erlangen.

Aus einer geheimen Druckerei ging ein Schriftchen hervor mit dem Titel: Il Senato di Roma ed il Papa dem jenes Projekt zu Grunde liegt; es trägt das berühmte Monogramm S. P. Q. R. und die Unterschrift Stephan Porcari, des römischen Senators aus dem XV. Jahrhundert, der die königlichen Rechte des Senats gegen den Papst vertheidigte und als Mitglied einer geheimen Verbindung auf Befehl Nikolaus V. erhängt wurde. Der Schatten Porcaris wurde heraufbeschworen, um gegen den Papst zu protestiren. Das erschienene Schriftchen führt auf Grund historischer Thatsachen aus, daß die Päpste Rom niemals regiert haben, und nur Vormünder und Vermittler der ewigen Stadt waren das ganze Mittelalter hindurch.

Rom, durch seinen Senat und sein Volk regiert, habe im Papste niemals seinen König gesehen, es habe ihm nie gehört, sei ihm nie geschenkt worden. Karl der Große habe dem Papste einen Staat, aber nicht die Stadt Rom geschenkt. Der Kirchenstaat sei dahin, Rom sei geblieben und nicht Eigenthum des Papstes. Sobald die Intervention aufhöre, kehre Volk und Senat zu der Gewalt zurück, welche die Päpste ihnen in früherer Zeit widerrechtlich entrissen hatten.

Es wird vielfach behauptet, die Broschüre sei in Paris gedruckt, obgleich sie die Aufschrift trägt: Romae ex Aedibus Maximis.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 28. November. Die „N. Allg. Z.“ schreibt: Die Einberufung des Norddeutschen Parlaments zum 1. Februar k. J. hat deshalb auf einen so nahen Termin von der königlichen Regierung gelegt werden müssen, weil zu Anfang des Herbstes künftigen Jahres der preußische Landtag wieder zusammentreten muß, da am 1. Oktober die Vereinigung der neu erworbenen Provinzen mit dem preußischen Staatskörper durch den Zusammentritt einer gemeinsamen Landesvertretung ihren staatsrechtlichen Ausdruck zu finden hat. Damit dieser Staatsakt ohne Hemmung erfolgen kann, muß das Norddeutsche Parlament seine Arbeiten, welche wegen der Berathung des Verfassungsentwurfes, der Geschäftsordnung und anderer Angelegenheiten umfangreicher Art sind, geschlossen haben.

Ein näherer Termin als der 1. Februar k. J. würde noch erwünschter gewesen sein; derselbe konnte aber wegen des erst am 21. v. M. erfolgten Vertrages zwischen Preußen und Sachsen, dessen Ratifikation am 25. v. M. stattfand, wegen der Vorarbeiten für den Verfassungs-Entwurf des Norddeutschen Bundes, der Vorbereitungen für die Wahlen, besonders wegen der Feststellung der Wahlkreise und Aufstellung der Wählerlisten, die nach §. 10. des Wahlgesetzes vier Wochen vor dem Wahltage zur Kenntnißnahme öffentlich ausgelegt sein müssen, nicht früher anberaumt werden. Es wird schon jetzt die angestrengteste Thätigkeit der bei den Vorbereitungen für den Zusammentritt des Parlaments betheiligten Regierungen erfordern, damit am 1. Februar k. J. die Eröffnung dieser Versammlung Norddeutscher Abgeordneter stattfinden kann. Es ist uns angenehm, mittheilen zu können, daß seit dem 21. d. M. bereits von mehreren Bundesgenossen Erklärungen vorliegen, daß die Parlamentswahlen bis zum 1. Februar k. J. erfolgt sein werden.

— Die Dotationsfrage dürfte, wie jetzt die „Prov. Korr.“ hofft, eine Lösung durch vertrauliches Einvernehmen zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhause finden. Während die Regierung dabei stehen bleiben mußte, daß die von Sr. Majestät dem König zur Bewilligung einer Dotation in Aussicht genommenen Heerführer nicht einer widerspruchsvollen Erörterung in der Kommission oder im Hause ausgesetzt werden dürfen, hat sie sich dagegen einer vertraulichen Mittheilung über die Absichten Sr. Majestät nicht entziehen wollen, insofern eine Gewähr rücksichtsvoller Aufnahme und Behandlung dieser Mittheilung gegeben werden konnte. In solcher Absicht hat der Präsident des Abgeordnetenhauses den Vorschlag gemacht, daß die Berathungen der Kommission fortan als rein vertrauliche und geheime behandelt werden sollen und ist dies sowohl von der Kommission, wie vom Hause angenommen worden. Demzufolge ist mit Zuversicht zu erwarten, daß in der Kommission auf Grund der seitens der Regierung in Aussicht gestellten Eröffnungen die Erledigung der nationalen Angelegenheit durch allseitig annehmbare Vorschläge vorbereitet werden, und daß das Haus selbst den Anträgen seiner Vertrauensmänner ohne weitere Erörterungen beitreten wird.

Es ist noch der Antrag gestellt, die Dotation nicht bloß auf „Heerführer“, sondern auch auf „Staatsdiener“ zu erstrecken, wobei das Absehen unzweifelhaft vor Allem auf den Minister-Präsidenten Grafen Bismarck gerichtet ist. Eine Verständigung hierüber dürfte kaum einer Schwierigkeit unterliegen, wenn die Absicht nicht einen unüberwindlichen Widerstand auf Seiten des zunächst Betheiligten finden sollte.

— Die vormals hannoverschen Offiziere sind jetzt von der preußischen Regierung aufgefordert worden, sich bis zum 1. Januar zu erklären, ob sie den Wunsch hegen, in die preußische Armee überzutreten oder ihre Pensionirung beantragen wollen.

Die Bedingungen, welche dem König von Hannover bewilligt wurden, als seine Armee sich in Folge des Tages von Langensalza ergeben mußte, enthielten unter Anderem Folgendes:

„Offiziere und Beamte der hannoverschen Armee versprechen auf Ehrenwort, gegen Preußen nicht zu dienen, behalten Waffen, Gepäck und Pferde, so wie demnächst Gehalt und Kompetenzen, und treten der preußischen Verwaltung des Königreichs Hannover gegenüber in dieselben Rechte und Ansprüche, welche ihnen bisher der hannoverschen Regierung gegenüber zustanden.“

Diese Bedingungen waren von vornherein und selbstverständlich für den Zwischenzustand bestimmt, in welchem das vormalige Königreich Hannover sich einstweilen nur in preußischer Verwaltung befand.

Nachdem inzwischen durch den weiteren Lauf der Ereignisse der König von Preußen der Landesherr in Hannover geworden ist, haben die hannoverschen Offiziere ihm gegenüber unbedingt dieselben Pflichten, wie dem früheren König von Hannover gegenüber; die preußische Regierung dagegen erfüllt in vollem Maße die von ihr ertheilten Zusagen, indem sie jenen Offizieren auch jetzt dieselben Rechte und Ansprüche zuerkennt, welche ihnen früher dem König von Hannover gegenüber zustanden.

Ein Theil der hannoverschen Offiziere, irregeleitet durch verblendete Rathschläge aus der Umgebung des früheren Königs von Hannover, vermeint nun beanspruchen zu können, Gehalt und Kompetenzen fortzubeziehen, ohne in die preußische Armee einzutreten. Dieser Anspruch muß unbedingt zurückgewiesen werden, da die Offiziere der preußischen Regierung gegenüber nicht höhere Rechte gewonnen haben, als sie der vormals hannoverschen Regierung gegenüber besaßen, — kein Offizier aber dem König von Hannover gegenüber berechtigt gewesen wäre, aus der Armee auszuscheiden und dennoch die Fortbewilligung seines Gehalts zu fordern. Die einzige Wahl, welche den Offizieren rechtlicher Weise zugestanden werden kann, ist entweder — Eintritt in die preußische Armee oder — Pensionirung.

Die Angelegenheit würde auf dieser Grundlage ohne Weiteres zur Erledigung kommen, wenn nicht der frühere König die Offiziere nach wie vor durch den ihm geleisteten Eid gebunden erachtete und eine Entbindung derselben von diesem Eide verweigerte.

Die Offiziere selbst sind hierdurch in eine peinliche Lage versetzt, welche durch die thörichtsten Vorspiegelungen in Betreff einer baldigen Wiederherstellung des hannoverschen Throns noch vermehrt werden.

Der König von Hannover unterliegt fort und fort derselben Verblendung, welche ihn während seiner Regierung so vielfach irre geleitet hat. Im Widerspruch mit allen Thatsachen träumte er von einer nahen Rückkehr auf den verlorenen Thron und wird in solchem Wahn augenscheinlich von seiner unredlichen und eigensüchtigen Umgebung bestärkt.

Es wäre im höchsten Grade zu beklagen, wenn ein Theil der hannoverschen Offiziere durch die hartnäckigen Selbsttäuschungen ihres frühern Herrschers verhindert werden sollte, die Wahl zu treffen, die in ihrem eigenen und im Interesse des Landes allein möglich ist.

Die preußische Regierung kann in dieser Beziehung so wenig, wie in irgend einer anderen durch weitere Nachsicht ihr Recht und ihr Ansehen in Frage stellen lassen. (Prov. Korr.)

— Der Ministerpräsident Graf Bismarck ist noch nicht nach Berlin zurückgekehrt, wird jedoch in den nächsten Tagen hier erwartet. — Der Kriegsminister von Roon wird vermuthlich in den ersten Tagen Dezembers von seiner Urlaubsreise zurückkehren. (Prov. Korr.)

— Wie die „N. Pr. Ztg.“ hört, soll mit der Vereidigung der Beamten in den neu erworbenen Landestheilen baldigst vorgegangen werden, und zwar dürfte die Beeidigung ganz nach Art des preußischen Beamteneides erfolgen.

— Der heutige „Staatsanzeiger“ enthält nachstehende Bekanntmachung, betreffend die Pariser Ausstellung:

Eröffnung am 1. April 1867.

Die Herren Aussteller werden vorläufig benachrichtigt, daß die Annahme der zur Ausstellung zugelassenen Gegenstände zum Transport in der Zeit vom 20. Januar bis 20. Februar 1867 erfolgen wird. Es wird damit die Bitte verbunden, die Fertigstellung der Gegenstände so zu beschleunigen, daß die Uebergabe an die Empfangsstellen möglichst früh innerhalb jenes Zeitraumes geschehen kann.

Drängt sich, wie dies bei Gelegenheit früherer Ausstellungen geschehen, die Ablieferung auf die letzten Tage der Frist zusammen, so liegt die Gefahr nahe, daß der Transport rechtzeitig nicht mehr bewirkt werden kann und dann eine Zurückweisung der zu spät eintreffenden Gegenstände nach Maßgabe des Reglements der kaiserlich französischen Kommission eintritt.

Die Stationen, auf welchen die Ausstellungsgüter zur Beförderung werden übernommen werden, so wie die bei der Absendung zu befolgenden Vorschriften werden besonders bekannt gemacht werden.

Berlin, den 28. November 1866.

Die königliche Centralkommission für die Pariser Ausstellung von 1867.

Hannover, 27. November. Die Offiziere der ehemaligen hannoverschen Armee haben, wie das „Tagebl.“ vernimmt, aus ihrer Mitte eine Kommission von Vertrauensmännern ernannt, welche Vorschläge machen soll, auf welche Weise dem jetzigen Zustand ihrer Lage ein Ende zu machen.

Strasburg. — Der „Kulmer Przyjaciel Ludu“ theilt mit, daß man unlängst in der hiesigen katholischen Kirche einen Brief gefunden habe, der die Polen aufforderte, sich für eine zum 1. April k. J. ausbrechende Revolution vorzubereiten. (G.)

Tangermünde, 26. November. Man hat hier und in dem benachbarten Stendal eine neue Erfindung von Bauartikeln gemacht, die, wenn sie sich vor dem Urtheile der Fachleute bewährt, einen vollständigen Umschwung in der Technik des Baugewerkes hervorzubringen im Stande ist. Dem Fabrikanten W. Hannemann hierselbst ist es in Verbindung mit dem Kreisbaumeister Pflughaupt zu Stendal gelungen, unter Ausschließung der bis jetzt bekannten Bindemittel, als Kalk, Gips, Cement und dergleichen, ein eben so festes, aber ungleich billigeres Bindemittel zur Produktion von künstlichem Sandstein und Marmor aus Sand und anderen Mineralien, sowie auch von künstlichem Dachschiefer aus Pappen und von Torf aus Sägespähnen zu erfinden, was sich außerdem auch zu feuer- und wetterfestem Anstrich verwenden läßt. Die so gefertigten Gegenstände werden nicht gebrannt, sondern nur wenige Tage der Luft ausgesetzt und übertreffen in jeder Bearbeitung, sei es zu Mauer- und Bausteinen, sei es zu Krippen, Trögen, Säulen, Denkmälern, Ornamenten 2c. an Haltbarkeit die bisher dazu verwandten Materialien; anderseits sind sie auf eine außerordentlich billige Art von jedem Bauunternehmer, der die Kenntniß des neuen Bindemittels besitzt, herzustellen. Die Erfinder beabsichtigen, eine Mustertafel ihrer neuen Produkte an die Pariser Weltausstellung einzusenden.

Hamburg, 28. November. Privattelegrammen der „Hamburger Nachrichten" zufolge entsenden Bremen und Lübeck die Senatoren Dr. Gildemeister und Dr. Curtius als Bevollmächtigte zu den Konferenzen wegen des Norddeutschen Parlaments nach Berlin.

Oestreich.

☾ Wien, 26. November. So werden denn wieder einmal unsere cisleithanischen Landtage, namentlich die rein deutschen und auch mehrere von denen mit gemischter Bevölkerung, unserer Regierung über die Folgen und Resultate der Sistirungspolitik ihre Meinung eben so derb sagen, wie sie das vor einem Jahre gethan haben. Da indessen der Erfolg ganz unzweifelhaft wieder absolut derselbe, d. h. nämlich gar keiner sein wird, so können wir es kaum bedauern, daß derjenige Vertretungskörper, der sich in der letzten Session vor allen andern hervorthat und das Septemberpatent ohne weiteres an den Stufen des Thrones als das was es ist, als einen Handstreich der privilegirten Kasten gegen eine von der Krone feierlich verbriefte Verfassung bezeichnet, daß der kleine Vorarlberger Landtag beschlossen hat, von einer Adresse Abstand zu nehmen, weil der Kaiser die Meinung des Ländchens ohnedies kenne und es zu nichts führen würde, dieselbe durch eine Wiederholung abzuschwächen. Dies enfant terrible unter unsern „Vertretungen", von dem Shakespeares „though last, not least" im ganzen Umfange gilt, hat sich nicht einschüchtern lassen, obschon seine vorjährige Adresse uneröffnet zurückgeschickt ward, der Landeshauptmann u. Regierungskommissar Knall und Fall pensionirt wurde (dem Letztern fehlten nur noch vierzehn Tage an dem Dienstalter, wo er statt ⅔ seines Gehaltes das volle Salair hätte als Pension erhalten müssen!) und eine Menge hochnothpeinlicher Untersuchungen seitdem dort anhängig sind. Nicht umsonst nennt der Vorarlberger sein Land das „Kantonli" und macht niemals ein Hehl daraus, daß die Vereinigung mit der Schweiz das endliche Ziel all' seines Strebens bleibt. Aber je republikanischer und unbefangener in religiösen Dingen die Vorarlberger sich gebehrden, desto eifriger bietet Graf Belcredi alles was in seinen Kräften steht auf, um sie an das glaubenseinheitliche Tyrol zu schmieden. Zur Strafe dafür, weil ihr 20 Mann starker Landtag in der vergangenen Session so gewaltig gegen das Konkordat donnerte, daß der fürsterzbischöfliche Generalvikar eine entsetzliche Scene, mit Händen und Füßen um sich stampfend, aufführte, und den Berathungssaal verließ, mußte das kleine Ländchen jetzt gleich zwei Jesuitenklöster, deren Insassen man ihnen aus Italien auf Regierungskosten hinüberspedirt hat, auf Einmal verdauen. In wie hohem Grade dadurch die Anhänglichkeit der Bevölkerung an Wien gefördert wird, können Sie sich leicht denken! Ingleichen hat der Kärntner Landtag sich dafür entschieden, von einer abermaligen Adresse als zwecklos abzusehen und nur kurzweg im Wege einer Resolution die Punkte des Programms von Aussee anzunehmen, die bekanntlich darauf hinauslaufen, je ein aus direkten Wahlen hervorgehendes cis- oder transleithanisches Parlament einzusetzen, die gemeinsamen Angelegenheiten aber der parlamentarischen Verhandlung durch eine Reichsvertretung zu überlassen. In Kärnten zeigt man überhaupt viel Energie. Die Klagenfurter Handels- und Gewerbekammer hat eine, ebenfalls die Einberufung des Reichsraths verlangende Adresse, nachdem der Staatsminister sich geweigert, sie dem Throne vorzulegen, zum zweiten Male hinaufgeschickt mit der Bemerkung, Graf Belcredi habe kein Recht, sich zwischen den Kaiser und das Volk zu drängen. So werden Sie denn jetzt in mehr als einem Dutzend verschiedener Landtags-Adressen das Thema variiren hören, welches unser niederöstreichischer Landtag derb genug dahin formulirt hat: nur in der schleunigsten Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände erblicken wir den Weg zur Rettung.... Die seit der Sistirung wachsende Zerklüftung und Schwächung Oestreichs und der in der Bevölkerung immer weiter um sich greifende zersetzende Pessimismus waren der beste Bundesgenosse unserer Feinde; insbesondere raubte jene Politik uns jenes Organ, welches vorzugsweise berufen gewesen wäre, die Begeisterung der Völker zur Abwehr wachzurufen.... Die Beseitigung des verfassungsmäßigen Lebens in Oestreich mußte die letzten Sympathien hier und in Deutschland, den letzten Glauben an unsere innere Kraft vernichten, und diese Erkenntniß den begeisterten Aufschwung unserer deutschen Verbündeten lähmen.... Die Zerrüttung der Finanzen mußte bei einer, nun über ein Jahr währenden budgetlosen und kontrolfreien Regierung in erschreckender Progression wachsen, da Kreditoperationen bei dem völligen Abgange der beschließenden Mitwirkung einer Volksvertretung immer unübersteiglichere Hindernisse entgegenstehen und man daher zu dem letzten Hilfsmittel, der Staatsnotenpresse, schritt.... Kein freiheitlicher Fortschritt auf dem Gebiete der Gesetzgebung, Verwaltung und Justizpflege belebte auch nur einen Moment die Todtenstille der Sistirungsaera." Das Alles ist sehr wahr und recht hübsch gesagt, hat es aber irgend einen Erfolg, so kann derselbe nur in einer Befestigung der Stellung Belcredi's bestehen; denn das „Justement nicht", daß nämlich auf keinen Fall dem Andringen der Bevölkerung nachgegeben werden dürfe, übt hier noch immer die alte Gewalt.

Frankreich.

Paris, 26. November. Ueber die Romfahrt der Kaiserin bringt die „Köln. Z." folgende Mittheilungen; Die Kaiserin Eugenie beharrt dabei, es sei ihre „Mission" die Versöhnung des Papstes mit Viktor Emanuel auf ihre Art zu Stande zu bringen. Sicher ist es, daß sie verstanden, die persönlichen religiösen Gesinnungen Viktor Emanuels für ihren Zweck zu interessiren, so daß jetzt der König von Italien um so weniger als Gegner des kaiserlichen Reiseplans angesehen werden darf, als ihm zugesagt worden ist, daß, wenn es erst einmal gelungen, den Papst freundlicher zu stimmen, die Kaiserin Eugenie selbst von Rom nach Florenz eilen würde, um dort persönlich die frohe Botschaft zu verkünden und das „Weitere" zu veranlassen. Auf der anderen Seite sind sogar mit dem „Römischen National-Komité" Unterhandlungen angefangen worden, die zum Zweck haben, der Kaiserin eine Garantie dafür zu schaffen, daß während der Dauer ihrer Anwesenheit in der ewigen Stadt die Ruhe durch keinen Tumult seitens der Nationalpartei gestört werde. So weit jene diplomatischen Vorbereitungen. Inzwischen aber trifft die Kaiserin ohne alle Heimlichkeiten die Anstalten zu ihrer Abreise. So bestimmte sie für ihre nähere Begleitung die Damen de Reyneval und Cornu. So ließ sie Weisungen ergehen, alle ihre Reiseeffekten zu vervollständigen, und so berief sie endlich vorgestern Abend den Kommandanten der kaiserlichen Yacht „l'Aigle", Kontreadmiral d'Hornay, von Toulon direkt nach Compiègne, um mit ihm persönlich gewisse Reiseangelegenheiten zu besprechen. Sie wies den Seemann ausdrücklich an, am 5. Dezember zum Auslaufen pünktlich bereit zu sein. Der Kontreadmiral kehrt heute Abend deshalb wieder nach Toulon zurück.

— Aus Mexiko erfährt man nachträglich, daß der Kaiser zu Pferde in Begleitung von 200 Mann der östreichischen Legion die Hauptstadt verließ. Gegen Marschall Bazaine führen die anderen Generale, insbesondere General Douai, Klage, weil der Marschall noch immer die Dissidenten ohne Pardon erschießen läßt, was natürlich zu Repressalien führt. Der „Liberté" scheint es nicht so unwahrscheinlich, daß General Shermann im Einverständniß mit der französischen Regierung nach Veracruz gegangen ist, um dort ungefähr die gleiche Mission zu erfüllen, die General Leboeuf in Venedig vollzogen hat, indem er Venetien aus den Händen Oestreichs empfing, um es in die Hände der italienischen Regierung übergehen zu lassen. Es handle sich um eine Frage der Form und der Schicklichkeit. General Shermann werde vielleicht im Namen der Vereinigten Staaten sich Mexiko von dem General Castellnau übergeben lassen, um diesem Lande die volle Freiheit zu geben, wenn es von Neuem seine Geschicke Benito Juarez anvertrauen wolle.

Italien.

Florenz, 28. November. Wie die „Gazetta uffiziale" meldet, hat der König den General Menabrea mit dem Annunziaten-Orden dekorirt. — Der Belagerungszustand in Palermo wird am 30. November aufgehoben wreden. — Prinz Humbert hat in seiner Eigenschaft als Ehrenvorsitzender der italienischen Abtheilung bei der französischen Industrie-Ausstellung ein Zirkular erlassen, in welchem er zur Betheiligung an der Ausstellung auffordert. — Bei den Wahlen in Venetien sind 30 Kandidaten, welche fast sämmtlich der gemäßigten Partei angehören, definitiv gewählt worden; über die andern wird die Ballotage zu entscheiden haben.

— Die Angelegenheit der Theilung der römischen Staatsschulden ist noch immer schwebend, obwohl die italienische Regierung schließlich den Forderungen Frankreichs nachzugeben sich bereit gezeigt hat. Es handelt sich jetzt darum, den Betrag der zu vergütenden Zinsen zu bestimmen, welcher in mehrjährigen Raten bezahlt werden soll und wovon ein Theil an Frankreich als Ersatz der Okkupationskosten und die Auslagen für die Befestigung Civitavecchias fallen soll. Die italienische Regierung ist auch bereit, über Zoll-, Post-, Telegraphen- und andere Verkehrs-Angelegenheiten mit der päpstlichen Regierung ein Abkommen zu treffen; doch besteht eine solche Geneigtheit nicht auf Seiten der römischen Regierung, so daß es gar nicht wahrscheinlich ist, daß man darüber zu Unterhandlungen gelangen wird.

Das „Giornale di Napoli" erfährt, „daß die Jesuiten in Rom auffälliger Weise Vorbereitungen zur Abreise treffen."

Nach der „Madrider Korrespondencia" befindet sich nur ein spanisches Schiff, der „Vulkano", in den Gewässern von Civita-Vecchia, in denen tiefgehende Fahrzeuge nicht anlegen können. Sollte sich aber, was bis jetzt nicht wahrscheinlich sei, der heilige Vater an Bord des Vulkano begeben, so würde das in Barcelona liegende Linienschiff Isabel II. Seine Heiligkeit auf offener See aufnehmen und nach Spanien bringen.

Portugal.

Lissabon, 27. November. Nach hier eingetroffenen Berichten vom Rio de la Plata haben die Paraguyten am 18. Oktober das verschanzte Lager der Brasilianer unter dem Kommando Porto Alegres bombardirt. Die Republik Bolivia hat, nachdem sie gegen die Tripel-Allianz zum Nachtheile Paraguays protestirt, an der Grenze der argentinischen Provinz Jujuy eine Armee koncentnrirt und bedroht die Konföderation mit einem Einfalle.

Rußland und Polen.

* Aus Konin, 23. November. Gestern gingen wieder mehrere Familien, zusammen 29 Köpfe stark, nach Deutschland zurück. Es waren Weberfamilien, welche erst im vorigen Jahre aus dem Würtembergischen eingewandert waren und sich in den Fabrikgegenden niedergelassen hatten, um durch Handweberei ihr Brot zu verdienen. Wie die Leute selbst sagten, hat es ihnen, trotz der vorhandenen Fabriken und Privatwebestühlen an Arbeit eigentlich niemals gefehlt; allein die Theuerung der nothwendigsten Lebensmittel ist so groß, daß der Verdienst bei stetem Fleiße doch nicht ausreichte. Deshalb wollen sie wieder in die Heimat zurückkehren, wo sie, wenn sie ebenso anstrengend arbeiten, wie hier, doch ein besseres Auskommen haben.

In den Fabriken ist der Verdienst allerdings hier in Polen besser, als in Deutschland, wie die Rückzügler meinten, aber die Fabriken sind so überfüllt, daß schwer in diesen unterzukommen ist, und auf die Hoffnung, in eine Fabrik eingestellt zu werden, möge Niemand hierherkommen, der nicht vorher schon mit einem Fabrikbesitzer ein Abkommen getroffen und sich einer Stelle versichert hat.

Türkei.

Konstantinopel, 27. November. Der „Levant Herald" fährt fort, die letzten Siegesberichte der Kandioten zu veröffentlichen, obwohl die Zeitung wegen solcher Veröffentlichungen zu Geldstrafen verurtheilt wurde. — Die katholischen Bewohner Albaniens befinden sich in großer Aufregung: an der Spitze der Bewegung steht ein Geistlicher. Ein Kommissar der türkischen Regierung hat sich zur Vermittelung dorthin begeben.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 27. November, Abends. Heute hat die Eröffnung der Kammern durch den Fürsten in Person stattgefunden. In der Thronrede wird darauf hingewiesen, daß die Souveränetät der Pforte innerhalb der durch den Pariser Traktat gezogenen Grenzen respektirt sei. Ferner werden die friedlichen Beziehungen zu den Nachbarstaaten, sowie die Gunst der Verhältnisse hervorgehoben, durch welche die Anerkennung der Dynastie Seitens der Pforte und der Garantiemächte herbeigeführt sei. Die Thronrede betont endlich, daß sämmtliche Kontrakte, welche die frühere Regierung abgeschlossen habe, wenn auch mit Opfern, aufrecht zu erhalten seien, damit dem Kredit des Landes kein Schaden erwachse.

— Gestern hat der Fürst in feierlicher Audienz den Baron d'Avril empfangen und dessen Kreditive als chargé d'affaires und General-Konsul der französischen Regierung beim Hofe zu Bukarest entgegengenommen.

Der Suez-Kanal im Jahre 1865.

Die Berichte der Freunde des Herrn v. Lesseps über den Fortgang der Suezkanal-Arbeiten sind mit großer Vorsicht aufzunehmen. Die Verwirklichung der pomphaft verkündeten Verbindung des mittelländischen mit dem rothen Meere liegt noch in weiter Ferne; bis jetzt ist es unmöglich, auch nur mit demselben Boote von einem Hafen zum andern zu gelangen. Ein Bericht der Handels- und Gewerbekammer in Wien giebt über den Stand der Arbeiten im Jahre 1865 genauen und unparteiischen Aufschluß.

Der eigentliche, für die große Schifffahrt bestimmte Kanal soll, wenn vollendet, ca. 200 Fuß Breite und ca. 26 Fuß Tiefe haben; letztere wird für ganz große Schiffe nicht genügend sein, weil schon die jetzt zwischen China und Suez verkehrenden Dampfer bei voller Ladung von 1800 Tonnen einen Tiefgang von $7_{,6}$ Meter haben. Der Kanal zerfällt in 2 Sektionen: von Port-Said bis Ismaila in der Länge von 82 Kilometern, auf welcher sich alle bisher in Angriff genommenen Arbeiten vorfinden, dann von Ismaila nach Suez, eine etwas kürzere Strecke, wo aber gegenwärtig gar nichts gearbeitet wird.

In Port-Said, einer ganz neuen französischen Stadt, befinden sich Magazine, Bureaux und Werkstätten der Gesellschaft, letztere ausgerüstet mit den vorzüglichsten Maschinen, die aber leider aus Mangel an Arbeitern größtentheils unbenutzt dastehen. Von den eigentlichen Hafenarbeiten ist nichts gemacht, als zwei hölzerne Landungsbrücken. Durch eine Maschine werden die kolossalen künstlichen Quaderblöcke angefertigt, welche, um die Hafendämme zu bilden, ins Meer versenkt werden. Die Maschine kann täglich, wenn es an Material nicht fehlt, 38 Stück solcher Blöcke bearbeiten, von denen jeder auf 400 Franks zu stehen kommt, weil das Material dazu aus weiter Ferne herbeigeschafft werden muß.

Von Port-Said aus wird der Kanal in der vollen Breite durch den Menzaleh-See und über die in demselben hier und da befindlichen Sandbänke geführt; es sind, um den Schlamm auszuheben, 28 Baggermaschinen aufgestellt, von denen aber mehr als die Hälfte immerfort in Reparatur sind. Von dem ausgehobenen Schlamme werden die Dämme auf beiden Seiten aufgeworfen, bei welcher Arbeit sich aber der große Uebelstand herausstellt, daß durch die eigene Schwere des Dammes die untersten Lagen des Schlammes nachgeben, wieder in das ausgegrabene Bett des Kanals hineinrutschen, und es wenigstens theilweise wieder ausfüllen. Um nun dieser endlosen Arbeit los zu sein, sollten, um den Damm zu befestigen, Holzpfähle eingeschlagen werden; man mußte jedoch diese Idee aufgeben, weil es unmöglich war, Hölzer aufzutreiben, die lang genug waren, um durch den tiefen Schlamm bis auf festen Boden zu reichen. Jetzt wurde vorgeschlagen, große Quadern zu versenken, und so ein festes Fundament zu bilden; eine Arbeit, die, wenn überhaupt ausführbar, viel Zeit und viele Millionen Franks erheischt. Der See ist 48 Kilometer (1 Kilometer = 1000 Meters, 1 Meter = 3,18 preuß. Fuß) lang.

Vom Ende des Sees bis zum Seuil d'El Guisr ist der Kanal in festem Wüstenboden wohl in der ganzen Breite angefangen, die Ausgrabungen sind aber nnr an beiden Ufern begonnen worden, so daß lange Strecken in der Mitte noch ganz unberührt dastehen; die jetzige Tiefe beträgt 60 Centimeter, mitunter weniger. So lange der Kanal durch den Menzaleh-See geht, ist die Tiefe wegen der erwähnten Abrutschungen sehr ungleich, beträgt aber durchschnittlich auch nicht mehr als 60 Centimeter. Die auf dem Menzaleh-See zum Remorquiren der Barken aufgestellten kleinen und flachen Dampfer können höchstens bis El Ferdane gelangen. Von da bis Ismaila müssen die Balken durch Kameele gezogen und mitunter von den Schiffsleuten fortgeschoben werden. Bei dem Seuil d'El Guisr sind jetzt die Arbeiten der Ausgrabung konzentrirt; es stehen dort in einer Reihe fünf große Bagger-Maschinen, die täglich 500 Kubikmeter trockenen Sand ausheben könnten, wenn sie nicht allzuhäufigen Reparaturen unterworfen wären. Von da bis Ismaila, einer ebenfalls ganz neuen französischen Stadt mit Kirche, Werkstätten und vorzüglich einem ganzen Heer von Beamten der Gesellschaft bewohnten palastähnlichen Gebäuden, deren Bau viele Millionen gekostet hat, ist der Kanal höchstens 15 Meter breit, die Tiefe wechselt von 1 Meter bis 60 Centimeter.

Um nun nach Suez zu gelangen, muß man mittelst anderer Barken den 200 Meter von Ismaila vorbeigeführten Süßwasser-Kanal benutzen. Auf der ganzen Strecke von hier bis Suez und in Suerz selbst, wurde bisher nichts gearbeitet, mit Ausnahme eines kleinen Stückes bei Chalouf, wo noch zur Zeit, als die egyptische Regierung eine immense Zahl von Arbeitern der Unternehmung zur Verfügung stellte, der Kanal mit 80 Meter Breite auf 1 Meter Tiefe ausgehoben wurde, also noch um 7 Meter zu vertiefen ist. Diese Strecke bietet die größten Schwierigkeiten, theils wegen der durch die heftigen Winde verursachten Sandverwehungen, theils weil man bei angestellten Bohrungen noch in der Tiefe von 12 Meter nichts als leichten Sand gefunden hat, durch welchen das zur Speisung des Kanals bestimmte Wasser durchsickern muß, so daß nichts übrig bleiben wird, als die Sohle und die Wände des Kanals durch Bétonschichten wasserdicht zu machen.

Man ersieht hieraus, daß trotz der vielen Millionen der Bau noch wenig vorgeschritten ist. Fertig wird der Kanal wohl nicht unter zehn Jahren sein, selbst wenn es nie an den erforderlichen Geldmitteln und Arbeitskräften fehlt und wenn durch die häufigen Sandverwehungen sich nicht Schwierigkeiten ergeben sollten. Es ereignet sich nicht selten, daß die Bahn zwischen Kairo und Suez durch Sandverwehungen unfahrbar wird, und Bahnzüge gezwungen sind, auf einer Station so lange zu warten, bis es einer großen Schaar hierzu gepreßter Fellahs gelingt, den auf der Bahn aufgehäuften Sand zu beseitigen. Es ist dies aber leichter, als den in den Kanal gewehten Sand wieder herauszuschaffen und die Regierung, welcher die Bahn gehört, kann die Fellahs zur Arbeit zwingen, was jedoch für eine ohnehin bei dem Volke verhaßte Privatunternehmung, wie der Kanal, unmöglich ist. Die größte Schwierigkeit bleibt, eine genügende Zahl von Arbeitern aufzutreiben, und der größte Schlag, den die Unternehmung erlitten, ist die Aufhebung der Frohnarbeit, zu welcher früher auf Befehl der ägyptischen Regierung Arbeiter bis von der Grenze von Nubien herbeigeschleppt wurden. Die Bewohner Oberägyptens kleben so an ihrer Scholle, daß kein Versprechen, kein noch so großer Verdienst sie bewegen kann, freiwillig ihre Heimath zu verlassen und sich weit von ihr zur Arbeit zu verdingen; die Fellahs in Unterägypten und im Nildelta aber sind durch den ihnen viel wichtigeren Anbau des sonst so fruchtbaren Bodens so in Anspruch genommen, daß ihnen für andere Arbeiten keine Zeit bleibt. Europäer sind, abgesehen von der Kostspieligkeit, wohl in den Werkstät-

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

(32. Sitzung vom 27. November.)

(Schluß.)

Es wird in der Berathung fortgefahren, und die Titel 4, 5 und 6 (persönliche, sächliche und sonstige Ausgaben) werden ohne Debatte bewilligt.

Zu Kap. VI. (Rentenbanken) und Kap. VII. (Depositenkasse des Appellationsgerichts Köln) giebt der Regierungskommissar einige Erläuterungen; die Positionen werden sodann ohne Debatte angenommen.

Bei Kap. VIII. (Allgemeine Fonds) werden die Tit. 1 und 2 (Ablösung von Passivrenten und Dispositionsfond zu Gnadenbewilligungen) ohne Debatte bewilligt.

Zu Tit. 3, in welchem 300,000 Thlr. zu unvorhergesehenen Ausgaben als Haupt-Extraordinarium verlangt werden, hat Abg. v. Bonin den Antrag gestellt, „die Berathung und Beschlußfassung hierüber auszusetzen bis nach erfolgter Berathung und Beschlußfassung über sämmtliche übrige Positionen der Ausgabe für alle Verwaltungen."

Abg. v. Bonin motivirt diesen Antrag mit einigen Worten, indem er ausführt, daß erst nach Beendigung der Etatsberathung zu übersehen ist, ob noch das Extraordinarium nöthig ist, zumal in diesem Jahre alle Positionen ausreichender dotirt sind, als in früheren.

Regierungskommissar Mölle bittet, den Antrag abzulehnen, da nach den bisherigen Erfahrungen ein solcher Fond durchaus nöthig sei. Der Fond würde zu Ausgaben verwandt, die nicht vorherzusehen seien und die auf einen besonderen Titel einer Specialverwaltung nicht gesetzt werden könnten.

Abg. Duncker beantragt, den Fond nicht zu bewilligen, event. aber 23,000 Thlr. daran abzusetzen, da diese in dem vorliegenden Etat auf einen Specialfonds übernommen worden sind.

Abg. Stavenhagen richtet an die Staatsregierung die Anfrage, womit die außerordentliche Ausgabe von 12,000 Thlr. für die Bundesfestung Mainz gerechtfertigt würde.

Regierungskommissar Mölle erklärt, daß dies daher komme, daß das Gouvernement der Bundesfestung zwischen Preußen und Oestreich gewechselt habe.

Abg. Dr. Eberty: Ich trage darauf an, diese Position zu streichen. Ueber die Natur derselben gab die Regierung 1865 dahin Auskunft: „Das Haupt-Extraordinarium nimmt in Bezug auf die allgemeine, d. h. die gesammte Staatsverwaltung dieselbe Stelle ein, welche die Dispositionsfonds der einzelnen Verwaltungen hinsichtlich der letzteren einnehmen." Das Verschiedenartigste wird darin zusammengestellt: Besoldung und Remunerationen für Beamte, für welche die Verwaltungsetats keine Mittel darbieten für 1863 mit 5000, für 1864 mit 3000, für 1865 mit 5000 Thalern. Repräsentationskosten für die Kommissarien zu den Provinzial-Landtagen figuriren 1863 mit 4000, 1864 mit 4800, 1865 mit 6400 Thalern. Sie sehen, dieses sind nicht unvorhergesehene Posten. Eine solche wiederkehrende Position ist die der Entschädigungen und Abfindungen für die ehemals Reichsunmittelbaren. Der Abg. Twesten bemerkte bei der Diskussion dieser Angelegenheit am 9. Mai 1865: „Wie kann die königliche Staatsregierung à Conto dieses Titels (zu unvorhergesehen Ausgaben) eine solche Zahlung leisten, wie sie hier vorliegt. Durch jahrelange Verhandlungen setzt sie sich in die Lage, Zahlungen leisten zu müssen; sie setzt selbst fest, ist der Vertrag bestätigt, so soll auch die Zahlung erfolgen, und nachdem sie nun den Vertrag bestätigt hat, sagt sie: Jetzt muß augenblicklich gezahlt werden. Da kann nicht von einer unvorhergesehenen Ausgabe die Rede sein." Darauf hat das Haus am 9. Mai 1865 beschlossen: Die königliche Staatsregierung aufzufordern, ohne vorgängige Genehmigung der Landesvertretung keine Entschädigung für die gedachten Standesherren festzustellen oder an dieselben zahlen zu lassen. Sind nach diesem Monitum solche Zahlungen dennoch erfolgt, so entbehren sie der Zustimmung der Landesvertretung und sind verfassungswidrig. Es können dergleichen Zahlungen in keinem Fall für 1867 bewilligt werden. Nach allen Antecedentien ist das Haupt-Extraordinarium dazu bestimmt, was sich sonst verfassungsmäßig nicht sogleich rechtfertigen läßt, zu gewähren, überhaupt aber ist es der Einwirkung der Landesvertretung entzogen; es paßt für den absoluten Staat, in eine budgetmäßige Verwaltung gehört es nicht. Ich trage deswegen auf Absetzung dieses Postens als eines verfassungswidrigen an. Gewähren Sie der Regierung Spielraum, die Rechte der Mediatisirten anzuerkennen, so werden dergleichen Ansprüche in Hessen, Nassau, Hannover so zahlreich emporsprießen, daß die Regierung selbst davor erschrecken wird. Darum bitte ich Sie, treten Sie meinem Antrage bei.

Abg. Graf Schwerin ist gegen den Antrag Duncker, aber für den v. Bonin, da ein Fonds für unvorhergesehene Ausgaben durchaus nöthig sei.

Auf den Antrag des Abg. Reichenheim wird die Debatte über beide Anträge getrennt, und zunächst nur über den v. Bonin weiter debattirt.

Nachdem noch die Abgg. Reichenheim gegen, v. Vincke (Hagen) für den Antrag Bonin gesprochen, wird derselbe mit großer Majorität abgelehnt; dafür nur die Altliberalen, einzelne Katholiken und einige Mitglieder des linken Centrums.

Nunmehr wird die Debatte über den Dunckerschen Antrag auf Streichung des Hauptextraordinariums wieder eröffnet.

Abg. Duncker: Die Streichung dieser Position rechtfertigt sich durch die Art der Ausgaben, die aus demselben bestritten werden. Nach den Nachweisungen, die uns darüber zugegangen sind, sind es theils Etatsüberschreitungen der Spezialetats, theils Remunerationen für besondere Beamte, theils Entschädigungen für die reichsunmittelbaren Herren. Nur ein sehr geringer Bruchtheil wird auf wirklich außergewöhnliche Ausgaben, die durch besondere Ereignisse, Unglücksfälle ꝛc. hervorgerufen werden, verwandt. Sind solche Ausgaben erforderlich, so kann man entweder den Landtag berufen oder nachträglich Indemnität nachsuchen. In einem solchen dringlichen Falle würden wir dieselbe sicher lieber bewilligen, als wir es kürzlich gethan. Ein solches Pauschquantum, in dem alle möglichen gerechtfertigten und ungerechtfertigten Ausgaben enthalten sind, können wir aber, ohne daß die Ausgaben spezifizirt werden, nicht bewilligen.

Regierungskommissar Mölle: Das Hauptextraordinarium hat schon sehr lange bestanden und ist immer nothwendig gewesen, da immer Ausgaben vorkommen, die nicht vorherzusehen sind. Daß die Regierung bereit ist, die Ausgaben, welche sie in der That vorhersehen kann, auf die betreffenden Spezialetats zu setzen, hat sie diesmal bereits gezeigt. Dem Finanzminister, der einen Etat von über 169 Millionen hat, kann man wohl auch das Vertrauen schenken, daß er diese Summe im Interesse des Landes verwenden wird. Die Entschädigungen an die Reichsunmittelbaren müssen vertragsmäßig gewährt werden; die Summen lassen sich aber vorher nicht veranschlagen. Auch bei den Provinziallandtagen ist es nicht vorherzusehen, ob und auf wie lange ihr Zusammentritt nöthig ist.

Finanzminister v. d. Heydt: Wenn man hier kein Extraordinarium bewilligen will, dürfte man es konsequenter Weise bei den Spezialetats auch nicht thun. Der Weg der Indemnität, der uns für die Leistung solcher unvorhergesehener Ausgaben vorgeschlagen ist, dürfte nicht praktisch sein bei einer so großen Summe, da ja das Haus dann auch das Recht hätte, die Genehmigung zu versagen; dem kann sich aber die Regierung nicht aussetzen; sie kann deshalb in eine Streichung des Fonds nicht willigen.

Handelsminister Graf Itzenplitz: Auch ich muß bitten, die 300,000 Thlr. zu bewilligen, da sie wirklich dringend nöthig sind. Alles, was z. B. das Haus für den Etat meines Ministeriums bewilligen wird, ist schon vorher versagt, und wenn sie dann wieder einmal solche Unglücksfälle, wie in der Nacht vom 16. zum 17. d. Mts. ereignen sollten, wo die Telegraphenstangen vom Sturme umgerissen worden ꝛc., dann ist kein Geld vorhanden, um den Schaden augenblicklich zu repariren, was doch nöthig ist. Dazu kommt, daß voraussichtlich in nächster Zeit für die neuerworbenen Länder einige Gelder verwandt werden müssen, um Beamte von dort hierher zu ziehen, damit diese in unsern Geschäftsgang eingeweiht werden, und andererseits auch über die dortigen Verhältnisse Auskunft geben. Diese müssen aber außer ihrem Gehalte noch Diäten beziehen. Der Fonds ist also gerade für das Jahr 1867 durchaus nöthig.

Abg. Stavenhagen: Die Erklärung des Regierungs-Kommissars hinsichtlich der für die Bundesfestung Mainz verwendeten Summe genügt mir nicht, und ich möchte wohl wissen, welchem Militärbeamten in einem Jahre eine Gehaltszulage von 12,000 Thalern gewährt worden ist.

Regierungs-Kommissar Mölle: Ueber den letzten Punkt werden wir wohl sehr leicht hinwegkommen, weil derselbe in Zukunft nicht mehr wiederkehren wird. (Heiterkeit() Deshalb will ich auch nicht näher darauf eingehen. (Heiterkeit.) In diesem Jahre ist ja der Anfang gemacht worden, solche Posten auf die einzelnen Etats zu setzen.

Abg. Twesten: Die Sache liegt doch etwas anders, als sie die Herren Minister darzustellen sich bemüht haben. In früheren Jahren hat man allerdings nie ernstlich etwas an den Ausgabe-Posten monirt. Im Jahre 1862 aber fand sich, daß die Regierung aus diesem Fonds 100,000 Thaler als Jagdentschädigung an die Fürsten von Wied und Soms gezahlt hatte. Damals trat man zuerst dagegen auf, nicht der Ziffer, sondern des Prinzips wegen, damals schon sprach sich das Haus dahin aus, daß die Regierung gesetzlich nicht berechtigt sei, solche Ausgaben ohne Genehmigung des Landtags zu bestreiten, und der Graf Schwerin hat dies damals als Minister selbst zugestanden. Heute nun wird vom Ministertische aus gar behauptet, daß solche Ausgaben nicht einmal der nachträglichen Genehmigung bedürften. Die Budget-Kommission des Jahres 1863 nun stellte den Antrag, die Position anders zu bezeichnen, und zwar als „Extraordinarium für unvorhergesehene Ausgaben, über das der Minister verfügen dürfe vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung der Volksvertretung." Da die Regierung nicht darauf eingehen wollte, wurde die ganze Position gestrichen. Heute nun liegt die Sache ganz ebenso. Es scheint fast, daß die Regierung die außeretatsmäßigen Ausgaben auf die Spezialetats nicht setzen will, da sie dann in den allgemeinen Rechnungen Rechenschaft darüber ablegen muß. Solche Ausgaben, deren Nichtbewilligung sie fürchtet, setzt sie deshalb auf diesen Etat. (Hört, Hört!) Das ist aber ein Verfahren, das wir nicht sanktioniren dürfen, sondern nach dem richtigen Grundsatze, den auch die Budget-Kommission von 1855 in ihrem Vorberichte aufgestellt hat, müssen wir diese Summe streichen, damit wir eine gesetzmäßige budgetlose Regierung in kleinen Sachen unmöglich machen. (Beifall.)

Abg. Dr. Achenbach (für): Der frühere Abg. Frese konnte in früherer Session dies Geld unter vollem Beifall des Hauses als ein Sündengeld bezeichnen. Jetzt erklärt der Abg. Lasker, daß er bereit sei, Mittel die für die Interessen der auswärtigen Politik bestimmt seien ohne Weiteres zu bewilligen. Das kennzeichnet am besten die Kluft zwischen damals und jetzt. Ich nehme Herrn Lasker und seine Freunde beim Wort, denn die hier geforderten Mittel dienen der auswärtigen Politik auch in den annektirten Ländern, ihre Verweigerung entzieht dem Norddeutschen Parlamente allen Boden, denn es ist sonst nirgends für dasselbe ein Fond ausgesetzt.

Ein neuer Antrag ist vom Abg. v. Bockum-Dolffs eingegangen, welcher die Bewilligung unter der Bedingung ausspricht, daß die nachträgliche Genehmigung des Hauses vorbehalten bleibe.

Abg. Reichenheim (gegen): Der eben gehörte Antrag unterscheidet sich von dem Dunckerschen nicht, denn die nachträgliche Genehmigung ist in beiden die Hauptsache, wird sie eingeholt, so steht es der Regierung frei, unvorhergesehene, aber nothwendige Ausgaben zu machen. Das gilt auch für den Vorredner und seinen Hinweis auf das Norddeutsche Parlament. Niemand wird später Ausgaben die Genehmigung verweigern, welche dasselbe erforderte. Wir müssen daran festhalten, daß, wenn die Majorität dieses Hauses etwas beschließt, die Regierung sich dem Beschlusse fügen muß. (Unruhe zur Rechten.) Leben wir erst in einem wahrhaft konstitutionellen Staate so werde ich sehr gern diesen Fonds bewilligen; jetzt nicht.

Abg. v. Flottwell (für): Ich theile die Ansicht des Vorredners nicht, der die Bewilligung von dem guten Betragen der Regierung abhängig macht. Wie in jedem Privathaushalt, so muß auch dem Finanzminister ein Fonds für unvorhergesehene Ausgaben disponibel bleiben. Es steht nirgends in der Verfassung geschrieben, daß alle Ausgaben in besondere Titel specifizirt sein müssen, das ist eine Etats-Titelsucht, welcher der Abg. Duncker fröhnt. Ich bitte Sie die Ausgabe zu bewilligen.

Abg. v. Carlowitz spricht gegen die Bewilligung, indem er den Argumenten des Abg. Twesten beipflichtet.

Abg. Lasker verwahrt sich gegen die zu weite Deutung, welche der Abg. Achenbach seinen Worten gegeben, auch bezweifelt er, daß dieser Vorredner autorisirt gewesen sei, zu seinen Erlärungen über die Zwecke, zu welchen diese Gelder verwendet werden sollten. Ich bedauere, fährt er fort, daß für das Norddeutsche Parlament nicht ein sehr beträchtlicher Fonds in Ansatz gebracht ist, aber ich zweifle, daß es sich hierbei um eine unvorhergesehene Ausgabe handelt. Ich werde gern für den Antrag Bockum-Dolffs stimmen.

Ein Schlußantrag ist eingebracht und wird angenommen.

Abg. v. Bockum-Dolffs wünscht das Wort als Antragsteller, der Präsident (v. Bonin) glaubt ihm das verweigern zu sollen und der Abg. v. Vincke-Hagen stimmt ihm bei, da es sich hier nur um ein Amendement handle.

Ein Austausch persönlicher Bemerkungen zwischen den Abgeordneten Virchow und Achenbach folgt. Der Letztere hatte in seiner Rede, als er vom Norddeutschen Parlamente sprach, bemerkt, die Mitglieder der Fortschrittspartei interessirten sich ja so lebhaft für dasselbe, in den Zeitungen figurire ein Wahlmanifest derselben — auch der Abg. Virchow habe es unterschrieben — in welchem gesagt sei, daß man verstehe, sich auf den Boden der einmal gegebenen Thatsachen zu setzen. Darauf erwiderte jetzt der Abg. Virchow, er bedaure, daß der Herr Abgeordnete seinen (Virchows) Namen unmotivirt in die Debatte gezogen habe. Er gehöre nicht zu denen, die sich auf den Boden der Thatsachen setzen (Gelächter), er stelle sich auf denselben, um von diesem aus zu wirken und der Herr Abgeordnete werde ihm stets an seinem Platze finden. Der Abg. Achenbach entgegnete hierauf mit einem kurzen Hinweis auf die früheren Vota des Vorredners, in denen er Alles gethan, um das Zustandekommen eben jener Thatsachen zu hemmen. Der Zwischenfall ist damit abgethan.

Es ist wiederum auf namentliche Abstimmung angetragen, wie der Präsident interpretirt, in Bezug auf die Bewilligung der Etatsposition selbst. Zunächst erfolgt die Abstimmung über den Antrag v. Bockum-Dolffs. Für denselben stimmt die Fortschrittspartei, das linke Centrum, die nationale Fraktion — mit Ausnahme des Abg. Michaelis —, die Polen, das Centrum, dagegen die Rechte und die Altliberalen, er ist bei Zählung mit 143 gegen 139 Stimmen angenommen.

Abg. Prinz Hohenlohe trägt sofort auf namentliche Abstimmung auch über dies Amendement an, sie erfolgt. Das Parteiverhältniß ist dasselbe, wie bei der Zählung, das Resultat ist Annahme des Amendement Bockum-Dolffs mit 142 gegen 141 Stimmen.

(Es ist unterdessen im Hause tiefe Dämmerung eingetreten (4 Uhr) der Stenographentisch wird mit Lampen, die Journallistenloge mit Lichtern versehen. Auch der Ministertisch erhält zwei Lampen, ebenso das Bureau.)

In Folge der Abstimmung zieht der Abg. Duncker seinen Antrag zurück, ebenso wird die namentliche Abstimmung über die Etatsposition selbst jetzt zurückgezogen.

Der Finanzminister fragt, ob nicht über die Etatspositionen selbst abgestimmt werden solle, der Präsident (v. Forckenbeck, der inzwischen wieder eingetreten) erwidert, daß mit Zurücknahme des Duncker'schen Antrages die Etatposition als bewilligt erscheine. Die Sache ist damit erledigt und der Präsident giebt dem allgemeinen Rufe nach Vertagung statt, indem er die nächste Sitzung (Fortsetzung der heutigen Tages-Ordnung) auf morgen, Mittwoch 10 Uhr früh ansetzt. Schluß 4¼ Uhr.

(33. Sitzung vom 28. November.)

Eröffnung 10½ Uhr. Die Tribünen sind schwach besetzt. Am Ministertisch: Minister v. Selchow, Graf Itzenplitz, Graf zu Eulenburg, Regierungs-Kommissare Mölle und Maclean.

Präsident v. Forckenbeck theilt mit, daß vom Marineministerium verschiedene Nachweisungen zu dem betreffenden Etat nachgeliefert worden sind, die im Zimmer Nr. 6. zur Einsicht ausliegen werden.

Es wird darauf die Vorberathung des Budgets fortgesetzt, die gestern stehen geblieben war beim Etat des Finanzministeriums, Kapitel 8. Tit. 4.: Besoldungsverbesserungen im Betrage von 1,030,200 Thlr.

Es sind dazu 2 Anträge gestellt worden 1) vom Abg. Duncker: „Das Haus wolle beschließen: Bei Tit. 4. hinzuzufügen: „für Unterbeamte." Motive: Nach der Nachweisung der Regierung ist für Unterbeamte zu Besoldungsverbesserungen die Summe von 1,298,394 Thlr. erforderlich, während der Etats-Entwurf für Besoldungsverbesserungen im Ganzen nur die Summe von 1,030,200 Thlr. fordert und von dieser Summe nach dem Specialetat 50,200 Thlr. zu Besoldungsverbesserungen der Minister, Ministerial-Direktoren, Oberpräsidenten ꝛc. verwenden will, so daß die für die Unterbeamten noch erforderlichen 318,394 Thlr. auf den Etat für 1868 verwiesen werden. Es erscheint nicht billig und rathsam mit Besoldungsverbesserungen für die höchsten Beamtenkategorien vorzugehen, so lange die von der Regierung selbst anerkannten dringendsten Ansprüche der Unterbeamten noch nicht befriedigt sind, und daher angemessen, mindestens die ganze in dem diesjährigen Etat für Besoldungsverbesserungen ausgesetzte Summe für Unterbeamte zu verwenden." 2) Von den Abgg. v. Wedell und Cassel: „Das Haus wolle beschließen: Die Regierung wird dringend ersucht, dem Etat für 1868 einen Normal-Besoldungsetat beizufügen, in welchem die Gehälter aller Beamten neu normirt, beziehentlich angemessen erhöht werden, auch dahin zu wirken, daß dieser Normaletat unter Berücksichtigung der jedesmaligen disponiblen Mittel, in erster Reihe allmählig zur Ausführung gebracht werde."

Reg.-Kommissar Mölle: Die Besoldungsverbesserungen für 1867 betragen für Unterbeamten 980,000, für höhere Beamte 50,200 Thlr. Am 29. November 1855 wurde von dem Abg. v. Kleist-Techow der Antrag gestellt,

---

ten, aber nicht zu den Arbeiten unter freiem Himmel zu verwenden, denn sie können den klimatischen Einflüssen und den sengenden Sonnenstrahlen nicht widerstehen. Wo sonst 25,000 bis 30,000 Menschen arbeiteten, sind jetzt kaum 2000 beschäftigt, wovon mehr als die Hälfte verwendet werden muß, nur um das bis jetzt Hergestellte zu erhalten. Man bemüht sich, durch wirklich zweckmäßig konstruirte Maschinen die Handarbeit zu ersetzen, aber für Alles reichen sie nicht aus, und zu ihrer Bedienung ist eine größere Zahl von Arbeitern erforderlich, als jene, welche jetzt der Unternehmung zur Verfügung steht.

Was nun die Zukunft des Kanals betrifft, so ist vor Allem anzuführen, daß alle aus dem atlantischen Ocean kommenden und nach Ostindien, China u. s. w. fahrenden Segelschiffe immer den Weg um das Vorgebirge der guten Hoffnung vorziehen werden, weil er, wenn auch länger als die Route durch das mittelländische Meer, doch vortheilhafter ist. Der Suez-Kanal ist daher nur für Segelschiffe aus den am Mittelmeer liegenden spanischen und französischen Häfen, dann für die italienischen und östreichischen Provenienzen von Interesse. Der Hauptverkehr nach und von Ostindien, China, Australien u. s. w. wird hauptsächlich durch englische, holländische und norddeutsche Schiffe, worunter wieder die Bremer, Hamburger und die preußische Flagge am meisten vertreten sind, vermittelt; aber wenn auch Italien und Oestreich sich mehr an dieser Schifffahrt betheiligen wollten, so stehen ihren Seglern wieder zwei große Hindernisse bei Benutzung des Kanals entgegen, nämlich: 1) Falls bei den enormen Unterhaltungskosten des Kanals auch nur eine sehr kleine Verzinsung des Anlage-Kapitals gewonnen werden soll, so müssen die Passagegebühren so hoch gestellt werden, daß sie bei den gegenwärtigen Frachtverhältnissen für Segelschiffe fast unerschwinglich erscheinen. 2) Die Schwierigkeiten, welche die Schifffahrt im Rothen Meere findet. Das Rothe Meer ist durch Sandbänke, Felsen und immer wachsende Korallenriffe so unfahrbar geworden, daß für die Schifffahrt nur ein schmaler, nicht einmal gerader, sondern sich in vielen Krümmungen durchwindender Kanal übrig bleibt, so daß selbst Dampfschiffe genöthigt sind, auf dieser Fahrt immer einen des Rothen Meeres vollkommen kundigen Piloten mitzunehmen und theuer zu lohnen. Diese enge Fahrstraße und die im Rothen Meere beinahe konstanten bösen Winde machen die Beschiffung desselben für jeden Segler äußerst bedenklich. Wenn nun der Kanal für die Segelschifffahrt keine Vortheile gewährt, so ist er auch für Dampfer lange nicht so wichtig, als man glaubt, denn sehr tief tauchende Schiffe werden ihn nicht benutzen können. Bei der Beförderung der Reisenden und der Post entscheidet aber die Dauer der Fahrt, und man wird immer von Kosseir oder Suez schneller per Bahn nach Alexandrien gelangen, als ein Dampfschiff durch den Kanal bis zum Mittelmeere kommen kann. Seitdem die italienische Bahn bis Brindisi fortgeführt und in Betrieb ist, und die zwischen Triest, Ancona und Alexandrien verkehrenden italienischen Dampfer dort anlegen, ziehen die meisten Reisenden die Route über Brindisi vor, weil sie eine kürzere Seefahrt haben und an Zeit gewinnen, aus welchem Grunde auch die Post auf diesem Wege befördert wird.

Für Frankreich ist der Isthmus-Kanal von hoher politischer Wichtigkeit. Es hat in Egypten festen Fuß gefaßt, Port-Said und Ismaila sind französische Städte, und das von der Gesellschaft der Messageries impériales bei Suez errichtete große Bassin und ihre anderen dort ausgeführten bedeutenden Bauwerke können, wenn es sich einmal um eine Expedition nach Ostindien handeln sollte, einen nicht gering zu schätzenden Vortheil gewähren.

Die neuen Turbinen-Dampfer.

Der Turbinen-Dampfer „Albert" in Stettin, von dem die Rede gewesen, war der erste praktisch gelungene Versuch eines hydraulischen Propellers, und dem Ingenieur A. Seydell gebührt somit allerdings der Ruhm dieses ersten Gelingens. Indessen soll nicht verschwiegen bleiben, daß die ersten theorethischen Versuche von Herrn Ruthven in Edinburgh seit 1839 gemacht wurden, der sich ein Patent darauf geben ließ, aber zu keinem genügenden praktischen Erfolge kommen konnte. Ein 12 Fuß langes Modell, das er in die Industrie-Ausstellung 1851, und ein 30 Fuß langes Probeschiff, das er auf die Themse brachte, blieben unbeachtet. Im Jahre 1863 erlosch das Patent, wurde aber auf 10 Jahre verlängert. Im April d. J. ließ sich auf der Themse ein nach Art des „Albert" und des „Seraing" gebauter Dampfer, der „Nautilus" blicken, der das Turbinen-System auch vollkommen rechtfertigte. So wäre denn die „Waterwitch" das vierte Exemplar eines hydraulischen Propellers. Das Prinzip dieser neuen Dampfschiffsart wird folgender Maßen geschildert: In der Mitte des Schiffes, und unter der Wasserlinie, ist eine Art Turbinenrad befestigt, das durch Löcher im Schiffsboden mit Wasser versehen wird und welches sich, durch eine gewöhnliche Dampfmaschine in Bewegung gesetzt, reißend schnell dreht und eine dicke beständige Wassersäule, durch Oeffnungen, Schnauzen genannt, auf jeder Seite des Schiffes heraustreibt. Diese Triebkraft, ungleich dem Ruder und der Schraube, drängt das Schiff nicht dadurch vorwärts, daß sie das Wasser rückwärts stößt, sondern wirkt direkt auf das Schiff (gewisser Maßen so wie der durch das Abfeuern eines Gewehrs hervorgebrachte Rückstoß) und verhindert natürlicher Weise jenen durch jede Umdrehung des Ruders oder der Schraube veranlaßten Kraftverlust. Die höchst wichtigen Agenten, die Schnauzen, sind die Röhren, durch welche das Wasser aus dem Rade an die Auslaßöffnungen auf der Wasserlinie ausgetrieben wird. Wenn man den anhaltenden Strom gegen das Hintertheil leitet, so geht das Schiff vorwärts; wenn gegen den Schnabel, so geht es zurück, und wenn jeder der Ströme in entgegengesetzter Richtung fließt, so dreht es sich, wie auf seiner Achse, der ganzen Länge nach. Diese Schnauzen sind so mächtig, daß man sie gebrauchen kann, das Schiff sowohl zu steuern, als weiter zu treiben, so daß das Zerbrechen eines Ruders etwas ganz Gleichgiltiges sein würde. Der Vortheil ist hier unermeßlich, wenn man sich erinnert, wie viele Unfälle zur See sich auf den Verlust eines Ruders oder auf das Abbrechen eines solchen, oder auf die Beschmutzung einer Schraube zurückführen lassen. Ferner: der Leck, welcher bei anderen Schiffen allzu oft hoffnungslose Vernichtung bedeutet, wird hier, wenn auch kein positiver Segen, mindestens keine Quelle der Gefahr oder der Unzukömmlichkeit, weil das Rad so gemacht werden kann, daß es das gefährliche Wasser verschlingt, es zur Vermehrung der Geschwindigkeit des Schiffes benutzt und es beträchtlich schneller hinaustreibt, als es hereinkam. Diese Vortheile werden als die hauptsächlichsten angeführt; allein man wird sogleich erkennen, daß sie noch andere in sich schließen, untergeordnete vielleicht in gewissem Grade, immerhin aber nützliche. So verhindert das gleichförmige Arbeiten der Maschinerie das Vibriren und also die Abnutzung; das Stampfen und Rollen einer hochgehenden See erzeugt nichts von jener ärgerlichen Rückwirkung, welche jeden Theil des Schiffes in Spannung erhält, der Dampfer läßt keine Schwellung und sehr wenig Wallung hinter sich; die Eigenthümlichkeit der Maschinerie macht es möglich, daß man den Rumpf nach den Linien des besten Klipperschiffes bauen kann, und dazu kommt der weitere mehrfache Vortheil der Kosten-Ersparniß. Es eignet sich nichts besser für Fluß- oder Kanal-Schifffahrt, als ein Boot dieser Art. Seichtes Wasser scheint kein Hinderniß zu sein, und das Stranden braucht man kaum zu fürchten. Das Merkwürdigste von Allem ist, daß man mittelst der Schnauzen das Schiff zu völligem Stillstande bringen kann. (K. Z.)

die Regierung zu ersuchen, den Nothstand der niederen Beamten und die Mittel zur Abhülfe desselben in Erwägung zu ziehen. Er wurde der Budget-Kommission überwiesen, die bei dem Etat für 1856 untersuchen sollte, ob disponible Fonds für diesen Zweck vorhanden seien. Sie waren nicht vorhanden und man begnügte sich damit, der Regierung den Antrag zur Berücksichtigung zu überweisen. Sie ist nun seit 1856 eifrig bemüht gewesen, das wirkliche Bedürfniß festzustellen und Mittel ausfindig zu machen zur Befriedigung desselben. Im Dezember 1856 legte sie eine Denkschrift vor, in der als dringende Bedürfnisse nachgewiesen wurden: 1) die Wiederherstellung der dreijährigen Präsenzzeit in der Armee, wozu 800,000 Thlr. und 2) die Verbesserung der Besoldung der Beamten bis zu den Räthen 4. Klasse und der Subaltern-Offiziere, wozu 3,280,000 Thaler erforderlich waren, also im Ganzen 4.080,000 Thlr. Da aber auch im Jahre 1857 keine Mittel disponibel waren, legte die Regierung drei Gesetz-Entwürfe vor: 1) eine neue Gebäudesteuer mit einem Ertrage von 1,390,000 Thlr.; 2) eine Veränderung in der Gewerbesteuer mit einem Mehrertrage von 600,000 Thlr., und 3) eine Erhöhung des Salzpreises mit einem Mehrertrage von 2,090,000 Thlr., wodurch im Ganzen eine Mehreinnahme von 4,080,000 Thlr. erreicht worden wäre. Diese Gesetzentwürfe fanden jedoch keine günstige Aufnahme, und man verwies die Regierung auf die voraussichtlichen Mehreinnahmen aus den bestehenden Steuern. Die Gesetze wurden denn auch in beiden Häusern des Landtages abgelehnt. — Mit dem Etat von 1858 schlug die Regierung wiederum eine Verbesserung des Einkommens der Unterbeamten im Betrage von 640,490 Thlr. vor, die auch bewilligt wurde. Im Jahre 1859 wurde eine neue Nachweisung vorgelegt und 1,132,945 Thaler zu Besoldungs-Verbessernngen ausgesetzt, theils für Unterbeamte bei den Ministerien, theils für Subalternbeamte und Mitglieder der Lokalbehörden. Auch diese Summe wurde bewilligt. Im Jahre 1860 gestatteten es die Verhältnisse nicht, mit den Gehalsverbesserungen fortzufahren. Im Jahre 1861 wurden 225,000 Thlr. zu Gehaltsverbesserungen bewilligt, und zwar für die Mitglieder der Provinzial-Behörden. Im Jahre 1863 wurden für die Räthe in den Ministerien und einzelne andere Beamte 54,000 Thaler ausgesetzt und in der Budget-Kommission bewilligt. Neben diesen allgemeinen Bewilligungen sind auch noch bei den Spezial-Etats einzelne Gehaltsaufbesserungen vorgenommen, so daß sich die Gesammtsumme überhaupt auf circa 2,500,000 Thlr. beläuft. — Hierbei wurden hauptsächlich die Unterbeamten bis zu den Räthen 2. und 3. Klasse berücksichtigt; jetzt nun handelt es sich darum, auch die Besoldung einiger höherer und höchsten Beamten zu verbessern. Es kommt hiebei darauf an, das Einkommen dieser Beamten so zu fixiren, daß sie in den Stand gesetzt werden, die Pflichten zu erfüllen, welchen sie sich nach ihrer Stellung im Leben und in der Gesellschaft nicht entziehen können und dürfen. Es sind hiebei im Ganzen ausgesetzt: 50,200 Thaler, hierunter für die Staatsminister 18,000 Thlr. Die Staatsminister beziehen nämlich jetzt ein Gehalt von 10,000 Thaler neben freier Wohnung; dies soll erhöht werden auf 12,000 Thaler neben freier Wohnung. Daß dies nöthig ist, können Sie daraus ersehen, daß das Gehalt der Minister schon vor dem Jahre 1824 12,000 Thaler betragen hat und erst vom Jahre 1825 ab vermindert worden ist. Sie hatten nämlich vor 1824 freie Wohnung, mußten aber nun für diese eine Miethsentschädigung von 1200 Thlr. zahlen; später wurde ihnen die freie Wohnung wieder bewilligt, das Gehalt aber auf 10,000 Thlr. herabgesetzt. — Für die Direktoren in den Ministerien sind nun Verbesserungen von 500 resp. 300 Thlr. in Aussicht genommen, wozu 10,900 Thlr. erforderlich sind. Das Gehalt dieser Beamten betrug vor 1824 schon 5000 Thlr.; wurde aber später auf 4500 Thlr. und noch später auf 4000 Thlr. herabgesetzt, wie es noch heute steht. Es ist nun jetzt die Absicht vorhanden, dasselbe nicht einmal wieder auf den Betrag van 1824 zu erhöhen, sondern nur auf 4500 Thlr. — Wenn man nun bedenkt, daß sich seit 1824 die Lebensverhältnisse außerordentlich geändert, der Werth des Geldes sehr gesunken, die Miethen in Berlin auf das Doppelte gestiegen sind; wenn man ferner bedenkt, daß die höchsten Beamten bei Bank- und anderen Gesellschaften höhere Gehälter beziehen, werden auch wohl Sie, m. H., es für billig halten, diesen Beamten das zu gewähren, was zur Führung einer anständigen Haushaltung nothwendig ist. — Es sind ferner ausgesetzt für Gehaltsverbesserungen der Oberpräsidenten 8000 Thlr., der Regierungspräsidenten 8500 Thlr., der Regierungsvizepräsidenten 5600 Thlr., da das Gehalt der Oberpräsidenten von 6000 auf 7000, das der Regierungspräsidenten von 3500 auf 4000, das der Vizepräsidenten von 2800 auf 3500 Thlr. ohne freie Wohnung erhöht werden soll. Wenn Sie bedenken, m. H., daß diese Beamte sämmtlich an der Spitze der Verwaltung großer Bezirke stehen und mit den Bezirkseingesessenen häufig persönlich in Beziehung treten müssen, um die Bedürfnisse und Wünsche derselben kennen zu lernen, was nöthig ist, um eine wirklich gute und vortheilhafte Verwaltung zu führen, werden Sie wohl auch die nöthigen Mittel gewähren, um die Repräsentation in dem erforderlichen Umfange erfüllen zu können, was bis jetzt nicht möglich gewesen.

Für die Gehaltsverbesserung der Unterbeamten sind in diesem Jahre ausgesetzt worden 980,000 Thlr. Der Gesammtbedarf beträgt allerdings 1,298,394 Thlr. Da aber für dieses Jahr nicht so viel Geld disponibel war, soll die Gehaltserhöhung erst mit dem 1. April d. J. erfolgen. Die Besoldungen sind reichlich bemessen und erhöht worden, durchschnittlich um 50 Thlr. Für das Finanzministerium sollen hiernach mehr gewährt werden 350,802½ Thlr. für die große Zahl der Steuerbeamten; für das Handelsministerium 461,870 Thlr. für die große Zahl der Post-, Telegraphen- und Eisenbahn-Beamten; für das Justizministerium 191,730 Thlr. für die große Zahl der Justiz-Unterbeamten; für das Ministerium des Innern 240,585 Thlr. hauptsächlich für Polizeibeamte und die Beamten an den Strafanstalten. Die übrigen Ausgaben vertheilen sich auf die andern Ministerien. — Ich glaube nicht, m. H., daß Sie hierbei Grund zu irgend einer Bemängelung haben.

Es ist nun hierzu ein Antrag des Abg. Duncker eingegangen, welcher wünscht, die höheren Beamten von der Gehaltsverbesserung auszuschließen und diese Summe den Unterbeamten zuzuwenden. Mit Rücksicht darauf aber, m. H., daß die Unterbeamten schon zum zweiten Male erhebliche Gehaltsverbesserungen erhalten haben, die höhern Beamten aber noch gar nicht, ist dieser Antrag nicht für gerechtfertigt zu halten; und ich habe die Hoffnung, daß Sie in richtiger Würdigung des Umstandes, daß die Besoldung der höheren und höchsten Beamten seit 42 Jahren dieselbe Höhe hat, wie jetzt, der Werth des Geldes und die Lebenseinrichtungen sich aber seit jener Zeit erheblich geändert haben, den Antrag des Abg. Duncker nicht annehmen, sondern die verlangten Positionen bewilligen.

Auf den Antrag der Abgeordneten v. Wedell und Cassel, die im Jahre 1868 die Vorlegung eines Normaletats wunschen, bemerke ich, daß es keineswegs die Absicht der Staatsregierung ist, die Besoldungsverbesserungen hiermit für abgeschlossen zu erklären; sie wird vielmehr darauf Bedacht nehmen, so rasch wie möglich den wirklichen Bedürfnissen abzuhelfen, soweit es ihr die Mittel erlauben. Von der Forderung der Vorlegung eines Normaletats bitte ich aber Abstand zu nehmen; denn es hat doch keinen Zweck, den Beamten Gehaltsverbesserungen in Aussicht zu stellen, die nicht befriedigt werden, sondern es ist besser, ihnen so rasch als möglich etwas Reelles zu gewähren. Dazu kommt, daß sich ja die Verhältnisse sehr schnell ändern, so daß ein solcher Normaletat nicht lange dem wirklichen Bedürfnisse entsprechen, sondern in kurzer Zeit wieder abgeändert werden müßte; das lehrt die Erfahrung. Ich bitte deshalb, diesen Antrag zurückzuziehen, da den Wünschen der Herren Antragsteller durch diese Zusicherung wohl genügt sein dürfte.

Schließlich muß ich noch auf eine Aeußerung kurz eingehen, die der Abg. Twesten in der Generaldiskussion gethan hat, daß nämlich in den neu erworbenen Ländern und speziell in Hannover die Besoldungen höher wären als in Preußen, und daß in Folge dessen in jenen Ländern Besorgnisse aufgestiegen wären. In diesen Tagen sind mir nämlich in amtlicher Eigenschaft Etats aus Hannover für das Jahr 1867 eingegangen, und da habe ich denn ersehen, daß die vom Abg. Twesten ausgesprochene Behauptung in vielen Punkten nicht zutrifft; ich will damit jedoch nicht gesagt haben, daß in andern Verwaltungen dies richtig ist. Ich habe einzelne Etatszweige mit einander verglichen. So enthält der Etat des Gesammtministeriums in Hannover für 28 Referenten in den Ministerien 42,000 Thlr., mit einem Maximalgehalt von 2200, im Durchschnitt 1500, in Preußen beträgt das Maximum 3000, das Minimum 2200, der Durchschnitt 2500 Thlr. Aehnlich ist es bei den Subalternbeamten in den Ministerien. In Hannover erhalten die Registraturbeamten ein Maximum von 800 Thlr., im Durchschnitt 600; in Preußen beträgt das Gehalt 800—1600 Thlr., im Durchschnitt 1200 Thlr. Die Kanzlisten in den Ministerien erhalten in Hannover ein Maximum von 800 Thlr., im Durchschnitt 500; in Preußen 500—900 Thlr., im Durchschnitt 700. Die Revisionsbüreaubeamten (Kalkulatoren) erhalten in Hannover: der Vorsteher 1500, die Revisionsbeamten ein Maximum von 800 Thlr.; in Preußen der Vorsteher 1600, die anderen Beamten 800—1600 Thlr. Im statistischen Büreau erhält in Hannover der Vorsteher 1200, in Preußen 2500 Thlr.; in Hannover die Assistenten 1000 Thlr.; bei uns die Räthe 1000, 1200—2000 Thlr. — Der Archivar erhält in Hannover 1000 Thlr., die Archivräthe 800 Thlr.; bei uns 1200, 1600—1800 Thlr. Aehnlich verhält es sich mit dem Etat der Verwaltung der indirekten Steuern. Die Oberzolldirektoren erhalten in Hannover ein Maximum von 1300 Thlrn., im Durchschnitt 1200 Thlr.; bei uns beträgt das Maximum 1700, der Durchschnitt 1275 Thlr. Ebenso verhält es sich mit den untern Steuerbeamten. — Der Abg. Twesten hat also nicht Recht, wenn ich auch zugeben will, daß in einzelnen Verwaltungszweigen seine Behauptung zutrifft.

Von dem Abg. Rohden ist ein Antrag gestellt, den Direktor der Abtheilung für die katholischen Kirchenangelegenheiten seinem evangelischen Kollegen gleichzustellen und ihm ebenfalls eine Verbesserung von 500 Thlrn. zu gewähren.

Der Präsident theilt mit, daß nach einer Berechnung, die er veranlaßt, 29,532 Unterbeamten von der Gehaltsverbesserung betroffen werden sollen, und zwar mit einer Durchschnittserhöhung von 43 Thlr. 22 Sgr.

Abg. Duncker: Der Herr Regierungs-Kommissar hat mit Recht hervorgehoben, daß die Gehaltsverbesserung ursprünglich von Seiten der Rechten dieses Hauses angeregt worden ist und daß dies Haus stets den Forderungen der Regierung in dieser Beziehung bereitwillig nachgekommen ist. Eben so erkenne ich mit ihm an, daß das Sinken des Geldwerthes ein durchgreifendes Motiv auch für die Gehaltsverbesserung der obersten Stellen ist. Aber diese sollte erst eintreten, wenn die Erhöhung im Allgemeinen durchgeführt ist. Denn die Uebelstände in den mittleren Beamtenklassen sind noch weit schlimmerer Natur. Ein Kreisgerichtsdirektor erhält 1300 Thlr., ein Kreisrichter in Berlin 600 Thlr., während die Stadt ihre jüngsten Stadträthe mit 1400 Thlrn. anstellt. Der Regierungskommissar hat die Pflichten, welche das Amt mit sich führt, hervorgehoben, er meint die Repräsentationskosten damit. Aber ist es nicht dringender, die mittlern Beamtenklassen so zu stellen, daß sie ihrer wissenschaftlichen Weiterbildung obliegen und ihrer Familie einen standesgemäßen Unterhalt gewähren können? Außerdem ist bei den höheren Beamtenklassen zu erwägen, daß ihnen eine Beihülfe ohnehin gewährt ist in dem geringen Ansatz für ihre Dienstwohnungen, da der Miethswerth schneller gestiegen, als der Geldwerth gesunken ist. Einige der hier bedachten Beamtenkategorien, z. B. die Regierungs-Vicepräsidenten, sind schon vor einigen Jahren in ihrem Gehalte verbessert worden, und sie stehen jetzt in abnorm begünstigtem Verhältniß z. B. gegen den Berliner Polizei-Präsidenten und die Direktoren der Ober-Rechenkammer, also einer Central-Behörde. Ob die Unterbeamten jetzt zum zweiten oder ersten Male in ihrem Gehalte verbessert werden, das ist nicht die Hauptfrage, sondern ob die Verbesserung auskömmlich ist, und das stelle ich in Abrede. Grade auf diesen Beamtenklassen ruht aber die schwerste Pflichterfüllung und der gute Ruf des preußischen Beamtenthums ist hauptsächlich auf ihree Integrität begründet, sie haben überwiegend zu sorgen für die Sicherheit von Leben und Eigenthum der Bürger. Der Redner setzt das an einzelnen Beispielen auseinander, z. B. der niedern Eisenbahnbeamten mit ihren spärlichen Gehältern. Wenn der Regierungs-Kommissar sagt, es handle sich nicht um schöne Etats, sondern um eine schnelle Hülfe, so spricht das für meinen Antrag, der jetzt bei der wachsenden Theuerung der Lebensmittel ein sehr dringlicher ist. Machen Sie — so schließt der Redner — den bedrängten Familien eine rechte Weihnachtsfreude, indem Sie meinem Antrage zustimmen. (Bravo!)

Abg. v. Wedell: Es existiren anerkanntermaßen große Mißverhältnisse zwischen den Beamtengehältern, z. B. in der Justizverwaltung zwischen Central- und Provinzialbehörden. Diesen wird ein Normalbesoldungsetat, wie wir ihn wünschen, abhelfen. Da aber die Schwierigkeit einer solchen Aufstellung auch mir einleuchtet, so ziehe ich den Antrag, jedoch nur für dieses Jahr zurück. Will man nachhaltige Hülfe, so ist Beamtenverminderung nothwendig, und diese hängt wiederum von einer Reorganisation des Justiz- und Verwaltungswesens ab. Zu dieser muß die Regierung die Initiative ergreifen, und ich bitte Sie, von diesem Gesichtspunkte die Frage zu behandeln. Der Einwand, daß die Mittel nicht vorhanden, ist nicht länger haltbar gegenüber den offenbaren Nothständen ganzer Beamtenklassen.

Abg. Twesten: Der Antrag auf Normaletat scheint mir ganz werthlos, wenn er nicht dazu führen sollte, die vorgeschlagene Gehaltserhöhung der obersten Beamten abzulehnen, und da das nicht der Fall ist, so überhebt die Zurückziehung desselben auch jeder weiteren Erwägung. Unter den Subalternbeamten, die hier in Rede stehen, vermisse ich ungern die Landbriefträger, wie denn überhaupt neben dem Justizetat gerade der Postetat am spärlichsten ausgestattet ist. Die unteren Postbeamten, an welche man jetzt erhöhte Examenansprüche macht, sind ärmlich besoldet, und doch hängt von ihnen die Sicherheit des bürgerlichen Verkehrs in einem wesentlichen Zweige ab. Der Regierungskommissar hat auf die annektirten Länder hingewiesen, aber die preußischen Provinzial-Oberbeamten stehen in höherem Gehalte, als die Centralbehörden der Kleinstaaten, und man wird einen Minister der letzteren Art doch wohl mit einem preußischen Oberpräsidenten vergleichen können. — Für den Duncker'schen Antrag spricht der Umstand, daß die Unterbeamten in diesem Jahre (der Etat für 1866 setzte 500,000 Thlr. zu diesem Zwecke aus) die ihnen in Aussicht gestellte Gehaltsverbesserung nicht erlangt haben und sie deshalb im nächsten Jahre in um so größerem Umfange erhalten sollten. Ich erkenne die Nothwendigkeit der Gehaltserhöhung für die hohen Beamten an, aber ich glaube, daß diese Forderung um so mehr auf das nächste Jahr vertagt werden kann, da dann erst für diese Centralbehörden die Erweiterung ihres Arbeitskreises durch den Zuwachs der neuen Länder eintritt. Gegen eine Erhöhung bin ich aber entschieden, die der Regierungs-Vicepräsidenten, welche gar nichts zu repräsentiren haben und mit dieser Erhöhung über das Gehalt der Appellationsgerichtspräsidenten hinausgreifen würden.

Der Handelsminister Graf Itzenplitz berichtigt, daß die Landbriefträger nicht zu den fest angestellten Beamten, also nicht zu der hier in Rede stehenden Beamtenkategorie gehören. Uebrigens sei auch ihrer gedacht.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Meine Herren! Die Regierung ist gegen das Amendement, welches zur Debatte steht. Sie giebt Alles, was von den Herren, die für das Amendement gesprochen haben, über die Verwaltung gesagt haben, insofern es sich darum handelt, die Verbesserungen und Erhöhungen möglichst schnell und allgemein eintreten zu lassen, vollständig zu. Sie ist der Ansicht, daß die Besoldungsverhältnisse, wie sie jetzt bei uns bestehen, auf die Dauer ganz unhaltbar sind, und daß die geringen Besoldungen für einen großen Theil unserer Beamten auch eine Gefahr in sich tragen. Wir würden also Alle, wie es scheint, derselben Ansicht sein, und es würde gegen diese Erhöhungen gar kein Einwand zu erwarten sein, wenn die disponiblen Mittel mit dem Bedürfniß gleichen Schritt hielten. Der Umstand aber, daß das Bedürfniß allerseits anerkannt wird, die Mittel aber nicht in ausreichendem Maße flüssig sind, führt zur Diskussion darüber, wo mit den Verbesserungen zuerst anzufangen, wo damit fortzufahren und wo noch zu warten ist. Das Natürlichste ist nun, daß das Urtheil über diese praktische Frage vom Ministerium beantwortet wird. Uebrigens ist es wohl selbstverständlich, daß die Sache rein sachlich anzusehen und von den Personen der Minister, die auf dieser Bank sitzen, abzusehen ist. Wenn nun von hoher und niedriger Besoldung die Rede gewesen ist, so ist das doch nur relativ; man kann hier wohl nur von höheren und niedrigeren Gehältern reden; denn die Bezeichnung „hoch" paßt doch nur dann, wenn das Gehalt allen Anforderungen, welche jedes Amt mit sich bringt, in vollständig ausreichender Weise entspricht, und das ist im preußischen Staate bekanntlich nirgends der Fall. (Heiterkeit. Ruf: Sehr wahr!) Ich glaube nun aber auch nicht, daß man sich auf den Standpunkt stellen darf, da es notorisch ganz schlecht besoldete Beamte giebt, so müsse nun à tout prix mit diesen der Anfang gemacht werden, sondern es frägt sich vielmehr, wo für den Augenblick das größte Bedürfniß, die Besoldungen mit den Anforderungen des Amtes in Einklang zu bringen. Da kommt man denn sehr leicht zu dem Schluß, daß dies gewisse Kategorien von höheren Beamten sind. Es wird die Bemerkung, daß die Gerichtsbeamten dieser Aufbesserung ihrer Gehälter ebenso bedürftig sind, wie die Verwaltungsbeamten durchaus zugegeben und es besteht auch im Ministerium gar kein Zweifel darüber, der Herr Justizminister ist der wärmste Befürworter dieser Verbesserung, namentlich auch der Direktoren; nur der Umstand, das jetzt nicht so viele Mittel disponibel zu machen waren, um gleichzeitig an Alles zu denken, hat dahin geführt, diese Klassen für dieses Jahr noch zurückzustellen und zwar mit Rücksicht darauf, daß die Verwaltungsbeamten durch ihre häufigere Berührung mit dem Publikum eher in der Lage sind, auf eine Erhöhung Anspruch zu machen. Ich bemerke nochmals, daß darüber, daß auch eine Verbesserung der Justizbeamten und namentlich der Direktoren nothwendig ist, gar kein Zweifel besteht und Sie werden die Beweise dafür in dem Etat für 1868 finden. In Betreff der höher besoldeten Beamten fange ich nun mit den Ministern an. Ich bedaure sehr, daß der Herr Finanzminister nicht anwesend ist, der gestern nach der Sitzung von einem heftigen Krankheitsanfalle befallen worden ist; er würde ja am besten im Stande sein, Ihnen die Angelegenheit recht sachlich vorzutragen. (Heiterkeit.) Wer die Stellung, in der wir sind, einigermaßen kennen gelernt hat, der wird es wissen, daß die Summe von 10,000 Thlr. hier völlig unzureichend ist, um als Minister oder gar als verheiratheter Minister hier zu leben. (Heiterkeit.) Wir sind genöthigt, in Beziehungen zu treten, daß es eben unmöglich ist, damit zu existiren. Und wenn hier von der Repräsentation etwas wegwerfend gesprochen worden ist, so muß ich sagen, daß ich sie gar nicht mehr als Luxus ansehe; sie ist nach der Entwickelung unserer socialen Verhältnisse Bedürfniß und sogar Pflicht geworden; denn sie ist das einzige Mittel, um mit zahlreichen Persönlichkeiten, die auf das Staatsleben von Einfluß sind, in nähern Verkehr zu treten; und bei der großen Ausdehnung der Geschäfte, die es nicht gestattet am Tage stundenlang traulich zu kosen, bleibt für wichtige Besprechungen oft nur diese eine Form des Verkehrs übrig, die mit Repräsentation verknüpft ist. Es ist für den Herrn Minister des Auswärtigen ja auch eine bestimmte Summe ausgesetzt, um mit den Vertretern fremder Mächte in Beziehungen zu treten und für die übrigen Minister hat sich das gleiche Bedürfniß herausgestellt nicht blos in unserm, sondern auch in dem Interesse aller derer, die hierher kommen, um ernste Geschäfte zu erledigen. Ich glaube also, wenn von Ihnen erbeten wird, die Besoldungen der Minister auf den Stand von 1824 zurückzuführen, so werden Sie darin keinen Eigennutz und Bereicherungslust erblicken, sondern einfach den Gedanken, daß der Staat seine Beamten in die Möglichkeit versetzen muß, ihre Pflicht zu erfüllen. Wenn dagegen der Herr Abg. Twesten sagt, die Minister seien bereits jetzt Minister des vergrößerten Staats und deswegen müsse abgewartet werden, bis die neuen Landestheile dazu mitsprechen können, so möchte ich daraus gerade den umgekehrten Schluß ziehen. Man kann bei allen anderen Kategorien sagen: wartet so lange, bis aus diesem Komplex ein Ganzes geworden ist; für uns ist es bereits ein Ganzes. Und wenn Leute aus Hannover, Hessen oder Nassau kommen, so kann ich doch unmöglich sagen: warten Sie, bis unsere Verfassungsurkunde bei Ihnen eingeführt ist, dann werde ich Sie einladen (Heiterkeit), sondern es ist meine Pflicht, schon jetzt den Anforderungen des Verkehrs mit ihnen zu entsprechen.

Für die Ministerialdirektoren gilt dasselbe ganz in demselben Maßstabe. Die Geschäfte nehmen um so mehr in Anspruch, als die Minister sehr durch die politischen Fragen beschäftigt sind, (Hört!) die Geschäfte gehen wesentlich durch ihre Hände und ihre Stellung ist sehr arbeitsvoll. Schon deswegen ist es wahrhaft schwer, einen Beamten dazu zu bestimmen, diese Stelle anzunehmen. Die Herren befinden sich als Regierungspräsidenten viel glücklicher; und wenn man ihnen also dann nicht ein Gehalt bieten kann, das sie sorgenfrei und auskömmlich leben läßt und ihne vielleicht auch einmal eine Annehmlichkeit gestattet, so werden wir dazu kommen, daß Niemand mehr diese Stelle wird annehmen wollen. Was sollte man machen, wenn diese Herren darauf drängen, in die Provinz zurückzugehen? Trotzdem aber ist es doch unverkennbar nothwendig, ausgezeichnete Kräfte für diese Stellung zu gewinnen. Die Oberpräsidenten nun gar sind wohl die allerschlechtest gestellten Beamten des preußischen Staats. Sie haben jährlich 6000 Thlr., also monatlich 500 Thlr. Dabei treten an sie verhältnißmäßig dieselben Anforderungen, wie an die Minister, da sie von allen Bewohnern aller Klassen fast fortwährend persönlich besucht werden. Sie stehen dem kommandirenden General zur Seite, mit dem sie meist gleichen Rang und Stellung haben, während das Gehalt jener höher ist. Vom Publikum aber wird darin gar kein Unterschied gemacht; der Oberpräsident ist der höchste Civil-, der kommandirende General der höchste Militärbeamte der Provinz. Man darf ihnen also nicht ein Gehalt aussetzen, mit dem sie absolut nicht im Stande sind, zu repräsentiren, und so ihre Stellung untergraben. Die meisten der Herren werden gezwungen sein, sich von den Einwohnern zurückzuziehen, mit denen nähere Berührung sehr ersprießlich wäre. Ich glaube, daß die beantragte Erhöhung viel zu gering ist und nur deswegen nicht höher gegriffen werden konnte, weil die disponiblen Fonds für dies Jahr nicht ausreichten. Was nun die Regierungspräsidenten betrifft, so hoffe ich, daß der Einwand, der von den Gerichtspräsidenten genommen wird, ohne Weiteres nach meinen Bemerkungen im Anfange wegfallen wird. Die Regierungspräsidenten waren Anfangs dazu da, um nöthigenfalls auch einmal die Stelle des Oberpräsidenten zu vertreten. Die Entwicklung der Amtsthätigkeit dieser letzteren hat aber einen solchen Umfang gewonnen, daß sie die Präsidialgeschäfte fast ganz in die Hände der Regierungspräsidenten gelegt haben. Es ist das nicht überall gleich; manche haben die Zeit noch dazu, andere nicht. Außerdem sind sie in seiner Abwesenheit seine Stellvertreter und es werden dann also noch stärkere Anforderungen an sie gestellt. Wenn der Abg. Duncker aber sagt, „dann müßte wenigstens auch der Polizeipräsident von Berlin berücksichtigt werden", so bin ich damit ganz einverstanden; ich habe das schon früher beantragt, es ist aber vom Hause abgelehnt worden.

Die Last, welche durch eine hinreichende Besoldung der Beamten für das Budget erwächst, ist allerdings sehr groß und die Verminderung der Zahl der Beamten wünschenswerth. Wir haben sehr viele Beamte und es soll unser eifrigstes Bestreben sein, ihre Zahl möglichst zu vermindern; wir hoffen gerade bei der Organisation der neuen Provinzen dafür wirken zu können und Einrichtungen zu treffen, die wir auf die alten Provinzen zu übertragen gedenken, um eine Verminderung der Zahl der Beamten herbeizuführen. Aber ich habe es in anderen Ländern erlebt: die Hoffnung, daß das verfassungsmäßige Leben, die Decentralisation u. s. w. zu einer wesentlich durchgreifenden Verminderung der Beamtenzahl führen werde, ist eine übertriebene. Gerade, weil das öffentliche Leben so lebhaft wird, ist eine fast stetige Vermehrung der Beamten etwas viel Natürlicheres, und namentlich die große Zahl der Eisenbahn-, Steuer-, Post-, Polizeibeamten u. s. w. wird selbst bei allem Selfgouvernement und bei allem Bestreben, oben die Zahl der Beamten zu vermindern, in stetem Wachsen sein. Aber trotzdem soll unser Augenmerk darauf gerichtet sein, nicht blos im Hinblick auf die finanzielle Frage, sondern auch auf die Verwaltung selbst. Auch ich glaube, daß mit wenigen Beamten besser verwaltet wird, als mit vielen, und daß es wesentlich darauf ankommt, lieber weniger gut besoldete, einzeln stehende, sich aller Verantwortlichkeit bewußte Beamte an bestimmte Stellen zu setzen, als schlecht besoldete Kollegien, in denen jeder Beamte die Verantwortung auf den andern schiebt und die ohne Interesse an der Sache nur zur Verschleppung des Geschäftsganges beitragen. In diesem Sinne gedenke ich bei der bevorstehenden Organisation zu verfahren, und, soweit es sich durchführen läßt, das dort Erreichte auch auf die alten Provinzen überzuführen. (Bravo!)

Abg. Dr. Cassel: Seit 1819 sind die Gehälter stehen geblieben, wie eine Uhr. (Große Heiterkeit.) Als Herr v. Kleist-Tychow einen Normaletat beantragte, hatte man es mit einem Defizit zu thun, während wir gegenwärtig einen wahrhaft klassischen Etat vor uns haben. (Große Heiterkeit.) Dem Antrage Duncker können wir uns nicht anschließen. Der Unterschied zwischen Ober- und Unterbeamten ist ein sehr lockerer; es ist eigentlich gar nicht festzustellen, was ein Unterbeamter ist (Gelächter). Nicht die Ansprüche, die der Beamte macht, sondern die, die man an ihn stellt, müssen als Maß aufgestellt werden. Deshalb muß man Rücksicht nehmen auf die mittleren und oberen Beamten, der Ansprüche wegen, die man an sie macht in Beziehung auf ihr innerliches geistiges Leben, ihre Häuslichkeit, die Erziehung ihrer Söhne und Versorgung der Töchter. (Große Heiterkeit.) Meine Herren, das ist allerdings ein sehr wesentliches Moment, ich berufe mich dabei auf die Autorität eines angesehenen Mitglieds des linken Centrums, den Herrn Doktor Lette. (Schallendes Gelächter.) Die Aermlichkeit des Gehaltes für die unteren Beamten will ich wohl zugeben, doch entsteht manche Noth nicht in Folge des kleinen Gehalts, sondern solcher Uebelstände, wie sie jetzt den Professor Pauli aus Tübingen vertrieben haben (Unruhe links). Das ist die Abneigung gegen die Häuslichkeit, das ist die Neigung zur Wirthshäuslichkeit, das ist die Noth am Sinn für ideales Leben, Noth am Sinn für Bildung und Geist, welche ein alter Philosoph die Noth an der Sorge für die unsterbliche Seele genannt hat. Man soll nicht sagen, Geld ist Macht, Geld ist Bildung, aber die Beamten müssen Geld haben, um sich Geist und Bildung zu erwerben. Die vom Herrn Minister in Aussicht gestellte neue Organisation, glaube ich, wird wohl noch einige Zeit auf sich warten lassen; denn in so großen Zeiten, wo die Spannung auf die Zukunft vorhanden ist, da schafft man nicht mit Ruhe und Geduld Werke, die ein Menschenalter dauern sollen. Es ist ja überhaupt jetzt eine Zeit der Bewilligungen en bloc, und es schadet das nicht, wenn es zum Heile des Vaterlandes geschieht.

Abg. Rohden. Die Regierungspräsidenten und Vicepräsidenten sind bedeutend verbessert worden, von den gleichstehenden Beamten der Justiz nur sehr wenige. Die Beamten der mittleren sind eben so wenig wie der unteren Kategorien verbessert worden. Doch auch andere Mißverhältnisse liegen vor. So ist das Gehalt der Ministerialdirektoren auf 4500 Thlr. erhöht; die Stelle dagegen des Direktors der katholischen Kirchen-Angelegenheiten im Kultusministerium ist bei der alten Dotirung von 4000 Thlr. geblieben. Warum ist diese Stelle nicht gleich den übrigen dotirt? hat sie nicht dieselbe Bedeutung wie die der übrigen Ministerialdirektoren? Ich glaube, Sie werden ihr die-

(Fortsetzung in der Beilage.)

selbe doch beilegen, wenn auch leider diese Abtheilung bisher nur mit drei stehenden und einem Hilfsarbeiter versehen ist. Für die Zukunft wird diese Abtheilung noch mehr zu vertreten haben. Ich bitte Sie daher, für meinen eventuellen Antrag zu stimmen, falls der Antrag Duncker nicht angenommen wird. Der Herr Minister hat die Frage aufgeworfen, wo man mit der Verbesserung der Gehälter anzufangen habe. Ich glaube nun vor Allem, daß dies Haus in der Beurtheilung derselben sich volle Kompetenz beilegen darf, und sich nicht durch die Entscheidung des Ministeriums bestimmen zu lassen hat. Denn wir haben zu untersuchen, für wen wir bewilligen sollen. Und da muß ich aus vollster Ueberzeugung für das stimmen, was die Herren Duncker und Twesten beantragt haben. Die Besoldungsverhältnisse, die in jenem Antrag ins Auge gefaßt werden, betreffen namentlich solche Kategorien von Beamten, welche ursprünglich Militärs waren. Da lege ich Ihnen denn dringend ans Herz, wenn die Aufrechterhaltung der jetzigen Heeresverfassung nicht auf diesem Wege einen großen Schaden erleiden soll, für den Antrag des Herrn Duncker zu stimmen. Denn die Unteroffiziere sind ein wesentliches Element der Armee, man gewinnt dieselben durch Kapitulation und durch Aussicht auf Civilversorgung. Wollen Sie daher einen tüchtigen Unteroffizierstand erzeugen, so verbessern Sie die Gehälter der Unterbeamten. Ich erwähne ferner die Gerichtsexekutoren. Die geringfügige Besoldung derselben bewirkt aber, daß Jeder, der kleine Forderungen eintreiben muß, durch die Exekutoren dieselben nur mit vieler Schwierigkeit erlangen kann. Wollen Sie also eine Vermehrung der Kapitulanten in der Armee, m. H., und wollen Sie eine prompte Ausführung gerichtlicher Verfügungen, so sprechen Sie sich für den Antrag des Herrn Duncker aus.

Abg. v. Vincke (Hagen): Ich habe mich nur wegen einer Bemerkung des Abgeordneten für Waldenburg zum Worte gemeldet, in seiner Entgegnung auf die Aeußerungen des Regierungskommissars. Seine Behauptung hinsichtlich der hannoverschen Beamtenverhältnisse ist richtig, aber nur in Bezug auf die Amtsmänner und Amtsrichter; sonst jedoch irren sich beide, namentlich, wenn sie die dortigen Obergerichtsräthe unsern Kreisgerichtsräthen gleich stellen, während dieselben eigentlich die Stellung unserer Appellationsgerichtsräthe einnehmen. Die hannoverschen Obergerichte bilden eine Mittelbehörde, gerade wie unsere Appellationsgerichte, und insofern glaube ich, war dieser Vergleich nicht ganz richtig. In Bezug auf die Sache selbst muß ich bedauern, daß das Haus, allem parlamentarischen Usus zuwider, die Erhöhung des Etats selber beantragt; ich habe immer die gegentheilige Ansicht vertreten, und bin der Ansicht, daß dies nothwendig ist, damit wir den Verdacht von uns abwehren, als ob wir hier unsere Sonderinteressen vertreten. Was die von der andern Seite des Hauses beantragte Aufstellung eines Normaletats anbetrifft, so meine ich, werden grade durch einen solchen weitgehende, unbestimmte Hoffnungen erweckt werden, deren unausbleibliche Folge Unzufriedenheit und Ungenügsamkeit in der Beamtenwelt sein wird; das grade ist ein beklagenswerther Fehler des Kleist-Tychow'schen Antrages gewesen. Dasselbe Gefühl des Neides aber, glaube ich, kann durch diese Verhandlung hier im Hause veranlaßt werden, und insofern halte ich auch diese Debatte hier für nicht recht am Orte. Was die von dem Mitgliede für Saarbrücken erwähnte Vergleichung der Stellung der Justiz- und der Verwaltungsbeamten anbetrifft, so müssen allerdings meiner Ansicht nach diese beiden großen Branchen insofern gleichgehalten werden, daß den Angehörigen keiner von beiden Veranlassung zum Gefühl der Zurücksetzung gegeben wird. Nach der Erklärung des Herrn Ministers jedoch liegt dazu ja auch keine Veranlassung vor. Im Allgemeinen aber glaube ich, wenn es sich um die Kategorien der höchsten Beamten handelt, muß man insofern eine gewisse Billigkeit walten lassen, daß man, wenn man von dem veränderten Werth des Geldes spricht, eine Vermehrung um einen gewissen Procentsatz bei allen Gehältern, also nicht zum wenigsten auch bei diesen eintreten lassen sollte. Die vom Herrn Minister in Aussicht gestellte neue Organisation begrüße ich mit Freuden; wenn er dabei jedoch meinte, das würde keinen großen Einfluß auf die Verminderung der Beamten ausüben, so hat er doch eins übersehen, nämlich das Heer von Kanzlei- und Registraturbeamten, deren Menge nur eine Folge unserer bureaukratischen Verwaltung ist; so lange dieselben noch bestehen, wünsche ich ihnen natürlich alle möglichen Verbesserungen, aber in der Folge werden wir auf diesem Gebiete doch viel sparen können.

Hier nur noch einige kurze aphoristische Bemerkungen. Ich stimme in das Lob ein, das der Herr Abgeordnete für Saarbrücken dem preußischen Beamtenstande gemacht, daß kein Kulturstaat in Europa einen so ehrenvollen Beamtenstand aufzuweisen hat; wenn dabei von dem Abgeordneten für Teltow namentlich der Stand erwähnt wurde, dem ich früher die Ehre hatte anzugehören, nämlich die Landräthe, so will ich natürlich diesem Zeugnisse nicht entgegentreten, obgleich ich solche Hervorhebung eines einzelnen Standes für nicht wohlgethan halte; ich wollte dafür einen andern Stand hervorheben, das sind unsere zahlreichen Kreisrichter, die das Rechtsgefühl im Volke verbreiten und, wenn dieses grade in Preußen zum Siege gekommen, so haben wir das nicht am wenigsten unseren Kreisrichtern zu verdanken. Der Herr Abgeordnete hat dabei eines Abwesenden erwähnt, des Professors Pauli, der von seiner gegenwärtigen Regierung auf eine unter jeder Kritik stehende Weise herumgemaßregelt worden ist, weil er den süddeutschen Wühlereien entgegengetreten. Die Art aber, wie der Herr Abg. dies gethan, kann ich nur im höchsten Grade mißbilligen; nein, wenn man den Namen hier im Hause nennt, so muß man ihn nur in Ehren nennen, und muß thun, was man dafür kann, nämlich sorgen, daß der Mann, der als Verfechter Preußens Amt und Brodt verloren, jetzt in preußisches Amt und preußisches Brodt gelangt. (Bravo.) Mißbilligen muß ich endlich noch das Schweigen des Abgeordneten für Bielefeld gegenüber den Angriffen auf den jetzigen Finanzminister, der wie schon öfter — so bei dem Vertrag der bergisch-märkischen Eisenbahn, ebenso wegen des Abschlusses des Vortrages mit der Köln-Mindener Eisenbahn — so auch heute angegriffen worden ist mit Bezug auf Handlungen, deren Urheber nicht er, sondern sein Vorgänger im Amte war.

Abg. Dr. Waldeck: Meine Herren! Ich muß unvermuthet damit beginnen, daß ich einen Nachfolger in meinem Amte als Vertreter für Bielefeld, wie ich selbst so oft hier genannt worden bin, in diesem Hause vertheidigen muß gegen die Angriffe eines Kollegen, der auch zum Abgeordneten in diesem Wahlkreise von der konservativen Partei erwählt worden ist, wenn er auch allerdings die Wahl nicht angenommen hat. Ich begreife diese Art von Konservatismus, wie der Herr Abgeordnete für Hagen sie jetzt im Kampfe für seine politischen Freunde entwickelt hat, ganz und gar nicht. Es ist mir unerfindlich, wie ein Minister für seinen Nachfolger deshalb, weil er eben sein Nachfolger in seiner Stelle ist, wie ein Minister z. B., der selbst 10,000 Thlr. Gehalt hatte und glaubt, daß es jetzt nicht an der Zeit sei, einem Minister jetzt 12,000 Thlr. Gehalt zu geben, einen besonders zwingenden Grund haben soll, dem jetzigen Minister nun diesen Posten zu bewilligen! (Bravo!) Das ist doch die Frage, die hier vorliegt und darum wollte ich überhaupt bitten, wir bleiben dabei stehen. Darum handelt es sich, nicht um den Prof. Pauly, nicht um den preußischen Staat, den uns das Mitglied für Teltow in so kühnen Redefiguren vorgeführt hat, nicht von den Beamten, insofern diese Säulen des preußischen Staats sind, ist die Rede, sondern es handelt sich um den einfachen Gegensatz: sollen wir 50,000 Thaler für die höchsten Beamten bewilligen, und den niedrigsten Beamten, die nach allen Zugeständnissen es durchaus nöthig haben, entziehen; das ist die Frage, die zu entscheiden ist. Das ist eine Frage, worin sich die Parteien nicht scheiden sollten. Wie aber der jetzige Herr Abgeordnete für Bielefeld, meinem Nachfolger, hat vorwerfen können, daß er in der Köln-Mindener Frage nach seiner Ueberzeugung gestimmt hat, eben so wie er bei der Frage über die Berathung des Budgets sich nicht hat von seiner Partei leiten lassen, sondern von seiner Ansicht, das ist mir vollständig unerfindlich. (Bravo!) Ich muß zur Ehre des jetzigen Abgeordneten für Bielefeld sagen, daß er in seiner früheren Amtsstellung schon in einer ganz ähnlichen Lage gewesen ist. Er war für die Durchführung der Grundsteuer in dem damaligen Manteuffelschen Ministerium. Er hielt an dieser Frage fest und wollte nicht die Hand bieten zu entgegengesetzten Maßnahmen. Diese Art von Ansicht über den Ministerialismus überbietet alle konservativen und ministeriellen Standpunkte, die jemals in der Welt gewesen sind.

Nachdem ich für meinen Nachfolger diese Vorwürfe abgelehnt habe, da er selbst jetzt nicht zum Wort kommen kann, so will ich jetzt für meine eigene Person sprechen und ich habe da im Detail dem sehr wenig hinzuzufügen, was meine Herren Vorredner gesagt haben. Her Herr Abg. Rohden hat sich mit Recht schon auf die Ausführungen der Herren Abgg. Duncker und Twesten bezogen. Wenn eine Staatsregierung zugiebt, daß eine viel größere Summe, als die gegenwärtig im Etat nicht blos in dieser Nachweisung, sondern im Hauptetat bei dieser Position ausgesetzte Summe nothwendig ist für die Gehaltsverbesserung der Unterbeamten, d. h. der Boten und der ihnen ähnlichen und gleichstehenden Personen in der Hierarchie der Beamten — wenn man dies zugiebt, dann muß ich doch gestehen, daß dann die Großen, die Hohen so lange warten müssen, bis diese Kleinen in ihrem Bedürfniß befriedigt sind. (Sehr richtig!) Wir müssen und können also meiner Meinung nach und haben die dringende Verpflichtung dazu, wir müssen diesen, den Unterbeamten nämlich, die volle Summe sichern, die der Etat auswirft. Der Etat, der Hauptetat, nennt Niemanden. Die Nachweisung knappst den niederen Beamten 5000 Thlr. ab, die ihnen zukommen würden nach der ganzen Vertheilung und zwar vom 1. Januar 1867 ab. Ich beziehe mich auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Duncker; wozu knappst man den Unterbeamten ab, damit die Herren Minister und Ministerialdirektoren, damit die Präsidenten und Vicepräsidenten jetzt schon vom 1. Januar ab das volle Gehalt bekommen können? Ich will das ja auch nicht streiten und der Herr Abg. Duncker hat es auch nicht gethan — man müßte das Einzelne Alles durchgehen, — man kann es im Allgemeinen zugeben, auch dort sind wohl Erhöhungen nöthig, aber eine Noth ist nicht vorhanden. (Sehr richtig!) Da berufe ich mich auf diejenigen Herren, die Minister gewesen sind, wir haben ja eine Zahl hier in unserer Versammlung; sie sind ausgekommen. Der Herr Minister des Innern hat die Frage in einer Art behandelt, die mir, ich kann wohl sagen, wehe gethan hat. (Sehr richtig!) Ich habe, obgleich seine Rede neulich bei Gelegenheit der geheimen Fonds schon ein Vorspiel gab, daß auch dieser Ton wieder eingeschlagen werden würde gegen das Abgeordnetenhaus, ich habe mich doch gewissermaßen verletzt und gekränkt gefühlt, daß man eine Frage, wo es sich durchaus nicht um Personen handelt, sondern um wichtige große Principien, daß er die auf den persönlichen Boden hat führen wollen. Ich will auch nicht darauf eingehen, daß es mir einerlei, ob ein Minister verheirathet oder nicht verheirathet ist, ob ein Verheiratheter mehr braucht, als ein Unverheiratheter, worüber man verschiedener Meinung sein kann. So viel mich wenigstens das Leben in der Welt gelehrt hat, habe ich immer gefunden, daß ein Unverheiratheter oft viel mehr braucht, als ein Verheiratheter. (Sehr wahr.) Ich will nicht reden von Repräsentationskosten und alledem. Ich bin ganz der Meinung, unsere Gehälter in allen Branchen vom Höchsten bis zum Niedrigsten müßten so eingerichtet sein, daß eine anständige Lebensweise dadurch ermöglicht ist. (Sehr richtig.) Sind sie nicht so eingerichtet, so kommt man in das System honoris causa, wie jener von dem Herrn Abg. v. Vincke nicht ganz richtig citirte Vers: dat Galenus opes, dat Justitianus honores, andeutet, den die Glosse zum corpus juris richtiger giebt. Dies Prinzip ist das aristokratische; es ist nicht das richtige in konstitutionellen Staaten. Der konstitutionelle Staat nach liberalen Prinzipien verlangt allerdings, daß der Beamte nach seinen Talenten und nach der Art und Weise, wie er sich durch Fleiß und sonstige Applikation — wie es in der Gerichtsordnung heißt — fähig gemacht hat, auch zu den höheren Stellen gelangt und das ist das altpreußische wahre und gute Prinzip gewesen. Dabei kommt es nicht auf die Reichen an, sondern häufig auf die Armen, die auch in der Regel in der Jugend und im Mannesalter weit mehr Stimulus haben zur Thätigkeit. Daher ist die Erfahrung nicht selten, daß gerade sie zur größten Befähigung im Staatsdienste gelangen. Ich wünsche also, daß Jeder anständig von seinem Gehalt leben kann. Dieser Begriff ist aber sehr verschieden. Ich erinnere Sie an die Abhandlung in den patriotischen Phantasien von unserm großen westphälischen Landsmann Justus Möser: „Johann konnte nicht leben". Es hieß immer, Johann kann nicht leben. Zuletzt kam Johann ins Zuchthaus, da konnte er leben. Ungegründete Ansprüche dieser Art darf keine weise Regierung, auch keine Volksvertretung berücksichtigen. Aber es muß auch die Volksvertretung — das sage ich dem Herrn Minister des Innern gegenüber — Richter darüber sein und nicht die hohen Beamten allein. Sie mögen uns Ihre Bedürfnisse, wie es ja auch geschehen ist, hier vortragen, aber Richter darüber sind zuletzt wir, und die Fähigkeit, darüber zu urtheilen, die traue ich jedem Menschen zu, der in den Verhältnissen des gewöhnlichen Lebens irgendwie bewandert ist. Das Resultat ist also, die höhern Stellen, sie mögen repräsentiren oder nicht, müssen warten. Ich weiß nicht, was für Tugenden man immer an den preußischen Beamten rühmt, in dem Augenblick, wo man ihnen kein Geld geben will (Heiterkeit). Es ist von einer großen Genügsamkeit gesprochen, die den Beamten zur Ehre gereiche. Fragen Sie den Boten einmal nach der Genügsamkeit. Wie lange haben die Boten bei den Untergerichten auf 120—180 Thaler gestanden! Wie oft habe ich hören müssen: „was will der Mann? der hat ja das große Gehalt von 180 Thlr." Niemand frug darnach, wie viele dieser Beamten wegen der unvollständigen Besoldung, während sie zugleich die Gerichtskosten erheben mußten, der Kassation nothwendig in die Arme fielen, und zwar gediente und ehrenhafte Soldaten und Unteroffiziere, denen man diesen Sold ausgeworfen hat und die, weil sie das Geld erhoben und in Händen hatten, an der Versuchung zu Grunde gingen. Ist denn da von Genügsamkeit die Rede, wenn Einer nicht leben kann, wenn Einer das Holz nicht hat, um im Winter seine Stube warm zu machen, der das Essen nicht auf den Tisch stellen kann und der dennoch Frau und Kinder zu ernähren hat, freilich mit Hülfe der Frau? Wer spricht da von Genügsamkeit! In jener Aufstellung fehlt noch viel. Vom Obertribunal ist kein Bote aufgeführt, obgleich sie es sehr nöthig haben. Was erlangen wir aber nun? Das Bedenken, wir machten so einen unerlaubten Zusatz zum Etat, theile ich nicht, obwohl ich diese Theorie immer vertheidigt habe. Wir setzen ja aber Nichts zu. Im Hauptetat sind 1,030,200 Thlr. aufgeführt; bewilligen wir diese Summe, aber ändern wir die Ueberschrift! Wir fügen eine Kategorie „für Unterbeamte" zu und verhindern so, daß diesen die 50,200 Thlr. abgeknappt werden. Die Liste kann ganz so bleiben, nur kommen sie dann eher zum Genuß. Ich stimme dem Antrag Wedell in Bezug auf die Subalternbeamten bei; von denen ist aber in diesem Augenblick nicht die Rede. Nehmen Sie den Antrag an, dies für die Unterbeamten zu verwenden, so vermeiden Sie die Diskussion der Details. Ich will die Nothwendigkeit einer Gehaltserhöhung auch in den höchsten Stellen zugeben, aber dafür wird der Zeitpunkt bei der Vorlage des nächsten Budget sein, wo die Vertreter der neuen Landestheile mitrathen werden, vielleicht auch zur Aufstellung von Normaletats. Ich bitte Sie, jetzt der Unterbeamten zu gedenken und, da Zusätze zum Etat nicht möglich sind, dem Antrage Dunker beizutreten, damit kommen wir ganz gut und ordnungsmäßig aus der Sache. (Lebhafter Beifall.)

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Mölle berichtigt gegen den Abg. Waldeck, es seien allerdings auch Boten des Obertribunals für die Gehaltserhöhung vorgemerkt und zwar 6 mit je 50 Thlr. (Hört! Hört! zur Rechten.)

Ein Schlußantrag wird angenommen, es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. v. Vincke (Hagen): Der Herr Abg. Waldeck hat mich in den Bemerkungen, die er gegen mich richtete, mißverstanden. Er sprach mit einer gewissen Betonung von meinen gegenwärtigen politischen Freunden und nannte dann die Konservativen. Wenn er sich also etwa einbilden sollte, daß ich konservativ geworden sei, so hat ihn doch sein Scharfsinn diesmal ganz verlassen. Es ist nur so viel davon richtig, daß allerdings unter den Herren, die jetzt zur konservativen Partei gehören, früher viele zu der meinigen gehörten; ich aber bin nicht konservativ und werde es auch niemals sein, aber ich werde noch weniger jemals demokratisch sein. Ebenso sind mir die Vorwürfe unbegreiflich, die er gegen mich wegen meiner Aeußerungen gegen seinen Herrn Nachfolger — wie er mit einiger Emphase sagte — gerichtet hat. Ich habe die Abstimmungen des Abg. v. Bodelschwingh um so weniger meinen können, als derselbe ja, so weit mir erinnerlich, gegen den Lasker'schen Antrag gestimmt hat. Ich habe den Herrn Abgnordneten nur aufgefordert, seine eigene frühere Verwaltung zu vertreten und der Regierung in solchen Fragen zu assistiren. Inwiefern dasjenige, was ich als Wunsch in Bezug auf Prof. Pauli vorgetragen, mich in Widerspruch setzen soll mit meinen früheren Ansichten, das ist mir unerfindlich. Das wäre nur der Fall, wenn ich die Schaffung einer neuen Professur für Herrn Pauli beantragt hätte und das ist nicht geschehen. Wenn ich endlich den Spruch: dat Galenus opes falsch citirt haben soll, so hat ihn der Herr Abg. doch wörtlich ebenso citirt.

Abg. Kassel: Der Abg. v. Vinke hat mir mit seinem Vorwurf Unrecht gethan. Ich glaube nichts dem Prof. Pauli Ungünstiges gesagt zu haben, wenn ich erwähnte, daß er den Schwaben den Vorwurf der zu großen Wirthshäuslichkeit gemacht habe.

Abg. v. Bodelschwingh: Ich war vorhin nicht im Saale, als meine Person in die Diskussion verflochten wurde und habe also nur die letzten Worte der Rede des Abg. v. Vincke gehört und das, was er jetzt gesagt. Es liegt mir, glaube ich, nicht ob, hier zu erörrern, was ich früher Sr. Majestät gerathen habe und was nicht. Meine Aufgabe hier ist nach meiner Auffassung vielmehr, daß ich mir über die vorliegenden Fragen eine Ueberzeugung bilde und demgemäß mein Votum abgebe und da hat Niemand ein Recht, mich zu verdächtigen. Ich habe nach meiner Ansicht nicht nöthig, jetzt, wo ich durch das Vertrauen meiner Wähler zum ersten Male auf diesem Sitze mich befinde, überall das Wort zu ergreifen. Mit meiner früheren Verwaltung wird meine Abstimmung niemals im Widerspruch stehen. Auch in der jetzigen Frage werde ich nach meiner Ueberzeugung und, obwohl diese Position nicht von mir vorbereitet worden ist, für dieselbe stimmen. (Der Ruf: Keine persönliche Bemerkung! und die darauf gerichtete Mahnung des Präsidenten schneiden die weitere Ausführung ab.

Abg. Waldeck: Bei dem Votum, von dem ich gegen den Abg. v. Vincke sprach, habe ich nicht die Köln-Mindener, sondern die Westphälische Bahn im Auge gehabt. Was den lateinischen Spruch betrifft, so habe ich hier nicht weiter in die Sache eingehen wollen, weil das eben lateinische Sachen sind (Heiterkeit), aber allerdings steht der Spruch in der Glosse ganz anders. (Die Korrektur wird durch den Ruf: Keine persönliche Bemerkung! übertönt.) Daß die Boten des Obertribunals auch bedacht sind, das hatte ich freilich übersehen, aber — — (Keine persönliche Bemerkung!)

Abg. Vincke: Ich bedauere, den Abg. Kassel in der That mißverstanden zu haben. Die Vorwürfe, gegen welche der Abg. v. Bodelschwingh sich vertheidigt, habe ich ihm gar nicht gemacht; was ich gesagt habe, das will ich jetzt nicht mehr wiederholen.

Abg. Duncker: Auch ich bewundere mit dem Abg. v. Vincke, daß die Unterbeamten trotz ihres spärlichen Gehalts ihre Pflicht so treu erfüllen — (Keine persönliche Bemerkung!)

Man kommt zur Abstimmung, für welche von Seiten der Rechten Namensaufruf beantragt ist. Der Präsident glaubt, daß er über den Antrag Duncker zunächst abstimmen lassen solle, dagegen protestirt der Abg. Michaelis. Eine Aenderung des Titels, sagt er, ohne Einwilligung der Regierung ist keine Bewilligung, sondern eine Petition des Hauses, für die ich nicht stimmen kann. Das Haus entscheidet jedoch mit allen gegen 3 Stimmen (Michaelis, John, Röpell) für den Vorschlag des Präsidenten und der Namensaufruf beginnt. Für das Ammendement Duncker stimmt die Fortschrittspartei, das linke Centrum, die nationale Fraktion insgesammt, die Polen, das Centrum, Präsident von Forckenbeck, von der Rechten und den Altliberalen die Abgg. Holzapfel, Grundmann, v. Quadt, v. Knesebek-Ruppin u. A.; dagegen stimmt die konservative Partei und die Altliberalen mit einzelnen Ausnahmen und die Minister. Der Antrag ist mit 156 gegen 137 Stimmen angenommen.

Es folgen nunmehr „Einmalige Ausgaben" für das Münzwesen 50,000 Thlr.; diese Position wird ohne Debatte genehmigt. Damit ist der Etat des Finanzministeriums erledigt.

Das Haus geht nunmehr zur Vorberathung des Etats des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten über. Die Einnahmen desselben im Jahre 1867 beruhen auf Beiträgen zur Unterhaltung der Straßen, Kanäle, Brücken, Wasserleitungen ꝛc. (8138 Thlr.), auf dem Betriebe der Ziegelei zu Joachimsthal (21,565 Thlr.), auf der Ruhrschifffahrts- und Ruhrhafenverwaltung (135,900) und auf Miethen und Pachten von fiskalischen Grundstücken, Grasnutzungen ꝛc., in Summa 207,238 Thlr., um 733 Thlr. mehr als im Jahre 1866. — Die fortdauernden Ausgaben betragen 6,858,238 Thlr., um 53,060 Thlr. mehr als im vorigen Jahre, darunter 194,950 Thlr. für das Ministerium (2700 Thlr. mehr als im Jahre 1866, durch eine Mehrausgabe von 2700 Thlrn. für Besoldungen), 753,679 Thlr. für die Handels-, Gewerbe- und Bauverwaltung in den Provinzen (5723 Thlr. mehr als im Jahre 1866, hauptsächlich in Folge einer Erhöhung der Besoldungen und Entschädigungen der Regierungs- und Bauräthe, der Bau-Inspektoren und Baumeister um 9140 Thlr., der jedoch verschiedene Ersparungen, so von 6507 Thlr. an persönlichen Ausgaben für Beamte der Handels- und Gewerbeverwaltung in den Provinzen, gegenüberstehen. Es folgen 6000 Thlr. zur Unterstützung der Wittwen und Waisen von Beamten dieses Ressorts. 1,576,790 Thlr. zur Unterhaltung unchaussirter Wege, der Wasserwerke, Brükken, Fähren, Dienstgebäude ꝛc. (33,880 Thlr. mehr als im vorigen Jahre), 629,390 Thlr. für Strom-Regulirungen und Hafenbauten (unverändert wie im vorigen Jahre), 2,525,850 Thlr. zur Unterhaltung der Staatschausseen (13,500 Thlr. mehr als im vorigen Jahre), zur Belohnung und Unterstützung der Chausseeaufseher und ihrer Hinterbliebenen 26,719 Thlr. (1157 Thlr. mehr als im vorigen Jahre), für Chaussee-Neubauten wie im vorigen Jahre 1,000,000 Thlr., Zuschuß für die Bauakademie wie im vorigen Jahre 8560 Thlr. Zur Förderung des Handels und der Gewerbe wie im vorigen Jahre 136,000 Thlr., nämlich für allgemeine Zwecke 57,800 Thlr., zur Unterhaltung der Gewerbeakademie in Berlin 46,400 Thlr., der technischen Lehranstalten in den Provinzen 32,000 Thlr., zum Besten der inländischen Rhederei 100 Thlr. Nicht wiederkehren in diesem Titel die im vorigen Jahre ausgesetzten 4300 Thlr. zur Förderung der Rheinschifffahrt und des Rheinhandels. Die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben für das Jahr 1867 sind 1,400,000 Thlr. für Land- und Wasserneubauten und öffentliche Arbeiten (582,006 Thlr. mehr), Zuschuß zum Chaussee-Neubaufonds 400,000 Thlr. (200,000 Thlr. mehr als im vorigen Jahre), Kosten für die Pariser Ausstellung von 1867: 103,000 Thlr., in Summa 1,930,000 Thlr. (885,000 Thlr. mehr als im vorigen Jahre). — Der Spezial-Etat des Handelsministeriums zerlegt die obigen Summen in die einzelnen Positionen, aus denen folgende hervorzuheben sind: Gehalt des Ministers 10,000 Thlr., zur baulichen Unterhaltung des Dienstgebäudes, Wilhelmsstraße 79., und zur Ergänzung des Inventariums der Dienstwohnung des Ministers 2000 Thlr., darunter 350 Thlr. zur Unterhaltung des Pflanzen-Konservatoriums, wie im vorigen Jahre. Die Gewerbe- und Bauverwaltung in den Provinzen wird geführt von 42 Regierungs- und Bauräthen (à 1200—1800 Thlr.), 12 Ober-Bauinspektoren (à 1000—1200 Thlr.), mit Einschluß des Rheinschifffahrts-Inspektors in Koblenz, 140 Bau-Inspektoren (à 800—1000 Thlr.), darunter 2 Hafenbau-Inspektoren in Pillau und Memel. Aus den Erläuterungen heben wir folgende Details hervor: Eine fünfte Bau-Inspektorstelle für die Land- und Wasserbauverwaltung bei der Ministerial-Bau-Kommission hat errichtet werden müssen, da die Geschäftslast, insbesondere durch den Hinzutritt des Spandauer Schifffahrts-Kanals, sehr vermehrt ist. Ferner war die Errichtung von zwei Hilfsarbeiter- (Landbaumeister-) Stellen beim Polizei-Präsidium in Berlin, bei welchem bisher drei Lokalbaubeamte, zwei Bauinspektoren und ein Landbaumeister fungirten, ein dringendes Bedürfniß, da eine wirksame Kontrole der Privatbauten hinsichtlich der im Bauerlaubnißschein vorgeschriebenen Ausführung der fortschreitenden Erweiterung Berlins mit den vorhandenen Arbeitskräften unmöglich wurde. — Die Errichtung einer Elbstrom-Bau-Direktorstelle in Magdeburg mit 1500 Thlrn. wird durch die Vermehrung der Schifffahrt auf der Elbe in Folge der seit dem 1. Juli 1863 eingetretenen Ermäßigung der Elbzölle motivirt. Damit ist die Instandhaltung des Fahrwassers und eine kräftige Handhabung der Schifffahrtspolizei mehr als früher geboten. Strombau- und Schifffahrtspolizei sollen in eine Hand gelegt werden, welche Einrichtung sich beim Rheinstrombauwesen bewährt hat. Es ist daher eine Elbstrombauverwaltung in Magdeburg unter Leitung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen errichtet worden, und soll ihm als Techniker ein Baurath beigegeben werden, der die Strombau-Direktor-Geschäfte wahrzunehmen hat. Zu Tit. 13. (unchaussirte Wege, Brücken ꝛc.) wird bemerkt, daß 690, resp. 1500 Thlr. gegen das Vorjahr wegfallen dadurch, daß die Unterhaltung der Schillingsbrücke auf die Stadt Berlin übergegangen ist und die der bereits theilweise abgebrochenen Stadtmauer Berlins aufhört.

Zunächst kommen zur Berathung die Einnahmen des Etats der Verwaltung für Handel Gewerbe und Bauwesen; sie werden in Summa von 207,238 Thlr. ohne Debatte genehmigt.

Es folgen die fortdauernden Ausgaben. Titel 1., 2., 3. und 4. (Besoldungen, persönliche Ausgaben, sächliche Ausgaben und Unterhaltung des Dienstgebäudes für das Ministerium) werden ohne Debatte genehmigt.

Zu Tit. 5. (Besoldungen der Regierungs- und Bauräthe ꝛc.) nimmt das Wort Abg. Schmidt (Randow): Zur Errichtung einer Elbstrombau-Direktorstelle in Magdeburg sind neu angesetzt 1950 Thlr.; ein Rheinschifffahrts-Direktor existirt schon lange. Ich werde nicht dagegen stimmen, möchte aber die Frage an die Staatsregierung richten, ob man nicht dieselbe Sorgfalt für die Bedürfnisse der Oder verwenden zu müssen glaubt.

Reg.-Kommissar Mac Lean: Die Frage wegen der Oder ist von der Regierung schon häufig in Erwägung gezogen worden; die große Ausdehnung derselben hat aber gleiche Einrichtungen, wie bei den anderen Strömen, nicht für wünschenswerth erscheinen lassen. Hintenangesetzt ist dieselbe keineswegs worden, sondern man hat die einheitliche Leitung der Oder-Verwaltung vom Ministerium direkt aus geleitet, und ein Regierungsrath hat die Oder alljährlich bereist, um die dortigen Bedürfnisse zu ermitteln.

Handelsminister Graf Itzenplitz: Ich bin einer ähnlichen Einrichtung für die Oder durchaus nicht entgegen; man ist damit bis jetzt jedoch auf Schwierigkeiten gestoßen, da der Lauf derselben viel länger ist und die Verhältnisse überhaupt ganz anders liegen. Sobald die Sache hinreichend untersucht ist, werden wir auch hier die erforderlichen Einrichtungen treffen; die Errichtung der neuen Stelle eines Elbstrom-Direktors erschien uns jetzt aber unerläßlich.

Abg. Graf Bethusy-Huc: beantragt die Debatte über die beiden in

Betreff der Oder-Regulirung eingebrachten Anträge mit dieser Debatte zu verbinden. — Der Präsident giebt diesem Wunsche statt. — Es sind nämlich folgende Anträge gestellt worden:

1) Von den Abgeordneten Graf v. Bethusy-Huc und v. Kardorff: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staats-Regierung aufzufordern, dem nächsten Landtage einen Plan zur Regulirung der Oder nebst Kostenanschlag vorzulegen und die nach demselben auf das Jahr 1868 fallende Kostenquote in dem Etat für dieses Jahr auszubringen."

2) Von dem Abg. Laßwitz: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: „Die königliche Staats-Regierung aufzufordern, die Regulirung der Oder rasch und einheitlich bewirken zu lassen, und dem Landtage schleunigst, spätestens aber in der nächsten Session eine Vorlage zu machen — über die zweckmäßigste Weise, in welcher die Oder in kürzester Frist vollständig schiffbar gemacht werden kann, welche Mittel dazu erforderlich sind, und diese im nächsten Staatshaushalts-Etat in Ansatz zu bringen."

Abg. Graf Bethusy-Huc: Die Provinz Schlesien hat zu wiederholten Malen eine hervorragende Stelle in der preußischen Geschichte gespielt: Breslau, die Hauptstadt der Provinz, war auch die einzige größere Stadt, welche vor Ausbruch des letzten Krieges keine winselnde Friedensadresse erließ, sondern die im Gegentheil Angesichts der ihr besonders drohenden Gefahr muthig und entschlossen auftrat und ihre Zusammengehörigkeit mit dem ganzen preußischen Staat dokumentirte. Sie verlangt dafür keine Anerkennung; sie hat nur ihre Schuldigkeit gethan; aber so viel kann sie wohl verlangen, daß das, was für andere Provinzen gethan wird, auch für sie geschieht. (Redner geht darauf näher auf die Nothwendigkeit der Oderregulirung ein und befürwortet seinen Antrag.

Abg. Schmidt (Randow): Die Friedensadressen hatten ihre volle Berechtigung vor dem Kriege; als aber der Krieg eingetreten war, hat Schlesien nicht mehr geleistet, als andere Provinzen. Die Ansprüche, die der Vorredner sonst in Betreff der Oderregulirung macht, sind allerdings vollständig gerechtfertigt; überhaupt bleibt auf diesem Felde noch sehr viel bei uns zu thun übrig, und es wäre wohl interessant, vom Herrn Handelsminister zu erfahren, wie es mit den vielfachen Strombau-Projekten, dem Nordostseekanal 2c. steht.

Abg. v. Vincke (Hagen) spricht gegen die vorliegenden Anträge, da andere Flüsse, wie die Weser nicht weniger vernachläßigt wären. Es genüge den Handelsminister darauf hinzuweisen, daß in Zukunft mehr Mittel darauf verwandt werden.

Handelsminister Graf Itzenplitz: Der Nordostseekanal ist vollständig veranschlagt, und man ist schon in Berathung darüber getreten, wie die dazu erforderlichen Mittel, einige 30 Millionen beschafft werden sollen; ebenso ist der Rhein-Weserkanal, sowie der Weser-Elbe-Kanal schon veranschlagt, und alle Projekte unterliegen einer genauen Prüfung. Ich verwende hierbei gleiche Sorgfalt auf alle Provinzen und werde auch die Angelegenheiten der Oder nicht aus dem Auge verlieren. Die Ansichten über die Frage, wie dem Wassermangel derselben abzuhelfen ist, sind aber sehr verschieden; so weit ich es bis jetzt beurtheilen kann, ist eine Einengung und Konzentrirung des Stromes hauptsächlich erforderlich und hierauf sind schon seit zehn Jahren bedeutende Summen verwandt worden. Das will ich nur noch bemerken, daß, soweit es die gerechte Vertheilung der hiefür disponiblen Fonds auf die einzelnen Provinzen zuläßt, ich der Oder und der Provinz Schlesien meine besondere Aufmerksamkeit zuwenden werde. (Bravo rechts.)

Vicepräsident Stavenhagen übernimmt den Vorsitz.

Der Antrag auf Schluß wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Jung: Ich dachte über den principiellen Kampf wegen der budgetlosen Regierung wäre seit der Indemnität der Streitaxt zwischen uns begraben. Wenn aber Graf Bethusy-Huc die Friedensadressen erwähnt und sie winselnde nennt, so kann ich, der solche zuerst und vielfach veranlaßt, das nicht unerwidert lassen. — Kriegsfurcht ist dem preußischen Volk gewiß überall fremd; wenn der größte Theil desselben dennoch Friedensadressen beitrat, so war es kein Winseln, sondern der männliche Gedanke: Von einem gesetzlosen Ministerium wollen wir nicht regirt, am wenigsten in einen großen Krieg geführt werden.

Abg. v. Kardorff zieht darauf in seinem und des Grafen Bethusy-Huc Namen ihren Antrag zurück und schließt sich dem des Abg. Laßwitz an.

Regierungs-Kommissar Maclean erklärt diesen letzteren nicht für ausführbar, welche Aeßerung einen Antrag auf Wiedereröffnung der Debatte hervorruft.

Abg. v. Vincke widerspricht dieser Erneuerung der Debatte, indem er die Minister ersucht, ihre Kommissare dahin zu instruiren, daß sie in Zukunft nach dem Schluß der Debatte nicht mehr sprechen möchten. (Widerspruch auf allen Seiten des Hauses.)

Regierungs-Kommissar Maclean weist darauf hin, daß er an einer andern Stelle gar nicht zu Wort über den Antrag Laßwitz habe kommen können.

Abgeordneter Ziegler bemerkt nach Wiederaufnahme der Debatte: nicht auf den Opfermuth der Provinzen käme es an; Schlesien habe den Gedanken des Krieges zuerst mit vollster Frische ergriffen, aber damit nur seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit gethan. Sondern darauf komme es an, ob die Verwendung großer Mittel zur Schiffbarmachung eines Flusses auch wirklich reiche. Im vorliegenden Fall unterstützte er den Antrag Laßwitz. Dem Handelsminister entgegne er, daß sich die von ihm empfohlene Einengung des Flusses nicht bewährt habe. — Der Schluß der Debatte wird jetzt endgültig angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Graf Bethusy-Huc: Wenn sich der Abg. Jung den Ruhm vindicirt, die Friedensadressen veranlaßt zu haben, so wird Niemand deshalb mit ihm konkurriren. Meine Bemerkung war ganz allgemein und griff Niemand persönlich an. Den Ausdruck „preußisches Volk" habe ich gar nicht gebraucht und am wenigsten konnte es mir einfallen, ihm den Vorwurf der Feigheit zu machen.

Abg. Jung: Ich appellire an das Haus, ob es nicht eine Provokation war, wenn der Abg. Graf Bethusy-Huc den Ausdruck „winselnd" gebrauchte, da er doch wußte, daß im Hause Mitglieder sind, welche die Friedensadressen veranlaßt haben und zwar aus ernsthaften prinzipiellen Gründen, nicht aus Kriegsfurcht. Abg. Graf Bethusy-Huc: Für die Adressen habe ich mein Beiwort gebraucht, das ich zurückzuziehen keine Veranlassung habe. Ob Mitglieder des Hauses an ihrer Abfassung Theil haben, geht mich nichts an.

Der Antrag Laßwitz wird darauf mit sehr großer Majorität angenommen und der Tit. 5. im Ganzen genehmigt. Der Ruf nach Vertagung wird laut erlischt aber wieder, sobald Präs. v. Forckenbeck den Vorsitz wieder übernimmt und die Versammlung nur noch um eine Viertelstunde Geduld bittet.

Tit. 6—12. werden ohne Debatte genehmigt. Zu Tit. 13. (Unterhaltung unchaussirter Wege u. s. w.) nimmt Abg. Kantak das Wort, um das Interesse des Handelsministers auf die Bedürfnisse der Weichsel- und Warthe-Schiffahrt zu leiten, deren gründliche Prüfung der Handelsminister versprach.

Abg. Lette will die Beseitigung der Wehre, um den freien Verkehr auf den Wasserstraßen zu fördern.

Zu Tit. 14. (Strom-Regulirung und Hafenbauten) bemerkt Abg. v. Denzin, daß der Ausbau der Ostseehäfen und ein Handelshafen am Ausflusse der Newa nothwendig sei. Abg. Harkort erinnert an die Bedürfnisse der Rhurschiffbarkeit. Der Handelsminister verheißt dem ersteren Redner, daß nach vollendetem Ausbau der Hafen von Kolberg, Rügenwalde und Stolp auch die Erfüllung seines Wunsches in Aussicht stehe. Abg. Hauschteck weist auf die Versandung des Seeweges nach Stralsund hin. — Tit. 14. wird, die ff. bis 18. genehmigt.

Bei Tit. 19. (zu allgemeinen Handels- und gewerblichen Zwecken), erinnert Abg. v. Vincke (Hagen) daran, daß in den Herzogthümern die bestehende hohe Gewerbesteuer auf die im Zollverein geltenden Sätze zurückgeführt werden.

Zu Tit. 21. (Technische Lehranstalten) regt Abg. Gärtner eine Reform der Gewerbe-Akademie an und schlägt ihre Vereinigung mit der Berg- und Bau-Akademie vor. Der Handelsminister ersucht den Redner, ihm seine Wünsche in einem Promemoria zu formuliren.

Sämmtliche Tit. bis 22. so wie die außerordentlichen Ausgaben werden ohne Debatte genehmigt.

Schluß 3¾ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. (T.-O.) Etat des Ministeriums der Justiz und des Innern. Für die T.-O. der Sonnabendsitzung schlägt der Präsident den Gesetzentwurf, betreffend die Einverleibung der Herzogthümer, vor und will einer Anregung des Abg v. Vincke gemäß dies von der möglichen Anwesenheit des Ministerpräsidenten abhängig machen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 29. November. In der gestrigen recht zahlreich besuchten Vorwahl der ersten Abtheilung wurden als Kandidaten zu Stadtverordneten, deren sechs zu wählen sind, mit Stimmenmehrheit aufgestellt: 1) für die Dauer von sechs Jahren: Generalagent Karl Meyer, ferner die Kaufleute Samuel Jaffe, Robert Schmidt und Magnus Czapski, 2) für den Zeitraum von vier Jahren: der Kaufmann Paul Andersch, 3) für zwei Jahre der Rechtsanwalt Mützel. Die Wahl findet morgen (Freitag) von 10 Uhr bis 1 Uhr Mittags auf dem Rathhause statt. Ohne Zweifel werden sich die wahlberechtigten Mitglieder unserer Stadtgemeinde ebenso lebhaft, wie dies in der dritten Abtheilung geschehen ist, betheiligen.

— [Stadtverordneten-Wahl.] Die II. Wählerabtheilung, die heute von 10—1 Uhr Vormittags 4 Stadtverordnete wählte, zählt 629 Wähler, davon erschienen 253, die absolute Majorität beträgt also 127.

Es erhielten Kaufmann Sal. Briske 193, Rentier Dahlke 192, Architekt Gust. Schulz 188, Rendant Nitykowski 184 Stimmen. Die Wahl geschah auf 6 Jahre.

Gegenkandidaten waren Kaufmann Gintrowicz, 61 Stimmen, Kupferschmidt Kryszewicz 61, Kaufmann Cichowicz 58, Dr. Swiderski 58 Stimmen.

— Am 20. d. Mts. hielt hier der ständische Ausschuß des Provinzial-Landtages für die Irren-Heilanstalt zu Owinsk eine Berathung, deren Gegenstand die Ausführung des vom letzten Provinzial-Landtage beschlossenen Erweiterungsbaues der gedachten Anstalt war. An der Berathung, welche unter dem Vorsitz des Herrn Hoffmeyer I. stattfand, nahmen außer den Ausschußmitgliedern die Geheimen Räthe Dr. Esse und Dr. Nasse und der Sanitätsrath Dr. Laehr als Fachmänner Theil. Dem Vernehmen nach soll der Erweiterungsbau schon im nächsten Frühjahr in Angriff genommen werden.

— Unsere gestrige Notiz, wonach der Blumenthalsche Keller am alten Markte hierselbst vollständig ausgebrannt sei, haben wir dahin zu berichtigen, daß von dem in dem qu. Keller lagernden Petroleum nur zwei Faß verbrannt, resp. von der Hitze vollständig aufgezehrt sind. Ferner ist ein Faß Terpentin verbrannt; das andere Petroleum in Fässern, welche in nächster Nähe des Brandes waren, ist ganz unversehrt geblieben. Die völlige Absperrung resp. Austreibung der Luft aus dem Kellergewölbe, hat diesen wunderbaren Erfolg gehabt.

P. **Bromberg**, 26. Novbr. Längs der königlichen Ostbahn wird im nächsten Jahre eine neue zweite Telegraphenleitung errichtet werden. Es sollen die 4700 zunächst dazu erforderlichen Telegraphenstangen bis zum 1. Mai geliefert werden.

In unserem Kreise sind kürzlich zwei neue Kirchspiele gegründet worden, und zwar die Ortschaften Langenau, Ottorowo, Czersk, Flötenau, Salwin, Susen, Stämdorf, Kobbelblatt und Prusnienka zum evangelischen Kirchspiel Langenau, und die Ortschaften Ciele, Zielonek, Kruschin, Przylenka, Drzewianowo, Splittkrug, Murowoniec, Kanalsgarten, Wolfshals, Bialoblot, Prontke, Jesuiterseen, Drewce, Rohrbruch, zum evangel. Kirchspiel Ciele. Beide Gemeinden bleiben mit der Parochie Bromberg vorläufig mit den Rechten vereinigter Muttergemeinden unter einem Pfarramt verbunden.

Folgende Pfarrstellen sind vakant: 1) an der evangelischen Kirche in Kempen mit 1300 Thalern Einkommen und freier Wohnung; 3) an der evangelischen Kirche in Schildberg mit 900 Thalern Einkommen und 70 Thalern Miethsentschädigung und 3) an der evangelischen Kirche zu Neustadt b. P., mit welcher neben freier Wohnung ein Gehalt von 700 Thalern und die Inspektion über 11 Schulen verbunden ist.

Ebenso sind die Kreisphysikatsstellen im Kreise Schwetz und im Kreise Kulm erledigt.

In dem Vierteljahr vom 1 Juli bis 1. Oktober d. J. sind im Bezirk des hiesigen Apellationsgerichtes 66 Personen zu Zuchthausstrafen verurtheilt worden. Die höchste Zahl der Strafjahre betrug 20 für 8 schwere Diebstähle im Rückfalle; dann 15 Jahre für versuchten Todtschlag; dann 12 Jahre wegen Diebstahl und Brandstiftung; dann 3 Mal 10 Jahre, darunter ein unerwachsener Junge aus Sarbinowo wegen Straßenraub u. s. w.

Am 15. Okbr. ist wieder an dem Knecht Valentin Jaskowiak im Walde zwischen Budzisżewo und Przysieka im Wongrowitzer Kreise ein Raubanfall verübt und ihm 4 Hemden, 2 Jacken, 1 Weste, 1 Rock, 1 Portemonnaie mit 2 Thlr. 10 Sgr. u. s. w. genommen worden, — Auch das Graudenzer Kommandanturgericht hat auf die Ergreifung eines in Untersuchung befindlichen, mehrmals entwichenen Raubmörders eine Belohnung von 100 Thalern festgesetzt.

∾ **Schneidemühl**, 27. November. Unserem Kreise steht wiederum ein Verlust bevor, indem der Kreisrichter Gerhardt dem Vernehmen nach in Kürze von hier als Rechtsanwalt abgehen wird. — In unserer Konditorei Pozzezi haben wir gegenwärtig eine Industrie-Ausstellung en miniature, die der Aufmerksamkeit werth ist; dieselbe besteht aus einer Küchenzwiebel von diesem Jahre, die genau 1 Pfund wiegt.

Druckfehler-Berichtigung.

Recension über Ehrlich, Pianist, Dienstag-Nr., muß es heißen: Spalte 2, Zeile 13 von oben — „eine wissenschaftliche Gelehrtenlaufbahn anbahnend, nach welcher er als Dr. prom.; ist er u. s. f."

Spalte 3, Zeile 2 von oben: „Dadurch tritt allerdings, namentlich im pp. die Cantiline —; was fremdartig, aber doch nöthig ist, weil —".

Recension über die Jahreszeiten, Mittwoch-Nummer, statt: Berlich — „Berlioz."

Telegramm.

Berlin, 29. Nov. Der Unfall des Finanzministers v. d. Heydt, von welchem der Minister des Innern gestern in der Kammer sprach, ist bedeutungslos, und durch Applizirung von Schröpfköpfen bereits beseitigt.

Das „Wiener Journal" erklärt die Gerüchte von Truppenkoncentrirungen in Galizien für vollkommen erfunden, es fehle jede Veranlassung zu solchen Maßnahmen.

Export preußischer Heilnahrungsmittel nach Italien, Frankreich, Spanien und Portugal.

In den südlichen Ländern Europa's sind jetzt durch die achtbarsten Geschäftshäuser die Hoff'schen Malzheilnahrungsmittel eingeführt worden; der momentane Bedarf an diesen stärkenden und nährenden Fabrikaten wird aus der Dampf-Malzextrakt-Brauerei und der Malz-Chokoladen-Fabrik des Hoflieferanten Herrn Johann Hoff in Berlin, Neue Wilhelmsstr. 1., in großen Quantitäten direkt bezogen. Der berühmte italienische General **Türr**, ein Verehrer des Hoff'schen Malzextrakts, räumte der Hoff'schen Malz-Gesundheits-Chokolade einen entschiedenen Vorzug im Geschmacke vor den Chokoladen seines Vaterlandes ein. **Dr. Nélaton** zu Paris verordnete Seiner Kaiserl. Hoheit dem Prinzen **Pierre Napoleon Bonaparte** die Hoff'schen Malzfabrikate, und geben von dort fortwährende Ordres darauf ein. In Spanien wurde aus höchsten Kreisen der preußische Gesandte ersucht, nachdem sowohl das spanische Publikum als die dortigen Aerzte die genannten Malzfabrikate aus sanitätischen Gründen eingeführt zu sehen wünschten, den Kommissionsrath und Hoflieferanten Herrn Johann Hoff in Berlin zu bitten, ein General-Depôt seiner Malzheilfabrikate in Madrid zu gründen. In Portugal hat auf Anregung des Lissaboner Publikums einer der reichsten und angesehensten Kaufleute der Residenz, Herr **H. Doubeux**, um ein General-Depôt nachgesucht, und nach Erlangung desselben jetzt einen bedeutenden Transport an Malzextrakt-Gesundheitsbier, Malz-Gesundheits-Chokolade, Brustmalzzucker und Bonbons erhalten.

Wir haben hier über den hohen Werth der Hoff'schen Malzfabrikate vom geschäftlichen Gesichtspunkte aus ein Bild entworfen. Wir finden ihn auch von diesem unerreicht. Die Schattenseite, welche in den auf Täuschung des Publikums berechneten Nachahmungen liegt, fängt schon an sich zu zeigen. Man beachte daher genau das Etiquet, welches den Namen des Fabrikanten Johann **Hoff**, Hoflieferant in Berlin, Neue Wilhelmsstr. 1., trägt.

Von den weltberühmten patentirten und von Kaisern und Königen anerkannten Johann Hoff'schen Malzfabrikaten: **Malzextrakt-Gesundheitsbier, Malz-Gesundheits-Chokolade, Malz-Gesundheits-Chokoladen-Pulver, Brustmalz-Zucker, Brustmalz-Bonbons** 2c. halten stets Lager in **Posen** die Herren ***Gebr. Plessner***, Markt 91., und ***Herrmann Dietz***, Wilhelmsstr. 26.

Angekommene Fremde.

Vom 29. November.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Friedländer aus Breslau, Fritsche aus Glogau, Obstfelder aus Königsee, Alexander, Bertram und Meyer aus Hamburg, Bruckhaus aus Iserlohn und Schießer aus Dresden, die Rittergutsbesitzer v. Unrug aus Malvin und v. Wendorff aus Przybroda, Assek. Inspektor Abraham ans Berlin.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Taczanowski aus Taczanowo, v. Radonski aus Krzeslic, v. Jaraczewski aus Lipno, v. Nasierowski aus Oczkowice, v. Turno aus Obiezierze, v. Zaborowsci aus Dzieciniarki, v. Szczaniecki aus Boguszyn, v. Blociszewski aus Krzyzanek, Frau v. Swiniarska und Frau v. Suchorska aus Dębe, Lieutenant v. Taczanowski aus Züllichau, Baumeister Tomaszewski aus Kempen, Probst Röhr aus Bentschen.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer v. Koczorowski aus Isabella, v. Dobrogojski und v. Prądzynski aus Biskupice.

MYLIU'S HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Großmann aus Fraustadt, Schemmann aus Barmen, Friedländer aus Hamburg, Falk, Feitel, Schaps, Nosker und Koppenhagen aus Breslau, Marsheimer aus Wiesbaden, Flater aus Sheffield, Elsner und Hauptmann a. D. v. Gauwain aus Berlin, die Rittergutsbesitzer Graf Arco aus Wronczyn, v. Topinki und Graf Michalski aus Smogorzewo, Baumeister Würtemberg aus Buchenhof.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer Graf Zultowski nebst Frau aus Ujazd, Gräfin Bninska nebst Töchtern aus Pamiątkowo, Graf Kwilecki aus Kobelnik und Stock aus Laspritz, Pastor Schiedewitz aus Loßwitz.

SCHWARZER ADLER. Die Rittergutsbesitzer v. Sawicki aus Rybno und v. Bozeski nebst Frau aus Jablkowo, Gutsbesitzer Voge aus Orowo.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Kinkowski aus Neutomysl, Wagner und Bergrath Fiedler aus Breslau, Partikulier Reinbold aus Kosten, Frau Oberamtmann Stenzel aus Neurode, Oberförster Strom aus Wilkendorf.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Rekowski aus Koszuty, Graf Kwilecki aus Oporowo und Gräfin Mycielska aus Kobelnik.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Das Uhren-Verkaufs- und Reparatur-Geschäft der verwittweten Frau **Krüger** in Gnesen wird nach ihrem vor Kurzem erfolgten Ableben für Rechnung der Erben fortgesetzt. Für die Leitung des Geschäfts ist als Werkführer Herr Uhrmacher Schneider, welcher längere Zeit in den renommirtesten Uhrmacher-Werkstätten Berlins gearbeitet, mit den besten Zeugnissen für seine Befähigung versehen ist und in Berlin die Meisterprüfung bestanden hat, gewonnen.

Es kann daher dem Publikum eine prompte, reelle und solide Bedienung in sichere Aussicht gestellt werden.

Kellermann, Justizrath,
als Vormund der Krügerschen Minorennen.

Die

Ofen- und Thonwaaren-Fabrik

zu

Giesmansdorf-Tschauschwitz bei Neisse

empfiehlt ihre Zimmerheizöfen mit Schmelzglasur, welche dem Berliner Fabrikate vollkommen gleich stehen und zu entsprechend billigen Preisen abgegeben werden. Die Fabrik unterhält ein eigenes Atelier für Plastik und ist im Stande, alle Arten Oefen als Kamin-Stubenöfen, Kochmaschinen ꝛc. in den neuesten elegantesten Formen mit reichen Ornamenten, sowohl glasirt als in enkaustischen Farben in größter Auswahl zu liefern und besorgt auf Verlangen das Setzen der gekauften Oefen nach bester Konstruktion, liefert auch die nöthigen Messing- und Eisentheile zum Kostenpreise. Ofenzeichnungen und Preiskurante werden auf Verlangen versendet und Anschläge für Ofeneinrichtungen angefertigt. Erstere, so wie ein vollständiges Lager von allen Sorten Oefen befindet sich

in unserer Niederlage in Posen Schloßstraße Nr. 2.,

und bei den Herren

S. Kronthal & Söhne am Markt,

wo Bestellungen entgegen genommen werden.

Die Fabrikverwaltung.
Carl Friedenthal.

Einige Omnibus-Wagen

in gutem Zustande — **Berliner Fabrikat** — sollen billig verkauft werden durch dem Omnibus-Inspektor **Nippert in Breslau**, Mauritiusplatz Nr. 6.

Neuestr. 4. — **Gardinen, Möbelstoffe, Portieren, Plüschteppiche,** im neuesten Geschmack bei **S. H. Korach.** — Neuestr. 4.

Oberhemden

von 25 Sgr. an,
Hemden-Einsätze von 5 Sgr. an, sowie jede Art von Wäsche und Negligéesachen in der Fabrik von **A. Kaufmann,** *geb. Pawlowska*, Sapiehaplatz 1.

Großer
Weihnachts-Ausverkauf

in den modernsten Putzartikeln zu sehr ermäßigten Preisen in der Putzhandlung von
A. Röder,
Friedrichsstr. 32.

Echt holländische Möbel-Politur.

Mittelst dieser ausgezeichneten neuen Politur, nicht zu verwechseln mit dem bisherigen Möbelwachs, kann man alle Möbel billig und mit geringer Mühe so glänzend herstellen, daß sie völlig neu polirt erscheinen.

Dieses praktische Erzeugniß, in Flacon à 4 Sgr., empfiehlt
C. W. Paulmann,
4. Wasserstraße 4.

Limonade gazeuze purgative au citrate de magnésie nach französischer Methode angefertigt, empfiehlt in Fl. à 12½ Sgr.
Elsners Apotheke.

Zuckers. ungar. **Weintraub.** empf. Kletschoff.

Frisch geschossene Rehe sind zum Verkauf **Wilhelmsstraße 16a.**

Fr. f. **Kieler Sprotten u. Speckbücklinge** empf. bill. *Kletschoff*, Krämerstr. 1.

Frisch abgezogene Hasen, auch **Rehkeulen und Rehzimmer,** sind zu haben **Sapiehaplatz 6. im Keller.**

Frische **Tafelbutter,** pro Pfd. 11 Sgr. und **Kochbutter,** à 8 Sgr. von Garby, zu haben **St. Martin** Nr. 57. Auch ist daselbst eine Milchpacht von 60 bis 70 Quart täglich, pro 1. Mai oder auch früher zu vergeben.

Leb. Hechte u. Zander Donnerst. Ab. b. Kletschoff.

Frische englische Austern bei *Leopold Goldenring.*

Zwei möblirte Zimmer sind v. 1. Dezember ab **Schifferstr. 20.** 1. Etage zu vermiethen.

Ein möbl. Zimmer ist Berlinerstr. 19. im 3. Stock vom 1. Dezbr. ab billig zu vermiethen.

Im neuerbauten Hause am grünen Platz (in der Nähe beider Gymnasien und der Realschule) sind mehrere Wohnungen mit Wasserleitung und Gasbeleuchtung mit und ohne Stallung zu vermiethen.

Remise und Stallung zu verm. Breslauerstraße 31. (Apotheke.)

Zwei fein möblirte Zimmer, Parterre, vom 1. Dezbr. zu vermiethen **Gerberdamm Nr. 1.**

Wallischei 73.

9 Zimmer, Küche, Gesindegelaß ꝛc. mit **Wasserleitung** sofort oder 1. Januar f. zu verm.

Wronkerstr. 10. 1 Et. i. e. f. tap. Zimmer z. v.

Wilhelmsstraße Nr. 26. ist ein möblirt. Zimmer nebst Pferdestallungen sof. zu verm.

Breslauerstr. 15. sind 2 möbl. Stub. z. verm.

Bäckerstraße (Odeum) part. l. ist 1 große Stube vom 1. Dez. ab unmöblirt zu verm.

Damm Nr. 6. in der Nähe des Rochus-Fort, ist ein freundliches möblirtes Parterre-Zimmer sofort für 1 oder 2 Herren zu verm.

Wilhelmsstraße 7. im Hof ist ein möblirtes Zimmer sofort zu vermiethen.

Ein möblirtes Zimmer zu vermiethen **kleine Gerberstraße 13.** eine Treppe hoch.

Ein der polnischen Sprache mächtiger **Wirthschafts-Inspektor** findet sofort ein Unterkommen auf dem Dominium **Mieleszyn** bei Klecko.

Ein tüchtiger Arbeiter findet in unserer Bade-Anstalt dauernde Beschäftigung.
Gebrüder Pincus.

---

12 bis 15 Schneidergesellen finden zur Anfertigung einer bedeutenden Lieferung Kommiß-Röcke gegen guten Lohn Beschäftigung in der **Militär-Effekten-Handlung** von
G. A. Rothholz,
4. Wilhelmsplatz 4.

Ein geübter **Schreiber** wird gesucht Wilhelmsstraße Nr. 13.

Ein **Laufbursche** wird gesucht.
Laskowski & Felerowicz.
Jesuitenstraße 9.

Ein junger Mann rechtlicher Eltern und christlicher Konfession findet in meinem Kolonial-, Wein- und Cigarrengeschäft als Lehrling Placement.
Schneidemühl. *Herm. Lewin.*

Ein junger Mann, beider Sprachen mächtig, welcher bereits 4 Jahre im Bureau eines Rechts-Anwalts beschäftigt und im Besitze empfehlender Atteste ist, wünscht Behufs Ausbildung im Verwalt.-Fache eine Stelle bei einem Distr.-Amt.

Gefällige Offerten **A. S.** poste restante **Wreschen,** erbeten,

---

Auf dem Dominium ***Owieczki*** bei Gnesen wird zum 1. Januar ein erfahrener, ordentlicher Gärtner (unverheirathet) gesucht. Meldungen werden auf dem Dominium oder bei ***Swarzenski,* Posen,** Büttelstraße Nr. 20. entgegengenommen.

Ein aus dem Feldzuge heimgekehrter, der deutschen und polnischen Sprache mächtiger Oekonom aus anständiger Familie sucht sofort oder zu Neujahr eine Stellung unter soliden Umständen. Hierauf Reflektirende werden gebeten, Ihre Adresse unter der Littre ***H. S.*** poste restante ***Kwilcz*** zu senden.

Ein verheiratheter tüchtiger Hoffchmied, der auch mit Maschinenbetrieb vertraut ist, sucht auf einem Dominium eine Stelle. Adresse erfährt man in der Exp. d. Ztg.

Die Inspektorstelle in Gr. Rybno ist bereits besetzt.

24,000 Loose mit 12,500 Gewinnen,

vertheilt in 6 Klassen.

Die **von der königl. preußischen Regierung genehmigte Frankfurter Stadt-Lotterie,** Ziehung am 12. Dezember, bietet Gewinne von

Fl. 200,000 — 100,000 — 40,000 — 25,000 — 20,000 — 15,000 — 10,000 — 6000 — 5000 — 4000 — 3000 — 2000 — 1000 u. s. w.

Einlage für die erste Klasse:		Einlage für alle sechs Klassen:	
¼ Loos . . .	Thlr. — 26 Sgr.	¼ Loos	Thlr. 13. —
½ "	" 1. 22 "	½ "	" 26. —
1/1 "	" 3. 13 "	1/1 "	" 52. —

Verloosungspläne und nähere Auskunft werden bereitwilligst ertheilt, die offiziellen Ziehungslisten und Gewinne werden pünktlich überschickt. Aufträge beliebe man direkt zu richten an

Alfred S. Geiger in Frankfurt a. M., Zeil 19.

Am 10. Dezember d. J.
Ziehung II. Klasse 148.

Hannoverscher Lotterie.

Hierzu empfiehlt noch **Originallose**

ganze	**halbe**	**viertel**
à 11 Thlr. 20 Sgr.	à 5 Thlr. 25 Sgr.	à 2 Thlr. 27½ Sgr.

Auswärtige Aufträge werden auf das Promptefte effektuirt, Gewinngelder und amtliche Ziehungslisten sofort nach Entscheidung zugesandt.

Die Haupt-Kollektion
von
A. Molling in Hannover.

RITTER'S Illustrirtes Kochbuch mit 80 Bildern und 1675 Recepten, ist das *neueste, beste* und *billigste.* **Preis** nur 1 Thlr.

Vorräthig bei **Ernst Rehfeld,** Wilhelmsplatz 1. (Hôtel de Rome).

Verlag von **B. S. Berendsohn** in Hamburg und bei **J. J. Heine** in **Posen,** Markt Nr. 85., zu haben:

Der Postillon d'amour.

Ein Briefsteller für Liebende, enthaltend eine reiche Wahl von Musterbriefen in allen möglichen Herzensangelegenheiten, nebst Anweisung **Liebesverhältnisse anzuknüpfen und einzuleiten.**

7. stark vermehrte und revidirte Auflage.
Herausgegeben von Dr. **Amant.**
In eleganter Ausstattung. Preis 7½ Sgr.

Soeben ist erschienen und vorräthig bei **Ernst Rehfeld** in **Posen,** Wilhelmsplatz 1.:

Die Melioration des Warthebruches.

Im Auftrage des königlichen Ministerii für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten und mit Benutzung seiner Materialien bearbeitet
von
Dannemann,
königl. Reg.-Rath a. D.
Mit einer Uebersichtskarte. Preis 15 Sgr.

Soeben erschien in **Alfred Richters Buchhandlung** in Königsberg i. Pr.:

Das Delphische Orakel,

oder:
Wer wird mein Mann sein?
Wie wird's mir ergehen?

Prophetisches Gesellschaftsspiel, allen Damen zur Aufheiterung und Belustigung in Familien, Soiréen und Kränzchen bestens empfohlen.

Mit 36 Karten. Preis 5 Sgr.
Vorräthig in der **Buchhandlung** von
J. J. Heine.

Verein christl. Handlungsgehilfen.

Heute Donnerstag den 29., Abends 8 Uhr: Vortrag des Herrn Dr. **Wentzel:** „Neueste Geschichte seit dem Wiener Kongreß."

Zu der **Sonnabend den 1. Dezember c. Nachmittags 4 Uhr Allerheiligenstraße Nr. 4.** stattfindenden **Versteigerung der gelesenen Bücher des grünen Lesezirkels** werden die Vereinsmitglieder hierdurch ergebenst eingeladen. ***Der Vorstand.***

Im Auftrage des Gründungs-Komités des Vereins der Preußischen Invalidenkette nehme ich Beitrittsgelder und jährliche Beiträge etwa beitretender Mitglieder entgegen und liefere die Invaliden-Kette. Eine Liste zum Eintragen der Namen liegt bei mir aus.

Louis Türk,
Wilhelmsplatz Nr. 4.

Eingetretener Hindernisse wegen kann die zum 4. Dezember angesetzte General-Versammlung des landwirthschaftlichen Hauptvereins erst **am 14. Dezember Vormittags 10 Uhr** im Saale des **Odeums** zu Posen abgehalten werden.

v. Tempelhoff.

Die Versammlung der Mitglieder des Vereins zur Unterstützung wirthschaftlicher Beamten Schrodaer Kreises findet am **2. December c.** 1 Uhr Nachmittags in Hüttner's Hotel zu Schroda statt. Die Wahl einer neuen Direktion und Ehrenrichter ist auf der Tagesordnung. Um zahlreichen Besuch aller Ehren- und gewöhnlichen Mitglieder bittet

Die Direktion.

Die Vereinigung des Offizierkorps 1. Bataillons 1. Posenschen Landwehr-Regiments Nr. 18. zu einem gemeinschaftlichen Abendbrot im Hildebrand'schen Lokal (Sommertheater) zu Posen findet am **Sonnabend den 8. Dezember c.** Abends ½8 Uhr statt. Absagungen der Herren Mitglieder des Vereins in Posen, sowie Anmeldungen der auswärtigen Herren Kameraden zur Betheiligung werden bis **Mittwoch den 5. Dezember c.** an den Unterzeichneten erbeten.

Posen, den 27. November 1866.

Das Komité.
J. A.
Breslau,
Premierlieutenant und Adjutant.

Zum Besten
der unter Protektorat Sr. königl. Hoheit des Kronprinzen stehenden
National-Invaliden-Stiftung:

Drei Vorträge
über
Friedrich den Großen
von
Dr. Siegfried Hüppe.

Erster Vortrag
Montag, 3. Dezember Abends 7½ Uhr im neuen Musiksaale Wilhelmsplatz 12.
(Die beiden andern Vorträge Sonnabend den 8. und 15. Dezember.)

Billets zu einem Vortrage à 15 Sgr., zu allen drei Vorträgen à 1 Thlr., jederzeit in der Hof-Musikalienhandlung von **Bote & Bock** (Wilhelmsstraße 29.) und in der Buchhandlung von **Leitgeber** (Wilhelmsplatz 3.)

Die Gesammteinnahme fällt an die Invaliden-Stiftung.

Todes-Anzeige.

Heute Nachmittag 3½ Uhr entriß uns der Tod nach kurzem Leiden unseren innigst geliebten Gatten, Vater, Bruder und Schwager,

den Kaufmann **T. Wituski** hier

im Alter von 45 Jahren.

Tiefbetrübt widmen diese Anzeige Freunden und Bekannten um stille Theilnahme bittend

die Hinterbliebenen.
Inowraclaw, 27. November 1866.

Dienstag Nachmittag um halb vier Uhr verschied nach kurzem, schweren Leiden unser innigstgeliebter Schwiegersohn, der Kaufmann **Thaddäus Wituski** in Inowraclaw.

Dies zeigen allen Freunden und Bekannten um stille Theilnahme bittend an die tiefbetrübten Schwiegereltern

Andreas Kunkel nebst **Frau.**

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Frl. B. Höfft mit dem Fabrikbesitzer Th. Dettmers in Berlin, Frl. E. Hoppe mit dem Kaufmann A. Wernitz in Gr. Glogau, Frl. E. Peschek mit dem Ober-Inspektor H. Müller in Gusow.

Verbindungen. Herr A. Lehmann mit dem Frl. E. Borstel in Charlottenburg, Herr M. v. Magnus mit dem Frl. Ch. Magnus in Berlin.

Geburten. Ein Sohn dem Grafen v. d. Recke-Vollmerstein in Craschnitz, dem Uhrmacher H. Hartmann in Berlin.

Todesfälle. Billeteur Gottfr. Hirsch, Frau Rechnungsräthin W. Lehmann, Frau Hütten-Inspektor Schlesicke und Kassirer C. Willnow in Berlin, Rektor C. Berg in Görlitz, Amtmann A. Krüger in Potsdam, Post-Expedient F. Blanckenburg in Brandenburg a. H., Kr. Kassenrendant Röhr in Nauen, Brauereibesitzer F. Senß in Brandenburg a. H.

Stadt-Theater.

Donnerstag kein Theater.

Freitag fünftes Auftreten des Fräulein **Aurelie** vom Stadttheater zu Breslau und des Herrn **Erber** vom Hoftheater zu Kassel: **Don Juan,** oder: **Der steinerne Gast.** Große Oper in 3 Akten von Mozart. Donna Anna — Frl. Aurelie. Don Octavio — Herr Erber.

Bazar-Saal.

Montag den 3. Dezember 1866

III. Sinfonie-Soirée,

gegeben vom Musikchor des Gren. Regts. Nr. 6.

Billets zu numerirten Sitzplätzen à 15 Sgr., Stehplätze à 10 Sgr. sind zu haben in der Hof-Musikalienhandlung der Herren **Bote & Bock.**

Kassenpreis 20 Sgr. Anfang 7½ Uhr.

Eisbeine,
Donnerstag den 29. November, bei
H. Schulze, **kl. Gerberstr. 4.**

Aschs Café,

Markt Nr. 10.

Konzert und **Gesangvorträge** der Familie ***Walter*** aus Böhmen.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 29. November 1866. **(Wolff's telegr. Bureau.)**

	Not. v. 28.	v. 27.
Roggen, lustlos.		
Novbr.-Dezbr. 56	56	56½
April-Mai . 53¾	53⅞	54½
Spiritus, unveränd.		
Novbr.-Dezbr. 16¾	16 11/24	16¾
April-Mai . 16⅞	16⅞	16⅞
Rüböl, fester.		
Novbr.-Dezbr. 12¾	12 13/24	12 7/12
April-Mai . 12 5/12	12⅓	12⅜

Fondsbörse: Bahnen u. Fonds fest.	Not. v. 28.	v. 27.
Amerikaner . . . 75¼	75⅛	75⅜
Staatsschuldsch. 85⅝	85¼	85¼
Neue Posener 4% Pfandbriefe . . 88½	88¾	88¾
Russ. Banknoten 80⅜	80⅝	80⅝
Russ. Pr.-Anl., a. 91¼	90⅝	90⅜
do. do. n. 85⅛	85⅛	85¼

Kanalliste: Nicht gemeldet.

Stettin, den 29. November 1866. **(Marcuse & Maass.)**

		Not. v. 28.
Weizen, matter.		
November	82¾	83½
Frühjahr 1867 . .	83¾	83¾
Mai-Juni 1867 . .	84¼	84
Roggen, stiller.		
November	55	56¼
Frühjahr 1867 . .	53	52¾
Mai-Juni 1867 . .	53¼	53

		Not. v. 28.
Rüböl, unverändert.		
November	12¼	12¼
April-Mai 1867 . .	12 5/12	12 5/12
Spiritus, höher.		
November	17	16 7/12
Frühjahr 1867 . . .	16 5/12	16⅓
Mai-Juni 1867 . .	16¾	16⅝

Börse zu Posen

am 29. November 1866.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 88⅞ Br., do. Rentenbriefe 89⅛ Br., polnische Banknoten 80⅝ Gd.

Roggen [p. 25 Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Novbr. 50¾, Novbr.-Dezbr. 49½, Dezbr. 1866/Jan. 1867 49¼, Jan.-Febr. 1867 49¼, Febr.-März 1867 49¼, Frühjahr 1867 49½.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000 % Tralles] (mit Faß) pr. Novbr. 15 7/12, Dezbr. 15⅛, Jan. 1867 15⅛, Febr. 1867 15 5/12, März 1867 15⅝, April 1867 15¾.

Produkten-Börse.

Berlin, 28. Novbr. Wind: NW. Barometer: 28². Thermometer: früh 0. Witterung: Bewölkt.

Der Markt eröffnete mit überwiegendem Angebot von Roggen und wurde zu rückgängigen Preisen ein ziemlich reger Umsatz erzielt; aber als die Offerten sich gelichtet hatten, erholten sich die Preise merklich, blieben schließlich aber immer noch etwas niedriger als gestern. Effektive Waare mäßig umgesetzt. Feine Qualitäten blieben beliebt. Gekündigt 6000 Ctr. Kündigungspreis 56 Rt.

Rüböl still und ziemlich unverändert im Werthe.

Auch in Spiritus ist keine nennenswerthe Aenderung eingetreten. Die Haltung ist im Ganzen und namentlich zum Schluß des Marktes als fest zu bezeichnen. Gekündigt 10,000 Quart. Kündigungspreis 16¾ Rt.

Weizen loko fest gehalten, Termine niedriger.

Hafer loko unverändert, Termine niedriger.

Weizen loko p. 2100 Pfd. 70—86 Rt. nach Qualität, gelber märker 83 Rt., bunter poln. 78½ Rt. bz., p. 2000 Pfd. April-Mai 79 Rt. bz.

Roggen p. 2000 Pfd. loko 81/83pfd. 57¼ a ½ Rt. ab Bahn bz., November 56 a ¼ a 55⅞ a 56 Rt. bz., Novbr.-Dezbr. 55⅞ a 56⅛ a 55¾ a 56 bz., Dezbr.-Jan. 55 a ¼ a 54¾ a 55¼ bz. u. Gd., ½ Br., Frühjahr 54¾ a 54⅛ a 53¾ a 54 bz., Br. u. Gd, Mai-Juni 53¾ a 54 a 53½ a 54 bz., Br. u. Gd., Juni-Juli 54½ a ¾ bz., Juli 55 bz.

Gerste loko p. 1750 Pfd. 46—54 Rt.

Hafer loko p. 1200 Pfd. 26 a 29 Rt., schles. 28¼ a ¾ Rt. bz., Novbr. 27½ Rt. bz., Novbr.-Dezbr. 27½ a ¼ Rt., Dezbr.-Jan. 27¼ Br., Frühjahr 28 bz., Mai-Juni 28⅝ bz., Juni-Juli 28⅝ bz.

Erbsen p. 2250 Pfd. Kochwaare 65—72 Rt., Futterwaare 58—65 Rt.

Rüböl loko p. 100 Pfd. ohne Faß 12⅝ Rt. bz., ⅝ Br., Novbr. 12 7/12 a 13/24 a 7/12 bz., Novbr.-Dezbr. 12 7/12 a ⅝ bz., Dezbr.-Jan. 12½ bz., Jan.-Febr. 12⅛ Br., April-Mai 12⅝ a ⅓ a ⅜ bz., Mai-Juni 12 11/12 bz.

Leinöl loko 14¼ Rt.

Spiritus p. 8000 % loko ohne Faß 16⅞ a 17 Rt. bz., Novbr. 16⅝ a ⅝ bz, Novbr.-Dezbr. 16 7/12 a ⅛ bz. u. Gd., 7/12 Br., Dezbr.-Jan. 16⅝ a 11/24 bz. u. Gd., ½ Br., April-Mai 16⅞ a ⅝ bz., Mai-Juni 17 1/12 bz. u. Gd., ⅛ Br.

Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 5⅝—5/12 Rt., Nr. 0. u. 1. 5 5/12—5 Rt., Roggenmehl Nr. 0. 4 11/12—⅚ Rt., Nr. 0. und 1. 4½—4 Rt. bz. pr. Ctr. unversteuert. (B. H. Z.)

Stettin, 28. Novbr. [Amtlicher Börsenbericht.] Wetter: Klare Luft, + 4° Reaum. Barometer: 28. 1. Wind: W.

Weizen niedriger, loko p. 85pfd. gelber 75—83 Rt., 83/85pfd. gelber pr. Novbr. 84—83 bz. u. Gd., ¼ Br., Novbr.-Dezbr. 82 Br., 81½ Gd., Frühjahr 84, 83¾ bz. u. Gd.

Roggen niedriger, p. 2000 Pfd. loko 54—56 Rt., pr. Novbr. 56⅞, 56 bz., Br. u. Gd., Novbr.-Dezbr. 55, 54½ bz., Br. u. Gd., Frühjahr 53, 52½, ¾ bz. u. Gd., Mai-Juni 53¼, 53 bz., Juni-Juli 54¼, ⅛ bz.

Gerste oderbr. p. 70pfd. 48½, 49 Rt. bz.

Hafer ohne Umsatz.

Erbsen, loko Futter- 54½ Rt. bz.

Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen
76—84	57—60	46—50	28—30	54—58 Rt.

Heu 15—25 Sgr. Stroh 6—8 Rt.
Kartoffeln 16—20 Sgr.

Rüböl wenig verändert, loko 12 11/12 Rt. Br., pr. Novbr. 12½ Br., ¼ Gd., Novbr.-Dezbr. 12 Gd., April-Mai 12½ Br.

Spiritus wenig verändert, loko ohne Faß 16½ Rt. bz., pr. November 16 5/12, 7/12 bz. u. Br., ⅛ Gd., Novbr.-Dezbr. 16 Br., 15⅞ Gd., Frühjahr 16⅛ Br. u. Gd.

Angemeldet: 50 Wispel Weizen, 100 Wispel Roggen und 10,000 Quart Spiritus.

Baumöl, Messina und Gioja 18⅞ Rt. tr. bz., 19 Rt. gef.

Petroleum matter, 9½ Rt. bz.

Leinsamen, Pernauer auf Lieferung ex Schiff 12¼ Rt. bz., pr. Febr. 13 Rt. bz.

Hering, Ihlen 10 Rt. tr. bz. (Ostſ.-Ztg.)

Breslau, 28. Novbr. [Produktenmarkt.] Am heutigen Markte war lustlose Stimmung vorherrschend, bei der sich Preise nur schwerfällig behaupteten und theilweise niedriger zu notiren sind, das Angebot behielt mittelmäßigen Umfang.

Weizen blieb schwach beachtet, wir notiren p. 84 Pfd. weißer 83—99 Sgr., gelber 82—88—94 Sgr., feinster über Notiz.

Roggen wurde bei matter Stimmung mitunter billiger erlassen, wir notiren p. 84 Pfd. 67—69 Sgr., feinster 70 Sgr. bezahlt.

Gerste war schwach beachtet, wir notiren p. 74 Pfd. 49—52—55 Sgr., feine weiße Qualitäten werden mit 60 Sgr. und darüber bez.

Hafer notiren wir bei schwacher Frage billiger, p. 50 Pfd. 31—33 Sgr.

Hülsenfrüchte. Kocherbsen gefragt, 65—72 Sgr., Futtererbsen fanden gute Frage, a 55—62 Sgr. p. 90 Pfd.

Wicken beachtet, p. 90 Pfd. 53—60 Sgr., feinste über Notiz zu bedingen.

Bohnen p. 90 Pfd. 70—95 Sgr., feinste über Notiz.

Lupinen schwach beachtet, p. 90 Pfd. gelbe 45—50 Sgr.

Buchweizen p. 70 Pfd. 40—45 Sgr. nominell.

Oelsaaten zeigten sich bei beschränktem Umsatz preishaltend, wir notiren p. 150 Pfd. Brutto Winterrübsen 179—194 Sgr., Winterraps schles. 200—212 Sgr., galizischer 180—200 Sgr., Sommerrübsen 154—174 Sgr., Leindotter 150—170 Sgr. bezahlt.

Schlaglein blieb schwach beachtet, wir notiren p. 150 Pfd. Brutto 5⅝—6—6½ Rt., feinster über Notiz bezahlt.

Rapskuchen blieben gefragt, a 51—53 Sgr. p. Ctr.

Kleesaat roth zeigte sich bei belanglosen Angeboten und ruhiger Frage schwach preishaltend (alte Waare) 12½—14—16¾ Rt., neue Waare 17—18½ Rt., feinste über Notiz, weiß 19—28 Rt., für feinste Qualitäten ist darüber zu bedingen.

Thymothee 11—12—13 Rt. p. Ctr.

Kartoffeln beachtet, a 28—40 Sgr. p. Sack a 150 Pfd.

Breslau, 28. Novbr. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat rothe, fest, ordin. 12—13, mittel 13½—14½, fein 15½—17½, hochf. 18—18½. Kleesaat weiße, unverändert, ordin. 18—20, mittel 22—23½, fein 25—27, hochf. 28—29.

Roggen (p. 2000 Pfd.) wenig verändert, gek. 1000 Ctr., pr. Novbr. 54⅝—½ bz., Br. u. Gd., Novbr.-Dezbr. 52 Gd., Dezbr.-Jan. 51 Gd., April-Mai 50 Br.

Weizen pr. November 73½ Br.

Gerste pr. November 50 Br.

Hafer pr. November 45 Br.

Raps pr. November 98 Br.

Rüböl laufender Monat höher, loko 12¼ Br., pr. Novbr. 12¼ bz., Novbr.-Dezbr. 12 1/12 Br., Dezbr.-Jan. und Jan.-Febr. 12 Br., April-Mai 12 Gd., 12½ Br.

Spiritus geschäftslos, loko 16½ Br., **16¼ Gd.**, pr. November 16½ Gd., Novbr.-Dezbr. 16¼ Gd., Dezbr.-Jan. 16¼ Gd., April-Mai 16⅝ Br., ½ Gd.

Zink sehr fest, ohne Umsatz. Die Börsen-Kommission.

Preise der Cerealien.
(Festsetzungen der polizeilichen Kommission.)
Breslau, den 28. November 1866.

	feine	mittel	ord. Waare.	
Weizen, weißer	93—99	87	83—84 Sgr.	p. Scheffel.
do. gelber	89—93	86	82—84 „	
Roggen	69—70	68	67 — „	
Gerste	58—60	55	50—53 „	
Hafer	33—32	30	31 — „	
Erbsen	68—72	64	55—60 „	

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Kommission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rübsen.

Raps	210	200	180 Sgr.	p. 150 Pfd. Brutto.
Rübsen, Winterfrucht	192	182	170 „	
do. Sommerfrucht	172	162	152 „	
Dotter	170	160	150 „	

(Bresl. Hdls.-Bl.)

Magdeburg, 28. Novbr. Weizen 78—79 Thlr., Roggen 59—62 Thlr., Gerste 49—56 Thlr., Hafer 29—30 Thlr.

Kartoffelspiritus. Lokowaare wenig verändert, Termine ruhig. Loko ohne Faß 17 7/12 Thlr. bz. u. Gd., pr. Novbr. 17¼ Thlr., Novbr.—Dezbr. 17 Thlr., April—Mai 17⅓ Thlr., Mai—Juni 17⅝ Thlr. p. 8000 pCt. mit Uebernahme der Gebinde a 1½ Thlr. pr. 100 Quart.

Rübenspiritus flau. Loko 17 a 16⅞ Thlr., pr. Dezbr. 16⅞ Thlr. Gd., pr. Januar—Mai 16½ Thlr. (Magdeb. Ztg.)

Bromberg, 28. Novbr. Wind: West. Witterung: Trübe. Morgens 1° Wärme. Mittags 2° Wärme.

Weizen 124—128pfd. holl. (81 Pfd. 6 Lth. bis 83 Pfd. 24 Lth. Zollgewicht) 68—73 Thlr., 129—131pfd. holl. (84 Pfd. 14 Lth. bis 85 Pfd. 23 Lth. Zollgewicht) 75—78 Thlr.

Roggen 122—125pfd. holl. (80 Pfd. 16 Lth. bis 81 Pfd. 25 Lth. Zollgewicht) 51—52 Thlr.

Große Gerste 41—43 Thlr., feinste Qualität 1—2 Thlr. über Notiz.

Futtererbsen p. Wspl. 48—52 Thlr. Kocherbsen 54—58 Thlr.

Hafer p. Schffl. 25—30 Sgr.

Spiritus ohne Handel. (Bromb. Ztg.)

Telegraphische Börsenberichte.

Hamburg, 28. Novbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt sehr ruhig. Auf Termine 1 Thlr. niedriger. Weizen pr. Novbr.-Dezbr. 5400 Pfd. netto 153 Bankothaler Br. u. Gd., pr. Dezbr.-Januar 148 Br., 147 Gd. Roggen pr. Novbr.-Dezbr. 5000 Pfd. Brutto 89 Br., 87 Gd., pr. Dezbr.-Januar 88 Br., 87 Gd. Oel loko 26¼, pr. Mai 27¼. Kaffee 1000 Sack gewöhnlicher Rio zu 4⅝ a 5 verkauft. Die Depesche aus Rio machte keinen Eindruck. Zink sehr fest, ohne Umsatz.

Amsterdam, 28. Novbr. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen 5 Fl. höher. Roggen loko still, auf Termine 2½ Fl. niedriger. Raps pr. November 72½, pr. Mai —. Rüböl pr. November 39⅝, pr. Mai 42¼.

Liverpool (via Haag), 28. Novbr., Mittags. (Von Springmann & Comp.) Baumwolle: 8000 Ballen Umsatz. Ruhig und unverändert.

Middling Amerikanische 14, middling Orleans 14½, fair Dhollerah 10¾ a 11, good middling fair Dhollerah 10½, middling Dhollerah 10, Bengal 7¾, Domra 11.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1866.

Datum.	Stunde.	Barometer 195' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
28. Nov.	Nchm. 2	27″ 11‴ 40	+ 1°4	NNW 0	bedeckt. Ni.
28. „	Abnds. 10	28″ 1‴ 24	+ 0°9	NNW 0	bedeckt. Ni.
29. „	Morg. 6	28″ 3‴ 04	+ 0°5	NW 0	trübe. St. Reif.

Berlin, 27. Novbr. Das überall niedrige Barometer fällt im nördlichen, steigt im mittleren Europa, dort tritt Kälte hervor, die nach Süden vorrückt.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 28. November 1866 Vormittags 8 Uhr 1 Fuß 5 Zoll.
„ „ 29. „ „ „ „ „ 1 „ 8 „

Uebersicht

der in Posen ankommenden und abgehenden Posten und Eisenbahnzüge.

Ankommende Posten.		Abgehende Posten.	
4 U. 30 M. früh	Pers.-Post von Trzemeszno.	7 U. — M. früh	Botenpost nach Dombrowka.
4 - 35 -	- Wreschen.	7 - 30 -	Pers.-Post - Pleschen.
4 - 40 -	- Wongrowitz.	7 - — -	- Schwerin a.W.
5 - — -	- Krotoschin.	7 - 15 -	- Unruhstadt.
8 - 25 -	- Obornik.	8 - 10 -	- Nakel.
8 - 50 -	Schwerin a.W.	8 - — -	- Krotoschin.
10 - — -	- Ostrowo.	8 - 30 -	- Gnesen.
10 - 15 -	- Züllichau.	12 - — - Mitt.	- Strzalkowo.
2 - 40 - Nchm.	- Strzalkowo.	1 - — - Nm.	- Gnesen.
3 - — -	- Gnesen.	6 - — -	- Obornik.
6 - 40 -	- Gnesen.	6 - 45 -	- Ostrowo.
7 - — -	Botenpost - Dombrowka.	7 - 30 -	- Züllichau.
7 - 30 -	Pers.-Post - Krotoschin.	7 - — -	Schwerin a.W.
7 - 20 -	- Unruhstadt.	7 - 15 -	- Krotoschin.
7 - 5 -	- Nakel.	10 - 30 -	- Wongrowitz.
8 - 15 -	- Pleschen.	11 - 30 -	- Trzemeszno.
9 - 35 -	Schwerin a.W.	11 - 30 -	- Wreschen.

Ankommende Eisenbahnzüge	auf dem Eisenbahnhofe.	Posthofe.	Abgehende Eisenbahnzüge	vom Posthofe.	Eisenbahnhofe.
Pers.-Z. von Kreuz	5^{50} Vrm.	6 Vrm.	Nach Breslau	5^{40} Vrm.	6 Vrm.
Gem. Z. - Kreuz	9^{8} -	9^{40} -	- Breslau	8^{45} Vrm.	9^{51} Vrm.
Pers.-Z. - Kreuz	4^{39} Nm.	4^{50} Nm.	- Breslau	4^{25} Nm.	4^{49} Nm.
Gem. Z. - Breslau	9^{16} Vrm.	—	- Kreuz	—	12^{55} Nm.
Pers.-Z. - Breslau	11^{13} Vrm.	11^{25} Vrm.	- Kreuz	11 Vrm.	11^{23} Vrm.
Gem. Z. - Breslau	7^{54} Nm.	—		—	—
Pers. Z. - Breslau	9^{21} Nm.	9^{30} Nm.	- Kreuz	9^{5} Nm.	9^{41} Nm.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 28. November 1866.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	98¾ B
Staats-Anl. 1859	5	103⅝ bz
do. 54, 55, 57	4½	98⅝ bz
do. 56, 1859	4½	98⅝ bz
do. 1864	4½	98⅝ bz
do. 50, 52 conv.	4	89 bz
do. 1853	4	89 bz
do. 1862	4	89 bz
Präm.St.Anl.1855	3½	120 B
Staats-Schuldsch.	3½	85¼ bz
Kur-u Neum.Schldv	3½	82 bz
Berl. Stadt-Obl.	5	103½ B
Berl. Stadt-Obl.	4½	98⅝ bz
do. do.	3½	82 bz
Berl.Börsenh.-Obl.	5	— —
Pfandbriefe: Kur- u. Neu-	3½	79⅛ B
Märkische	4	88⅞ bz
Ostpreußische	3½	79¼ G
do.	4	85½ bz 4½% 93 [bz
Pommersche	3½	78¾ bz
do. neue	4	89¾ B
Posensche	4	— —
do.	3½	— —
do. neue	4	88¾ B
Schlesische	3½	86⅞ G
do. Litt. A.	3½	— —
Westpreußische	3½	76¾ bz
do.	4	8 ½ B
do. neue	4	84½ G
do. do.	4½	92⅜ G
Rentenbriefe: Kur-u Neumärk.	4	90⅞ bz
Pommersche	4	90¼ bz
Posensche	4	89 bz
Preußische	4	90¼ G
Rhein.-Westf.	4	— —
Sächsische	4	91 B
Schlesische	4	91⅞ G

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	46 B
do. National-Anl.	5	52¼ bz
do. 250 fl. Präm. Ob.	4	58¾ G
do. 100 fl. Kred. Loose	—	67¾ G
do. 5prz. Loose (1860)	5	63¾-½ bz
do. Pr.-Sch. v. 1864	—	39¾ bz
do. Slb.-Anl. 1864	5	58¾ G
Italienische Anleihe	5	54 bz
Russische: 5. Stieglitz Anl.	5	64 etw bz
6. do.	5	83½ bz
Englische Anl.	5	85⅞ G
N.Russ.Egl.Anl	3	52¾ B
do. v. J. 1862	5	86½ bz
do. 1864	5	88 G
do. engl.	5	87½ G
do Pr.-Anl. 1864	5	90⅞ bz, n. 85½ [bz
Polnische: Poln. Schatz-O.	4	62¾ bz
do. kl.	4	— —
Cert. A. 300 Fl.	5	90 B
Pfdbr. n. i. SR.	4	61⅞ bz
Part. O. 500 Fl.	4	89 bz
Amerik. Anleihe	6	75½-75 bz
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	54½ G
Neue Bad. 35 fl. Loose	—	29½ B
Dessauer Präm. Anl.	3½	96 bz u B
Lübecker Präm. Anl.	3½	48½ etw bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	159 B
Berl. Handels-Ges.	4	106¾ B
Braunschwg. Bank-	4	87 G
Bremer do.	4	117½ B
Coburger Kredit-do.	4	90¼ B
Danzig. Priv.-Bk.	4	109 G
Darmstädter Kred.	4	83½ G
do. Zettel-Bank	4	94¾ etw bz
Dessauer Kredit-B.	0	2¼ B
Dessauer Landesbk.	4	— —
Disk. Komm. Anth.	4	99 etw bz u G
Genfer Kreditbank	4	27⅞ zb
Geraer Bank	4	105 B
Gothaer Privat do.	4	98 B
Hannoversche do.	4	83¾ G
Königsb. Privatbk.	4	113 G
Leipziger Kreditbk.	4	78½ G
Luxemburger Bank	4	80 G
Magdeb. Privatbk.	4	95 B
Meininger Kreditbk.	4	94½ B
Moldau. Land. Bk.	4	18½ bz
Norddeutsche do.	4	120 B
Oestr. Kredit- do.	5	59¾-½-¾ bz u G
Pomm. Ritter- do.	4	92 B
Posener Prov. Bank	4	101 B
Preuß. Bank-Anth.	4½	150 G jg 140½ bz
Schles. Bankverein	4	113½ G
Thüring. Bank	4	65¼ bz
Vereinsbnk. Hamb.	4	109½ G
Weimar. Bank.	4	94¾ B
Prß. Hypoth.-Vers.	4	110¼ B
do. do. Certific.	4½	— —
do. do. (Henkel)	4½	— —
Henkelsche Cred. B.	4	79 etw bz u G

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	82¾ G
do. II. Em.	4	— —
do. III. Em.	4½	— —
Aachen-Mastricht	4½	— —
do. II. Em.	5	— —
Bergisch-Märkische	4½	97½ B
do. II. Ser. (conv.)	4½	95¼ G
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	76¼ bz
do. Lit. B.	3½	76¼ bz
do. IV. Ser.	4½	94 B
do. V. Ser.	4½	92¾ bz
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	4½	— —
III. S. (Dm.-Soest	4	83¼ B
do. II. Ser.	4½	— —
Berlin-Anhalt	4	— —
do.	4½	95¾ bz
do. Litt. B.	4	95½ bz
Berlin-Hamburg	4	92½ G
do. II. Em.	4	— —
Berl. Potsd. Mg. A.	4	88 B
do. Litt. B.	4	88 B
do. Litt C.	4	87¼ G
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	85¼ G
Berl.-Stet. III. Em.	4	85 G
do. IV. S. v. St. gar.	4½	95¾ bz
Bresl.-Schw.-Fr.	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	92 bz
Cöln-Minden	4½	97½ G
do. II. Em.	5	— —
do.	4	84¼ G
do. III. Em.	4	83¼ bz
do.	4½	94¼ B
do. IV. Em.	4	83¾ B
do. V. Em.	4	82½ B
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. III. Em.	4½	85 G IV 85 bz
do. 1865	4½	93½ G
Magdeb. Halberst.	4½	96 bz
Magdeb. Wittenb.	3	67¼ B
Mosco-Rjäsan S. g.	5	84½ B
Niederschles. Märk.	4	88¾ G
do. II. c.	4	— —
do. conv.	4	89 G
do. conv. III. Ser.	4	88 G
do. IV. Ser.	4½	96½ bz
Niederschl. Zweigb.	5	100 B
Nordb., Fried. Wilh.	4	— —
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	— —
do. Litt. C.	4	88 G
do. Litt. D.	4	88 G
do. Litt. E.	3½	78¼ bz
do. Litt. F.	4½	93½ B
Oestr. Französ. St.	3	240 bz
Oestr. südl. Staatsb.	3	224 etw bz u B
Pr. Wilh. I. Ser.	5	— —
do. II. Ser.	5	— —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	— —
do. v. Staat garant.	3½	79½ G
do. Prior. Obl.	4½	93⅜ bz
do. 1862	4½	93⅜ bz
do. v. Staat garant	4½	— —
Rhein-Nahe v. St g.	4½	94 bz
do. II. Em.	4½	94 bz
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	91¾ bz
do II. Em.	4½	— —
Starg.-Pos. II. Em.	4½	— —
do. III. Em.	4½	93½ G
Thüringer	4	91 G
do. II. Ser.	4½	— —
do. III. Ser.	4	90½ G
do. IV. Ser.	4½	98 B

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht	3½	31½ bz
Altona-Kieler	4	138 bz u G, jg 131 [bz u G
Amsterd. Rotterd.	4	105 G
Berg. Märk. Lt. A.	4	153 bz
Berlin-Anhalt	4	219¾ bz
Berlin-Hamburg	4	159 bz
Berl. Potsd. Magd.	4	215 G
Berlin-Stettin	4	128 bz
Berlin-Görlitz	4	70½ B
do. Stamm-Prior.	5	99⅞ bz u B
Böhm. Westbahn	5	61 bz u B
Bresl. Schw. Freib.	4	142 bz
Brieg-Neiße	4	101 bz
Cöln-Minden	4	147 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	51¾ B
do. Stamm-Pr.	4½	76½ bz
do. do.	5	83¼ B
Gal. C.-Ludwg.	5	86¾-86½-86¾ bz
Ludwigshaf.-Berb.	4	151 G
Magdeb. Halberst.	4	197 bz
Magdeb. Leipzig	4	270½ B, B 88¾ B
Magdeb. Wittenb.	4	— —
Mainz-Ludwigsh.	4	130 bz
Mecklenburger	4	76½ bz
Münster-Hammer	4	89¾ bz
Niederschles. Märk.	4	89½ B
Niederschl. Zweigb.	4	83¼ bz
Nordb., Frd. Wilh.	4	77-77¾-77½ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	173⅜ bz
do. Lt. B.	5	153 bz
Oest. Franz. Staat.	5	108 bz
Oest. sdl. StB (Lom)	5	109 bz
Oppeln-Tarnowitz	5	76 B
Rheinische	4	116½ bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	28½ bz
Ruhrort-Crefeld	3½	— —
Russ. Eisenbahnen	5	78½ bz
Stargard-Posen	4½	91 bz n B
Thüringer	4	132¼ G

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ bz
Gold-Kronen	—	9. 7⅞ bz
Louisd'or	—	111 G
Sovereigns	—	6. 22 G
Napoleonsd'or	—	5. 11½ bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	464 G
Dollars	—	1 11¾ B
Silber pr. Z. Pfd. f.	—	29 Th. 28 Sgr B
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ B
Fremde Noten	—	99 7/12 B
do. (einl. in Leipz.)	—	99⅞ bz
Oestr. Banknoten	—	79¼ bz
Poln. Bankbillets	—	— —
Russische do.	—	80⅞ bz

Industrie-Aktien.

Dess. Kont. Gas-A.	5	155 B, jg 148 B
Berl. Eisenb. Fab.	5	106¾ B
Hörder Hüttenv. A.	5	112 B
Minerva, Brgw. A.	5	30¾ B
Neustädt. Hüttenv.	4	— —
Concordia	4	— —

Wechsel-Kurse vom 27. Novmbr.

Amstrd. 250 fl. 10 T.	5	143¾ bz
do. 2 M.	5	142¾ bz
Hamb. 300 Mk. 8 T.	4	151¾ bz
do. do. 2 M.	4	150⅞ bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6 21½ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	80¼ G
Wien 150 fl. 8 T.	6	79½ bz
do. do. 2 M.	6	78½ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	5	56 22 bz
Frankf. 100 fl. 2 M.	3½	56 22 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	5	99¾ G
do. do. 2 M.	5	99½ G
Petersb. 100 R. 3 W.	7	88⅞ bz
do. do. 3 M.	7	87 bz
Brem. 100 Tlr. 8 T.	4½	110⅞ bz
Warschau 90 R. 8 T.	6	80¼ bz

Die Börse war heut schon mit der Regulirung beschäftigt, welche im Ganzen keine Schwierigkeiten bereiten zu wollen scheint; außerhalb derselben war das Geschäft gering, die Haltung wegen den ungünstigen auswärtigen Notirungen matter. Amerikaner flau auf höheres Goldagio; Eisenbahnen etwas fester, Nordbahn wieder steigend, preußische Fonds in geringem Verkehr und wenig verändert, Italiener matt, Oestreicher desgleichen, Russen fester.

Breslau, 28. November. Die Börse war heute still. Eisenbahnaktien ohne wesentliche Veränderung, östreichische Effekten und Amerikanische Anleihe stellten sich niedriger.

Schlußkurse. Oestreich. Kredit-Bank-Aktien 59-¾ bz u G. Oestr. Loose 1860 63¼ bz. dito 1864 40 B. dito neue Silberanleihe A. —. Amerikaner 75½ bz u B. Schles. Bank-Verein 114 B. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 142 B dito Prior.-Oblig. 89 B. dito Prior.-Oblig. Lit. D. 92¾ G. dito Prior.-Oblig. Litt. E. 92¾ G. Köln-Mindener Prior. 4. Em. —. dito 5. Em. —. Neiße-Brieger 101 B. Oberschles. Lit. A. u. C. 173½ G dito Lit. B. —. dito Prior.-Oblig. 89 B. dito Prior.-Oblig. 93½ B, 93 G. dito Prior.-Oblig. Lit. E. 78¼ G. Oppeln-Tarnowitzer 76¼ B. Kosel-Oderb. 52 bz u G. dito Prior.-Oblig. —. Friedr.-Wilh.-Nordb. 77½ bz. Oestreichische neue Banknoten —. Russische Banknoten —. Warschau-Wien. —. Minerva-Bergwerks-Aktien —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Wien, 28. November. (Schlußkurse der officiellen Börse.) Schluß matt.

Neues 5% steuerfreies Anlehen 56, 40 5% Metalliques 57, 75. 1854er Loose 75, 75. Bankaktien 713, 00. Nordbahn 153, 00. National-Anlehen 66 40. Kreditaktien 151, 90. St.-Eisenb.-Aktien-Cert. 204, 50. Galizier 219, 00. Czernowitzer 184, 75. London 128, 25. Hamburg 95, 50. Paris 50, 80. Frankfurt 107, 65. Amsterdam 108, 20. Böhm. Westbahn 155, 00. Kreditloose 128, 50. 1860er Loose 80, 50. Lombardische Eisenbahn 207, 00. 1864er Loose 74, 00. Silber-Anleihe 74, 00. Anglo-Austrian B. 80, 50. Napoleonsd'or 10, 24. Dukaten 609. Silberkupons 127, 00.

Hamburg, 28. Novbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Fonds schwankend, Valuten wenig angeboten.

Schlußkurse. National-Anleihe 51½. Oestreich. Kreditaktien 58¾. Oestreich. 1860er Loose 63. 3% Spanier —. 2½% Spanier —. Mexikaner —. Vereinsbank 110½. Norddeutsche Bank 120¾. Rheinische Bahn 115. Nordbahn 76¾. Altona-Kieler alte 137¾. Altona-Kieler neue 130½. Finnländische Anleihe 82. 1864er russische Prämienanleihe 85½. Neue russische Prämienanleihe 79¾. 6% Verein. St.-Anl. pr. 1882 67¾. Diskonto 3¾ %.

Rotterdam, 28. November, Nachmittags 1 Uhr 30 Minuten. Fest.

Holl. wirkl. 2½% Schuld-Obl. 54⅝. Oestreich. National-Anleihe 48¼. Oestreich. 5% Metalliques 44. Oestr. Silber-Anleihe 1864 55¼. Russ. 6. Stieglitz-Anleihe —. Russ. Eisenbahn 187, 25. Russ. Prämien-Anleihe 169, 50. 1882er Verein. Staaten-Anleihe 74. Inländ. 3% Spanier 31¼. London 3 Monat 11, 65. Paris 3 Monat 46, 60.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. M. Jochmus in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.